M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Volker Heise, Daniela Heuberger, Anne Junk, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann,Norbert Stamm, Felix Tomkat, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Titelbildmontage: Hans Georg Schiele

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 147:
18. Januar 1988

Anzeigenschluß für Nr. 147:
25. Januar 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Im letzten Heft Nr. 145 sind einige Exemplare falsch gebunden worden. Tut uns leid, bitte schickt uns die Hefte zum Umtausch zurück.



Die Fotos zu Iran stellte uns freundlicherweise Gernot Huber vom Schwarz-Weiß-Verlag in Köln zur Verfügung.

Einem Teil der Auflage liegt eine Broschüre der Fabrik „für Handwerk, Kultur und Ökologie e.V., in Freiburg bei."

In wenigen Wochen jährt sich die Intervension sowjetischer Truppen in Afghanistan zum neunten Mal. Und zum achten Mal verurteilte die Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1987 mit gleichlautendem Tenor wie in den Jahren zuvor den Einmarsch vom Dezember 1979. Indes: die Lage im Afghanistan-Konflikt hat sich entschieden verändert.

"Wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen"



Der afghanische Parteichef Nadjibullah verkündete im Januar 1987 die Politik der „nationalen Versöhnung". Die aufständischen Regierungsgegner wurden aufgefordert, mit Kabul über einen Waffenstillstand und die Bildung einer Regierung der „nationalen Einheit" zu verhandeln. Erklärtes Ziel dieser neuen Politik: das sinnlose Blutvergießen zu beenden, den Abzug der sowjetischen Truppen zu ermöglichen und die Millionen afghanischer Flüchtlinge, die vor allem in Pakistan leben, zurückzuholen.

Die deutliche Kompromißbereitschaft der Kabuler Regierung ist sicherlich auch Folge neuer Einsichten auf seiten der sowjetischen Mentoren: die Erkenntnis, den Krieg gewinnen zu können und, neben eigenen Verlusten und den finanziellen Belastungen, fortdauernde politische Niederlagen als „Afghanistan-Invasoren" einstekken zu müssen.

An der Bereitschaft Moskaus, seine Truppen aus Afghanistan abzuziehen, zweifelt niemand mehr ernsthaft. Offen bleibt allerdings die Frage, in welchem Zeitraum und unter welchen Voraussetzungen dies geschehen soll. Einen deutlichen, in den westlichen Medien kaum gewürdigten Hinweis auf die veränderte sowjetische Haltung lieferte die diesjährige Afghanistan-Debatte der Vereinten Nationen: erstmals stritten der sowjetische wie der afghanische Vertreter der Vollversammlung nicht das Recht ab, den Konflikt zu behandeln, was in den Vorjahren stets der Fall gewesen war. Statt neuerlich den Vorwurf der „Einmischung in innere Angelegenheiten" zu erheben, sprachen sich beide, wenn auch vergebens dafür aus, zeichen für eine politische Regelung zu setzen und in einer Resolution alle Standpunkte zu berücksichtigen.

Die Mudjaheddin lehnten die Angebote aus Kabul vom Beginn dieses Jahres rundweg ab. Folgt man den Erklärungen der hinter der Fassade einer „7-Parteien-Allianz" völlig zerstrittenen afghanischen Rebellen, setzen sie weiterhin auf die militärische Auseinandersetzung, die die Sowjetunion zwingen soll, ihre Truppen „bedingungslos und unverzüglich" abzuziehen.

Zweifellos hat zu dieser nach außen völlig verhärteten Einstellung nicht zuletzt die Tatsache beitragen, die die USA kurz zuvor und in Kenntnis der sich über einen längeren Zeitraum abzeichnenden Veränderung in der Politik der Kabuler Regierung begonnen hatten, die afghanischen Rebellen mit hochmodernen Flugabwehrraketen vom Typ „Stinger" auszurüsten.

Die „Stinger", 600 Stück wurden im laufenden Jahr geliefert, hat, zusammen mit der funktionsähnlichen britischen „Blowpipe"- und der älteren amerikanischen „Redeye"-Rakete, den Krieg in Afghanistan verändert. Die Verluste der afghanischen und sowjetischen Luftwaffe sind dramatisch angestiegen. Dies bezeugen nicht nur westliche Beobachter, sondern, hinter vorgehaltener Hand, auch afghanische Diplomaten. Die denkwürdigen Begleiterscheinungen der Raketenlieferungen: auch zwei afghanische Zivilflugzeuge wurden abgeschossen. Und: der Iran ist über die afghanischen Rebellen in den Besitz der Raketen gelangt — mit noch unabsehbaren Konsequenzen.

Die jüngsten Maßnahmen der USA, die zudem ankündigten, die Mudjaheddin nun auch mit modernen Artilleriewaffen längerer Reichweite auszustatten, tragen sicher-

lich nicht dazu bei, den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden. Zumindest die Zurückhaltung Washingtons aber ist gefordert, wenn die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts, für die ein UN-vermitteltes Szenario so gut wie fertiggestellt ist, eine Chance haben sollen.
Die USA sind der größte Geld- und Waffengeber der afghanischen Rebellen, die 1987 630 Millionen Dollar erhielten; 1988 sollen es 1000 Millionen Dollar sein. Washington ist jederzeit in der Lage, die militärischen Auseinandersetzungen im Land zu eskalieren, ohne selbst eingreifen zu müssen.

Um die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Kooperation in der Afghanistan-Frage beurteilen zu können, ist ein Blick auf die Vorgeschichte der sowjetischen Intervention vom Dezember 1979 hilfreich. Dokumente, die bei der Besetzung der Teheraner US-Botschaft durch iranische Studenten 1979 gefunden wurden, zeigen, daß die USA lange vor Beginn des sowjetischen Einmarsches diese Möglichkeit erwogen hatten. Daß sie keine ernsthaften Anstrengungen unternahmen, die Intervention zu verhindern, läßt vermuten, daß ihnen das Vorgehen Moskaus nicht gänzlich unlieb war. An dieser Haltung hat sich bis heute offenbar wenig geändert.

Die USA und die Vorgeschichte der sowjetischen Afghanistan-Intervention

Der Führer der westlichen Welt war schockiert. Präsident Carter bekannte freimütig, während der Invasion in den Weihnachtstagen 1979 mehr über die Sowjetunion gelernt zu haben, als in seiner gesamten vorherigen knapp dreijährigen Amtszeit.

Die präsidiale Selbstdarstellung eines getäuschten Polit-Missionars hielt sich nicht lange. Ehrverletzte Berufsprognostiker der CIA wollten besänftigt werden. Und schließlich wirkte der allenthalben erhobene Vorwurf der Naivität im Amt in Vorwahlzeiten nicht eben popularitätsfördernd.

Natürlich, so Carter Ende Januar 1980, hätten die amerikanischen Nachrichtendienste militärische Vorbereitungen der Sowjets mitbekommen. „Wir waren nicht überrascht, aber es gab keine Möglichkeit vorauszusehen, daß sie Afghanistan tatsächlich überfallen würden."

Carter hatte Glück: Solch kryptische Erklärungsversuche wurden in jenen Zeiten zumeist nachgesehen. Denn gebannt verfolgte die Welt, wie ein innerhalb weniger Tage zum Machtpolitiker geläuterter US-Präsident die Rückkehr der Weltmacht zur Politik der Stärke verkündete. Das Ende der Entspannung war angesagt.

Washington wußte Bescheid

Regierungsakten der Öffentlichkeit vorzuenthalten, bereitet in der Regel keine Probleme — von Ausnahmen abgesehen. In der iranischen Hauptstadt Teheran besetzen am 4. November 1979 studentische Khomeini-Anhänger die Botschaft der USA. Die Akten, die sie dort finden, haben nicht nur den Iran zum Thema. Die US-Mission empfing auch alle das Nachbarland Afghanistan betreffenden Nachrichten, die zwischen dem State Department in Washington und den US-Vertretungen im afghanischen Kabul, in Moskau und in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad ausgetauscht wurden.

Hunderte "geheim" und "vertraulich" klassifizierte Schriftstücke aus dem Zeitraum vom April 1978 bis Oktober 1979 geben einen Einblick in die lange Vorgeschichte des Afghanistan-Konflikts. Und sie belegen, daß sich die Regierung in Washington durchaus auf der Höhe des Geschehens in Afghanistan befand.

Die Vorgeschichte

Am 28. April 1978 putschten Teile der afghanischen Armee gegen den allseits ungeliebten Präsidenten Daoud. Die siegreichen Offiziere treten wenig später die Macht an die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) ab. Ein Revolutionsrat wird gebildet und die Demokratische Republik Afghanistan (DRA) ausgerufen. Das verkündete Programm ist ehrgeizig: Alphabetisierung, Bodenreform, Gleichberechtigung der Frauen, Gleichstellung aller Nationalitäten.

Indes scheut die DVPA in der folgenden Zeit keine Mühe, sich selbst das Regieren schwer zu machen. Die ohnehin mit der Macht überforderte 5.000-Mitglieder-Partei leistet sich aufwendige Flügelkämpfe. Sieger bleibt die Khalq-Fraktion unter Staatspräsident Taraki und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Amin. Prominente Mitglieder der konkurrierenden Parcham-Fraktion werden auf Botschafterposten ins Ausland abgeschoben (darunter Babrak Karmal und der heutige Parteichef Najib), etwa tausend Parteigänger inhaftiert.

Die dezimierte Partei macht sich daran, ihr Programm mit Gewalt ins Werk zu setzen. Soziale, kulturelle und religiöse Traditionen gelten fortan wenig. Systematisch treibt die DVPA ihre Klientel den Gegnern der Revolution in die Arme. Bewaffnete Auseinandersetzungen häufen sich. Es beginnt, was selbst dem DDR- Botschafter in Kabul von Stund an als "Khalqi-Schlamassel" gilt.

Sowjetunion für internen Wandel

Seit Dezember 1978 war die Sowjetunion mit der DRA durch einen Freundschaftsvertrag verbunden, eine unglückliche Liaison für einen der beiden Partner: "Es gibt Anzeichen dafür, daß die Sowjets ihre engen Beziehungen zu dem Taraki-Regime bedauern," kabelt Anfang Mai 1979 das US-Außenministerium an die amerikanische Mission in Teheran.

Bestätigt wird dies ausgerechnet vom Kabuler Botschafter der DDR, Hermann Schwiesau. Freilich wisse die Sowjetunion, so der DDR-Diplomat im Gespräch mit dem Kabuler US-Geschäftsträger Bruce Amstutz, daß das afghanische Regime "nur geringe öffentliche Unterstützung hat und die Kontrolle über das Land verliert." Verantwortlich dafür sei Ministerpräsident Amin (inzwischen aufgestiegen), der eigentliche starke Mann in der Regierung.

Einmal indiskret geworden, plaudert der DDR-Vertreter auch gleich über sowjetische Bemühungen, einen "internen Wandel" des Regimes durch "Verhandlungen hinter den Kulissen" herbeizuführen. Bestandteil der angedeuteten Intrige: die Ersetzung des ungeliebten Amin. Außerdem müsse die Basis des Regimes verbreitert werden, ein schwieriges Unterfangen, "weil die Khalqis fast jedes Element der afghanischen Gesellschaft vor den Kopf gestoßen hätten."

Überzeugt vom Erfolg solcher Pläne ist der DDR-Emissär allerdings nicht. Für eine „politische Lösung", die das Ansehen der Sowjetunion, der regierenden DVPA und der Moslems wahren müssen, könne es bereits zu spät sein.

Hinter der Offenherzigkeit des DDR-Diplomaten vermutet die US- Botschaft einen entsprechenden sowjetischen Auftrag. Auf telegraphischem Wege gelangen die Erzählungen des DDR-Diplomaten (nun mit der Weihe eines sowjetischen „Sprachrohrs" versehen) ans Washingtoner Außenministerium — „geheim", versteht sich.

Dabei war das Dilemma der Sowjetunion offenkundig. In aller Welt als erster Verbündeter der DRA geltend, gab es nur begrenzte Möglichkeiten, die verhängnisvolle Politik der Kabuler Machthaber zu korrigieren. Und den afghanischen Bündnispartner aufzugeben, glaubte sich Moskau nicht leisten zu können. Für einen solchen Fall hatte DDR-Botschafter Schwiesau „Verwirrungen" bei anderen sowjetfreundlichen Parteien vorausgesagt. Zudem war man unsicher, was nach einem Sieg der afghanischen Rebellen geschehen würde.

USA zeigen „Verständnis"

Selbst die US-Botschaft in Kabul zeigt hierfür ein gewisses Verständnis. Mitte August 1979 telegraphiert Amstutz nach Washington: Die zu erwartende „unfreundliche Haltung"der möglicherweise siegreichen Aufständischen „gegenüber der UdSSR könnte destabilisiernde Folgen für die Region haben, besonders unter Berücksichtigung der Unsicherheiten in den Nachbarländern Afghanistans. Dies kann eventuell Hinweise auf Moskaus Entscheidung geben, wie weit es mit dem Khalqi-Regime zu gehen bereit ist."

Andererseits stünden die Chancen der Sowjets, den innerafghanischen Konflikt noch in letzter Minute beizulegen, denkbar schlecht. Denn, so das Urteil der US-Botschaft, der „entscheidende Teil" einer Lösung, „die Ablösung des Premierministers



„Wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen"

Amin", werde sich als undurchführbar erweisen.

Keine zwei Monate danach übernimmt Amin vollständig die Macht. Seinen Vorgänger Taraki läßt er wenig später ermorden. Bruce Amstutz teilt aus Kabul dem Außenministerium mit: „Ich persönlich halte seine (Amins) Chancen, sich bis zum Ende dieses Jahres an der Macht zu halten, für nicht größer als 50 Prozent. Seine Aussichten, im Bett an Altersschwäche zu sterben, sehe ich gleich Null. Für wahrscheinlicher halte ich es, daß die Partei (DVPA) selbst in irgendeiner Form die Kontrolle behält."

Den diplomatischen Beobachtern in der afghanischen Hauptstadt drängte sich im Herbst 1979 ein Szenario geradezu auf: in Ermangelung anderer Optionen könnte die Sowjetunion versucht sein, mit eigenen Truppen den Bestand der „Aprilrevolution" zu sichern.

Wie in der Tschechoslowakei 1968

Indes begannen solche Überlegungen nicht erst nach dem Amin-Coup. Schon am 1. Dezember 1978 zieht das Washingtoner Außenministerium die Möglichkeit der Entsendung sowjetischer Kampftruppen grundsätzlich in Betracht. Am 29. Mai 1979 diskutiert die Kabuler US-Botschaft das Problem: „Können wir davon ausgehen, daß sowjetische Kampftruppen in den Afghanistan-Konflikt eingreifen? Wir können nur feststellen, daß diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann." Afghanistan grenze an mehrere „empfindliche muslimische zentralasiatische Republiken der UdSSR". Und: „Moskau ist verständlicherweise (!) über die Möglichkeit beunruhigt, daß sich ein durchgängiges Band konservativer Staaten an seiner Südgrenze entlangziehen könnte, von Iran bis Pakistan." Auch habe sich die Sowjetunion Afghanistan einiges kosten lassen. „Es ist unwahrscheinlich", so der US-Geschäftsträger an sein Außenministerium, „daß Moskau mitansieht, wie diese Investitionen verlorengehen, ohne einen Versuch zu ihrer Rettung zu unternehmen." In Kabul werde deshalb spekuliert, daß man „an der Schwelle einer Situation wie in der Tschechoslowakei 1968" stehe.

Die afghanischen Vorgänge scheinen den USA so wichtig, daß sie den Austausch mit den NATO-Verbündeten suchen. Zur Sitzung des Politischen Komitees der NATO-Staaten am 7. August 1979 präsentieren mehrere Länder schriftliche Analysen zu „Afghanistan". In der Tischvorlage der BRD heißt es: „Wenn Afghanistan wieder ein mehr oder weniger islamischer Staat würde, hätte Moskau aller Wahrscheinlichkeit nach einen antisowjetischen Nachbarn. Abgesehen von einem derartigen politischen Rückschlag könnten in einem solchen Fall Auswirkungen auf andere sowjetische Einflußzonen und auf die moslemischen Teile der sowjetischen Bevölkerung nicht ausgeschlossen werden." Zusätzlicher Hinweis der Bonner Vertreter: Die sowjetische Presse habe Afghanistan in jüngster Zeit als „Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft" genannt. Die Breschnew-Doktrin (mit der seinerzeit der Einmarsch in der CSSR gerechtfertigt wurde) gelte damit auch für das Land im Mittleren Osten.

Anzeichen für Interventionsvorbereitungen

In Afghanistan mehren sich inzwischen die Anzeichen für sowjetische Interventionsvorbereitungen. Eine vielköpfige Militärdelegation aus der Sowjetunion hält sich

über Wochen hinweg im Lande auf. Delegationsleiter ist General Pawlowsky, Heereskommandeur und stellvertretender Verteidigungsminister. Das Washingtoner Außenministerium erfährt von der Kabuler US-Mission am 2. September 1979: „Ein möglicher Grund für die Anwesenheit von Pawlowsky könnte sein, daß die UdSSR die Grundlage für eine eventuelle zukünftige Intervention sowjetischer Truppen vorbereitet — wenn Moskau denn entscheidet, daß ein solcher Schritt notwendig ist."

Am 22. September informiert das US-Außenministerium über erhöhte militärische Aktivitäten an der sowjetisch-afghanischen Grenze. US-Diplomaten registrieren im Kabuler Stadtteil Pul-i-Charki eine Ansammlung von militärischer Ausrüstung, „die weitaus größer erscheint, als daß sie die afghanische Armee selbst in naher Zukunft nutzen könnte." Andere Informanten berichten, daß auf dem Militärstützpunkt Bagram die Ausrüstung für eine komplette Luftlandedivision eingelagert worden sei.

In einem geheimen Telegramm der US-Mission nach Washington heißt es: „Nach hier vorliegenden Zeugnissen sind sowjetische Kampftruppen unzweifelhaft schon im Land." Die an das State Department übermittelten Schätzungen eines Kabuler Dritt-Welt-Diplomaten belaufen sich auf 10 bis 20.000 Rotarmisten. Die US-Botschaft selbst geht am 3. Oktober 1979 von sowjetischen Kampftruppen in einer Stärke von mindestens 4.200 Soldaten aus. Hinzu kämen, so die Diplomaten, 3.000 sowjetische Militärberater.



Keine Reaktionen der USA

Die Berichte aus Kabul lösen in Washington keine auffällige Betriebsamkeit aus. Erst Mitte Dezember, mehr als zwei Monate später, erregt sich die US-Regierung öffentlich über die Verlegung von 400 bis 800 Rotarmisten nach Afghanistan. Am 18. Dezember 1979 befinden sich nach Angaben des State Department insgesamt 1.000 sowjetische Soldaten in Afghanistan. Die Beobachtungen der Kabuler US-Botschaft werden der Öffentlichkeit vorenthalten.

Den Erklärungen aus dem Außenministerium widerspricht selbst die amerikanische Presse: die Zahl schon in Afghanistan befindlicher Sowjetsoldaten sei wesentlich größer. Während die Zeitungen unter Berufung auf Geheimdienstquellen eine großangelegte sowjetische Invasion vermuten, weist US-Außenminister Cyrus Vance dies als „Spekulationen" zurück. Erst am 26. Dezember verkündet der Sprecher des Washingtoner Außenministeriums sibyllinisch, es habe den Anschein, „als überschreiten die Sowjets eine neue Stufe bei ihrem militärischen Aufmarsch."

Den Widerspruch zwischen durchsickernden Geheimdienstnachrichten und den fehlenden oder abwiegelnden Erklärungen der Regierung kommentierte die „Washington Post": „Wenn die Regierung irgendetwas an der sowjetischen Politik in Afghanistan inakzeptabel findet, sollte sie



ihren Protest nicht in den Code diplomatischer Signale kleiden, sondern die Angelegenheit vor ein Forum bringen, wo die amerikanische Stimme deutlich vernommen wird. Andernfalls darf jeder, einschließlich der Russen, annehmen, daß sich Herr Carter keine wirklichen Sorgen macht."

Ein Meinungsaustausch

Nicht unwahrscheinlich ist, daß „die Russen" genau dies annehmen sollten und konnten. Denn die Sowjetunion hatte schon im Sommer 1979 den Dialog mit den USA über die Afghanistan-Frage gesucht. Am 24. Juni trifft der Gesandte der sowjetischen Botschaft in Kabul, Wassili Safrontschuk, mit US-Geschäftsträger Amstutz zusammen. Safrontschuk präsentiert sich mit „faszinierender Offenheit, besonders bei dem, was er zur innerafghanischen Polit-Szene zu sagen hatte." Natürlich leugnet Safrontschuk sowjetische Invasionsabsichten, mit interessanter Begründung: „Es würde dem SALT-Prozeß ebenso schaden wir der sowjetischen Position in der Welt." Und: die Entsendung von Truppen sei „eine schlechte Politik vom Standpunkt der innerafghanischen Verhältnisse betrachtet." Stattdessen favorisiert der sowjetische Gesandte eine politische Lösung, die aber durch die „Halsstarrigkeit" der Khalqis behindert werde.

US-Geschäftsträger Amstutz denkt im Bericht an seine Washingtoner Dienststelle über die Hintergründe des amerikanisch-sowjetischen Gesprächs nach. Safrontschuks Absicht sei es gewesen, „die besonderen Interessen der Sowjetunion zu betonen" und die Bemühungen Moskaus um eine „politische Lösung" hervorzuheben. Gesamturteil: „Dadurch hofft Moskau möglicherweise, daß es jede zukünftige Politik (in Afghanistan) legitimiert und sich so die Möglichkeit eröffnet hat, jede ausländische Kritik an Aktionen zurückzuweisen, die die Sowjets unter Umständen für notwendig erachten werden".

Gleichgültig, ob diese Interpretation korrekt ist: die „Offenheit" Safrontschuks kann sicherlich als Gesprächsangebot an die USA gewertet werden. Denn daß seine Äußerungen die Washingtoner Regierung erreichen würden, durfte der Sowjetdiplomat voraussetzen.

Umso größer erscheint das Mißverhältnis zwischen den Erkenntnissen der Carter-Administration über die afghanischen Vorgänge und den Reaktionen. Die erste, nichtöffentliche Warnung an die Sowjetunion ergeht Ende November 1979. Außenminister Vance bedeutet dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, daß ein militärisches Eingreifen der Sowjets in Afghanistan als „sehr ernste Angelegenheit" betrachtet werde. Das Thema soll ferner bei vier amerikanisch-sowjetischen Treffen im Dezember angesprochen worden sein.

Aber: weder wurde das Problem entsprechend seiner Bedeutung öffentlich gemacht, noch engagierte sich der Präsident in dieser Frage. Und eine diplomatische Grundregel blieb völlig unbeachtet: die Gegenseite vorab über mögliche Reaktionen auf ein unerwünschtes Verhalten zu unterrichten. Stattdessen wurde nach der Afghanistan-Invasion ein Katalog von Sanktionen gleichsam aus dem Hut gezaubert — Maßnahmen, die größtenteils längst vorbereitet waren.



Die UdSSR in den afghanischen Sumpf ziehen

Die Behandlung des Problems Afghanistan durch Washington entsprach den Erkenntnissen der Administration weder in zeitlicher noch in inhaltlicher Hinsicht. Denn die USA wußten von den militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion spätestens seit September 1979. Und niemandem erschien es absurd, dabei eine umfassende militärische Invasion der Sowjets mit ins Kalkül zu ziehen. Es war zudem bekannt, daß ein militärisches Eingreifen kaum mit der Absicht erfolgen würde, dem Potentaten Amin unter die Arme zu greifen. Das Washingtoner Außenministerium war längst mit den sowjetischen Versuchen vertraut, Amin zu ersetzen. Herauszufinden, daß als Nachfolger die geschaßte Parcham-Fraktion der DVPA in den Startlöchern saß, bedurfte keines großen geheimdienstlichen Aufwands. „Amin muß auf der Hut sein vor der exilierten afghanischen Führung (d.h. den Parchamis), die die Sowjets bereithalten", bestätigte Ende Oktober 1979 einmal mehr die Kabuler US-Mission. Nicht zuletzt weil es um die Durchsetzung eines politischen Wechsels ging, ließ sich absehen, daß es mit dem kurzfristigen Auftritt einer Handvoll sowjetischer Divisionen nicht getan sein würde.

Warum dann keine entsprechenden Warnungen der USA an die Sowjetunion? Oft muß zur Erklärung der US-Präsident selbst herhalten: Jimmy Carter sei ein Phantast gewesen, dessen Entspannungsillusionen eine realistische Sicht der sowjetischen Absichten nicht zugelassen hätten. Und schließlich habe das Geiseldrama in Iran die US- Außenpolitik paralysiert.

Geradezu blasphemisch wäre dagegen die Vermutung, daß die US- Regierung die sowjetische Invasion gar nicht verhindern wollte. Auch Anthony Arnold, ein Afghanistan-erfahrener US-Beamter, der aus seiner CIA-Vergangenheit keinen Hehl macht, schließt in seinem Buch „Afghanistan — The Soviet Invasion in Perspective" eine solche Ungeheuerlichkeit aus:

„Es ist vielleicht verlockend, in dieser Niederlage (der USA) eine machiavellistische Verschwörung zu sehen, um die UdSSR in den afghanischen Sumpf hineinzuziehen und die sowjetischen Kräfte in einer abgelegenen Region zu schwächen, die eigentlich von geringer Bedeutung für die USA ist. Glücklicherweise hat unsere außenpolitische Führung noch einen langen Weg zurückzulegen, um diesen Stand hochentwickelter Hinterhältigkeit zu erreichen."

Möglich, daß Arnold die Carter-Regierung unterschätzt hat.

Heinz Wasmus

alle Fotos von Heinz Wasmus

Südafrikanische Verhältnisse breiten sich aus

Südafrikanische Zustände im Sudan? Interview mit Herrn Costello Garang Ring Lual, MdZK der SPLA/M[1]

Herr Costello Garang, in einem Artikel der „Sudan Times" fielen mir kürzlich zwei Begriffe auf, die im Zusammenhang zu neueren politischen Entwicklungen im Sudan stehen. Der eine Begriff heißt „kasha", der andere „economic apartheid". Was hat es mit diesen Begriffen auf sich?

Zuerst einmal zu „kasha". Das Wort entstammt der sudanesisch- arabischen Umgangssprache und bedeutet „zusammentreiben" oder „zusammenpferchen". Um die Politik des „kasha" besser verstehen zu können, muß man darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich vor und nach der Kolonialzeit auf die Hauptstadt Khartoum beschränkte. Die Vernachlässigung der ländlichen Gebiete im Ost-, West- und Südsudan bringt es nun mit sich, daß Arbeitssuchende aus diesen Gebieten in die Hauptstadt strömen. Mitte der siebziger Jahre putschten zum ersten Mal westsudanesische Offiziere in Khartoum, was bis dahin als „Vorrecht" der Khartoumelite in und um Khartoum gegolten hatte. Dieser Zustrom von West- und Südsudanesen sowie der Putschversuch westsudanesischer Offiziere wurden von der Regierung Numeiri als Verschwörung hingestellt. Numeiri fürchtete, ein Putsch west- oder südsudanesischer Offiziere führe auch zu einer Bewaffnung der in Khartoum ansässigen schwarzen Bevölkerung, und die Macht könne somit leicht in die Hände der Schwarzen gelangen. Deshalb wird „kasha" durchgeführt, d.h., Menschen mit besonders negroiden Gesichtszügen werden von der Polizei angehalten und nach ihren Ausweisen gefragt. Im Sudan hat aber sowieso fast niemand einen Ausweis. Dann werden die Leute in Polizeiwagen gepackt und in ihre „homelands" zurückgeschickt. Das führt manchmal zu einer Situation, in der Familien nicht wissen, wo ihre Angehörigen sind, denn viele werden einfach in falsche Gebiete verfrachtet.

Heute spielen sich bei den Schülern und Studenten dieselben Dramen ab. Sie strömen in die Hauptstadt, um dem Krieg zu entgehen, aber in Khartoum hält man sie für Kollaborateure der SPLA und schickt sie in die Kampfgebiete zurück. Viele landen auch in Gefängnissen oder in Arbeitslagern, z.B. im Gezira, wo man sie zwingt, Baumwolle zu pflücken. Diese Ereignisse wurden von zahlreichen Diplomaten bestätigt und sogar der Erzbischof von Khartoum erinnerte in seinem Hirtenbrief vom April 1987 an die auffallende Ähnlichkeit mit südafrikanischen Zuständen.

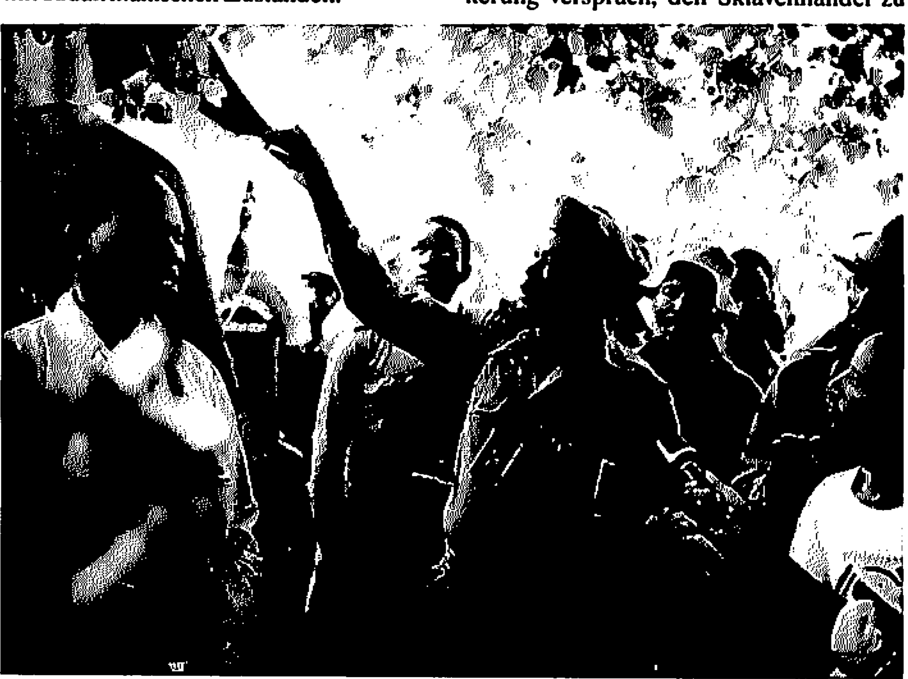
Auch von wirtschaftlicher Apartheid kann man mit Recht sprechen, denn die sudanesischen Regierungen haben nach der Unabhängigkeit (1956) den von den Engländern angelegten wirtschaftlichen Unterschied zwischen dem Nord- und dem Südsudan systematisch ausgebaut und verfestigt. Ein starker und wirtschaftlich autarker Südsudan wäre von Khartoum aus schwer kontrollierbar, während man paradoxerweise versucht, den Süden gleichzeitig mit Waffengewalt in die nationale Umarmung zu zwingen.

Noch eine Frage zur Geschichte: Erklären Sie bitte einige der historischen Hintergründe, die zur Entstehung der SPLA/M geführt haben.

Der Konflikt im Sudan hat eine weit in die Vergangenheit reichende Geschichte und entstand nicht, wie oft behauptet wird, erst mit der Kolonialzeit. Schon im 14. Jahrhundert drangen die Araber in den Nordsudan ein, und die autochthonen afrikanischen Ethnien wurden zurückgedrängt. Die Spannung zwischen Arabern und Schwarzafrikanern entstand also bereits in dieser Zeit. Später verschlimmerte sich der Antagonismus zwischen diesen Ethnien im Zuge des Sklavenhandels, der zunächst von den Türken betrieben wurde, die den Sudan in das osmanische Großreich integrierten. An dieser Stelle muß gesagt werden, daß die Nordsudanesen sich hauptsächlich als Zwischenhändler oder auch Soldaten am Sklavenhandel beteiligten.

Hat die türkische Überfremdung im Sudan zu einem Widerstand geführt?

Ja, im 19. Jahrhundert trat ein Mahdi, ein Erlöser, auf, der der sudanesischen Bevölkerung versprach, den Sklavenhandel zu



Costello Garang (links) im SPLA/SPLM Hauptquartier



Dr. John Garang, Vorsitzender der SPLM/SPLA

beenden. Somit konnte er die Unterstützung der gesamten sudanesischen Bevölkerung gegen die Türken sichern, und im Jahre 1883 — 1898 kam es dann zu der mahdistischen Revolution gegen die Türken. Danach wurde aber der Sklavenhandel mit Südsudanesen keineswegs beendet, und das Mißtrauen des Südens gegenüber dem Norden verschärfte sich immer mehr. Das vom Mahdi nicht eingehaltene Versprechen, den Sklavenhandel zu beenden, stellte den ersten großen Bruch zwischen dem Nord- und dem Südsudan dar.

Wie entstand die Teilnahme der Nordsudanesen am Sklavenhandel?

Der Sklavenhandel beruhte auf den Unterschieden der Religion. Die Bevölkerung des Südsudan war nicht muslimisch, und wären sie Muslime gewesen, so hätte man sie nicht zu Sklaven machen können. Der Islam sieht vor, daß Sklaven, die zum Islam übertreten, in die Freiheit entlassen werden. Für die mahdistische Revolution aber brauchte man starke Soldaten, also bevorzugte man es, die Heiden Heiden sein zu lassen, um sie zu Sklaven nehmen zu können.

Wie kam es zum offiziellen Verbot des Sklavenhandels?

Die Engländer, die 1899 die Mahdiya besiegten, verboten ihn, doch als politische und soziale Möglichkeit besteht die Sklaverei bis heute. Die Engländer führten dann eine Trennung zwischen dem Nord- und dem Südsudan ein, indem sie beide Landesteile getrennt verwalteten. So brauchte man z.B. ein Visum, wenn man in den Süden reisen wollte. Die Engländer hatten die Absicht, mit der Zeit zwei verschiedene Staaten aus diesen Teilen zu machen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war jedoch der Druck Ägyptens im Verbund mit dem Nordsudan so stark, daß der Nord- und der Südsudan zu einem einheitlichen Land zusammengefaßt wurden.

Wie stellte sich die südsudanesische Bevölkerung zu den nunmehr vollendeten Tatsachen der Landesgrenzen?

Am 12. Juni 1947 wurde eine Konferenz in Juba (Südsudan) einberufen, bei der die Südsudanesen ihre Meinung zur Einheit des Landes äußern sollten, und diese Konferenz bleibt bis heute ein umstrittenes Ereignis. Der Norden versprach dem Süden damals einen förderalen Status, und es wurde behauptet, daß die Südsudanesen deshalb der Einheit des Landes zustimmten. Der Einwand, der bis heute von den südsudanesischen Intellektuellen vorgebracht wird, ist, daß nur Häuptlinge zu dieser Konferenz eingeladen wurden, die die komplizierte Thematik nicht voll verstanden und überdies noch von Großbritannien und den Vertretern des Nordsudan unter Druck gesetzt wurden. Der Beweis, der für dieses Argument ins Feld geführt wird, ist folgender: Am ersten Tag der Konferenz lehnten die Häuptlinge die gesamtsudanesische Lösung geschlossen ab. Als am nächsten Tag noch einmal abgestimmt wurde, — ohne nochmalige Diskussion — stimmten die Häuptlinge zugunsten eines einheitlichen Sudan ab. Es ist anzunehmen, daß die Häuptlinge in der vorangegangenen Nacht eingeschüchtert worden waren.

Wie kam es dann zum ersten Bürgerkrieg?

Hätte der Nordsudan damals sein Versprechen, dem Süden einen föderalen Status zuzugestehen, eingelöst, so hätte es nie einen Bürgerkrieg gegeben. Der nur formale föderale Status des Südens wurde folgendermaßen unterlaufen: Nachdem das Land die Unabhängigkeit erreicht hatte, wurden überall Stellen in der Verwaltung frei. Im Zuge der Sudanesierung des Landes sollten diese Stellen in der Verwaltung mit Einheimischen besetzt werden, aber Südsudanesen wurden dabei praktisch nicht berücksichtigt. So erhielten z.B. von 800 Stellen im Süden nur fünf Südsudanesen einen entsprechenden Platz. Die Nordsudanesen erhielten sogar die Posten der Provinzgouverneure im Süden, was im krassen Widerspruch zu den Vereinbarungen der Juba-Konferenz stand. Weitere Verstöße gegen diese Vereinbarungen waren, daß statt Sonntag als gesetzlichem Feiertag der Freitag eingeführt wurde, obwohl es im Süden noch gar keine Muslime gab. Im Jahre 1955 kam es dann zu einem Aufstand (Aufstand von Toriit), der zu einem Bürgerkrieg auswuchs und bis 1972 andauerte.

Hat es vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs noch Vermittlungsversuche zwischen dem Nord- und dem Südsudan gegeben?

Dazu ist es nicht mehr gekommen und die offensichtliche Nichteinhaltung der Jubavereinbarungen hat deutlich genug ge-

macht, daß wir um unsere Rechte kämpfen mußten. Wenn wir unsere Rechte nur forderten, hat man uns Agenten des Westens und der Kirchen genannt und behauptet, man könne mit uns überhaupt nicht verhandeln. Wie absurd dieser Vorwurf ist, zeigt sich gerade daran, daß der Westen, besonders England, alle Macht dem Nordsudan und Ägypten überließ. Man gab damals den ägyptischen Wasserinteressen nach, und Ägypten suchte im Nordsudan einen Verbündeten, der den ägyptischen Interessen nicht im Wege stand.

Mit dem Addis Abeba-Abkommen von 1972 wurden doch aber dem Südsudan Konzessionen gemacht. Wie entstand dann der zweite Bürgerkrieg?

Als Numeiri die Macht übernahm, gehörte er zum Kreis der linken Nasseristen und wurde vom Westen mit Mißtrauen beobachtet. Der Westen war damals an einer Lösung des südsudanesischen Problems nicht interessiert, weil Numeiri eine pro-östliche Haltung erkennen ließ, und obwohl der Westen die Aufständischen unterstützte (zusammen mit Israel und dem äthiopischen Kaiser), war es seine Absicht, den Konflikt am Kochen zu halten, bis die Anyanya I Numeiri gestürzt hat. In den siebziger Jahren gab es einen kommunistischen Coup, den Numeiri zerschlug, indem er das gesamte Politbüro liquidierte und sich in den konservativen Kreisen eine neue Machtbais suchte, nämlich in der Umma Partei und der UDP (Demokratisch Unionistische Partei).

Kaum hatte Numeiri eine pro-westliche Haltung eingenommen, kam es zu einem „deal" zwischen Haile Selassie und Numeiri. Letzterer versprach dem Kaiser, die eritreischen Rebellen nicht mehr zu unterstützen, wenn Haile Selassie dafür sorge, die Israelis und den Westen zur Aufgabe ihrer Unterstützung der Südsudanesen zu bewegen. Daraufhin kam es zu den Verhandlungen von Addis Abeba, unter der Aufsicht des Weltkirchenrates von Genf, die zum Autonomieabkommen von 1972 führten. Die Politik im Südsudan sollte nur noch der Zentrale in der Zoll-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik unterstellt sein. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung wurde mit diesem Abkommen aber nicht erreicht. Das Abkommen wurde trotz mangelnder Garantien von beiden Seiten unterzeichnet, da der Druck der Kirchen und des Westens, besonders auf den Süden, sehr groß war. Nach 17 Jahren Bürgerkrieg war es innerhalb von 2 Wochen zur quasi erzwungenen Einigung gekommen. Der UNO-Vertreter, der bei der Unterzeichnung anwesend war, war stolz, ein Modell für die Beilegung ähnlicher Konflikte in Afrika statuieren zu können. Jedoch versagte das Abkommen, und die Gründe sind folgende:

1.) die wirtschaftliche Gleichberechtigung wurde nicht erreicht;
2.) die Arabisierung der Schulen und Verwaltung im Südsudan wurde weiter fortgesetzt, ja, Englisch als Nationalsprache des Südens wurde zeitweise sogar verdrängt;
3.) Khartoum änderte die Grenzen zwischen dem Norden und dem Süden, ohne die südsudanesische Regierung an diesen Entscheidungen zu beteiligen.



Dr. John Garang bei Bauern im Südsudan

Diese drei Gründe waren es hauptsächlich, die zu einem neuen Bürgerkrieg führten. Zum ersten Punkt muß hinzugefügt werden, daß alle natürlichen Vorkommen wie Erdöl, Erdgas, Gold usw. der Ausbeutung durch die Zentralregierung unterliegen, auch, wenn sie auf dem südsudanesischen Territorium entdeckt werden. In diesem Fall jedoch sollten die Förderbestimmungen von beiden Seiten ausgehandelt werden. Als in Bentiu Erdöl in wirtschaftlich nutzbarer Menge entdeckt wurde, hielt Numeiri das Addis Abeba-Abkommen nicht ein und plante, die Ölraffinerie im Norden des Landes zu bauen und ebenso die Pipelines zu einem nordsudanesischen Hafen zu legen. Öl sollte also nur im Süden gefördert werden, Verarbeitung und Vermarktung sollten dem Norden vorbehalten sein. Dazu kommt noch, daß Numeiri dann den Südsudan in drei Regionen teilte. Ein weiterer Verstoß gegen das Abkommen, um die Opposition gegen seine Ölpolitik zu schwächen. Diese Regionen waren dem Präsidenten direkt unterstellt, und somit war die Regierung des Südsudan de facto ausgeschaltet. Numeiri behauptete damals, die Teilung des Südsudan sei notwendig gewesen, um die Macht der Dinkas zu schwächen. Joseph Lagu, der Anführer von Anyanya I war und zusammen mit Numeiri das Addis Abeba-Abkommen unterschrieben hatte, unterstützte die Teilung des Südsudans, und somit den Vertragsbruch.

Was hat es mit der Dinkahegemonie auf sich?

Die Dinkahegemonie ist aus folgenden Gründen nur ein Vorwand:

1.) machen die Dinkas zwar über 50% der südsudanesischen Bevölkerung aus, sie stellen jedoch weniger als 10% der führenden Beamten und Angestellten im Süden, denn die Nomaden schickten ihre Kinder gewöhnlich nicht in die Schule.



2.) kann anhand der Person Joseph Lagu verdeutlicht werden, daß die Dinkahegemonie nur ein Vorwand war. Lagu selbst ist kein Dinka, wurde aber trotzdem und gerade aufgrund der Unterstützung der Dinkas, die im Parlament des Südens die Mehrheit haben, zum Präsidenten des Südsudan gewählt. Sein Gegenkandidat war ein Dinka, aber 70% der Dinkaabgeordneten wählten den Äquatorianer Lagu. Später wurde Lagu durch ein Mißtrauensvotum gestürzt, weil er einen hohen Geldbetrag für den Wiederaufbau des Südsudan (den er von Kuwait erhalten hatte) auf ein Privatkonto einzahlen ließ. Dieser Vorfall kam der Propaganda Numeiris gerade recht, den Südsudan als ein von Stammesrivalitäten gebeuteltes Land darzustellen. Die Lage spitzte sich noch weiter zu, als ihn Numeiri, nachdem er offiziell gestürzt und entlassen worden war, zum Vizepräsidenten der Republik machte.
In seiner neuen Funktion trug er dann zur Aufteilung des Südsudan bei. Alle Provinzen wurden in Regionen mit eigenen Regierungen und Kabinetten umgewandelt, die untereinander nicht kooperierten. Die Staatsgelder wurden nun auf so viele Parlamente und Minister verteilt, daß für eine Entwicklung des Landes nichts mehr übrig blieb.
Außerdem wurde die Region Bentiu, wo das Erdöl entdeckt worden war, zu einer eigenständigen Provinz umfunktioniert, die von Numeiri selbst regiert wurde. Nun war dieses Gebiet kein Teil des Südens mehr und wurde „Provinz der Einheit" genannt.

Wie kam es dann zur Entstehung der SPLA/M?

Der auslösende Faktor war, daß Numeiri im Juli 1983 anordnete, die Bataillone 104 und 105 in den Nordsudan versetzen zu lassen. Sie unterstanden dem Kommando des Majors der sudanesischen Armee, Karobino Kuanyin, (heutiger SPLA Stabschef). Diese Bataillone befanden sich in Bor und Pibor, und als ihre Kommandoführer ablehnten, sich versetzen zu lassen, ließ die Regierung von Juba aus starke Einheiten gegen sie aufmarschieren. Sie wurden zurückgeschlagen und die beiden Bataillone gingen in den Busch. Man muß an dieser Stelle noch hinzufügen, daß diese Einheiten ausschließlich aus ehemaligen Anyanya I-Kämpfern bestanden, die nach dem Abkommen von Addis Abeba im Anschluß an das Jahr 1972 in die sudanesische Armee integriert wurden. Das Abkommen bestimmte, daß 12.000 Soldaten im Südsudan stationiert werden sollten, zur Hälfte aus ehemaligen Kämpfern der Anyanya I, zur anderen Hälfte aus Nordsudanesen. Dieses Gleichgewicht innerhalb der Armee durfte nicht ohne die Zustimmung des Südsudan verändert werden; was Numeiri also anordnete, war ein erneuter Bruch des Abkommens. Viele der ehemaligen Kämpfer von Anyanya I wurden damals in den Norden versetzt, aber auch in den Irak transportiert, wo sie im Krieg gegen den Iran fielen. Heute gibt es viele sudanesische Kriegsgefangene im Iran, und die Regierung bemüht sich erst jetzt um ihre Freilassung.

Herr Costello Garang, worin unterscheidet sich nun die SPLA von der Anyanya I?

Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, daß die SPLA keine separatistische Bewegung ist, sondern, im Gegensatz zu Anyanya I, eine gesamtsudanesische Lösung sucht.
Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß die SPLA auch Nord-West- und Ostsudanesen in ihren Reihen enthält, die genauso wie der Südsudan unter der Unterdrückung der regierenden Minderheit in Khartoum leiden. Aus der Erfahrung des ersten Kriegs wissen wir, daß die Regierung die Religion stets benützt hat, um den West- und Ostsudan an sich zu binden und um gegen die Heiden und Zionisten im Süden zu hetzen. Wir streben daher eine Trennung zwischen Staat und Religion an. Außerdem wollen wir ein förderatives System mit verschiedenen Bundesstaaten. Auch möchte die SPLA geklärt wissen, ob der Sudan ein arabisches, ein afro-arabisches, oder ein afrikanisches Land ist, denn in Khartoum wird das afrikanische Element immer nur am Rand erwähnt. Obwohl die Araber im Sudan nur ein Viertel der Bevölkerung stellen, und das ist nicht einmal reinrassig, wurde der Sudan als ein arabisches Land definiert.

Weswegen liegt es den Nordsudanesen denn so am Herzen, als arabisches Land definiert zu sein?

Eines unserer hauptsächlichen Probleme ist, daß im Sudan die Religion häufig mit der Nationalität verwechselt wird. Die SPLA akzeptiert den Sudan als ein mehrheitlich mohammedanisches Land, nicht aber als ein arabisches Land. Wir wollen, daß alle sudanesischen Ethnien ihre Sprachen sprechen und entwickeln können, die der arabischen Sprache nicht als minderwertige Dialekte untergeordnet sind. Was die Demokratie im Sudan betrifft: das jetzige „demokratische System" verdient diesen Namen nicht. Es ist auf feudalen Grundlagen aufgebaut und entspricht auch formal nicht demokratischen Grundsätzen. So haben z.B. die beiden hauptsächlichen Parteien, insbesondere die DUP (Democratic Unionist Party = Koalitions-Partei der Khatmiya- Sekte), kein Parteiprogramm. Sie haben noch nie einen Parteitag gehalten oder einen Parteivorstand gewählt. Der Parteivorstand wurde einfach vom Parteiobmann, Mohammed Osman El. Mirghani, der zugleich der Imam der Khatmiya-Sekte ist, ernannt. Sein jüngster Bruder ist der heutige Staatspräsident. Sadiq selbst hat mit seiner Umma-Partei (geprägt durch die Ansar-Sekte) im Rücken ebenfalls seinen ganzen Clan mit an der Regierung beteiligt. Der Industrieminister gehört zur Familie des Sadiq und Sadiq"s zweite Frau sollte das Sozialministerium übernehmen.

Warum ist es nach Numeiris Sturz 1985 nicht zu einem Frieden im Sudan gekommen?

Der SPLA wird immer wieder vorgeworfen, sie stehe einem Friedensschluß im Wege. Dazu ist folgendes zu sagen: Vor der Machtübernahme der jetzigen regierenden Parteien wurde zwischen der SPLA und den sudanesischen Parteien 1986 in Koka Dam (Äthiopien) eine Konferenz abgehalten. Dabei wurde Sadiq"s Umma- Partei vom jetzigen Finanzminister Dr. Omar Al-Basheir und dem jetzigen Vizepräsidenten Al-Bana vertreten. Alle Parteien waren vertreten, mit Ausnahme der NIF (National Islamic Front).
In Koka Dam wurden folgende Punkte als Voraussetzung für ein Friedensabkommen festgelegt, und für demokratisch gewählte Parteien nach ihrer Machtübernahme als bestimmend anerkannt:

1.) die Aufhebung der Sharia-Gesetze, die von Numeiri 1983 eingeführt worden waren;
2.) der Ausnahmezustand muß aufgehoben werden,

3.) das Militärabkommen mit Ägypten muß gekündigt werden,
4.) es wurde bestimmt, daß das Problem, das gelöst werden soll, kein regionales südsudanesisches Problem ist, sondern ein gesamtsudanesisches Problem.
5.) Nach einem Friedensabkommen muß die amtierende Regierung zurücktreten und eine Regierung der Nationalen Einheit die Macht übernehmen (Beteiligung aller Parteien), welche Neuwahlen vorbereitet.

Nachdem Sadiq die Macht übernommen hatte, verwarf er das Koka Da- Abkommen unter dem Vorwand, seine Umma-Partei habe unvorbereitet an der Konferenz teilgenommen, und es sei ein Diktat der SPLA gewesen. Er betonte besonders, daß er die islamischen Sharia-Gesetze nicht aufheben könne, da diese Gesetze Gottes seien. Sadiq wollte dann erneut mit der SPLA verhandeln, aber er hat unser Vertrauen verloren. Die SPLA ist auch mit einer Abänderung der Sharia-Gesetze nicht einverstanden und glaubt nicht an die Möglichkeit einer Amelioration dieser Gesetze.

Was ist die Anyanya II und wie entstand sie?

Die Anyanya II gibt es nicht als politische Organisation mit einem Programm. Alle Südsudanesen, die unzufrieden waren und in den Busch gingen, nannten sich, um ihre Verbindung zum Kampf von Anyanya I zu betonen, jetzt Anyanya II. Die wichtigsten Führer der Anyanya II ließen sich in die SPLA/M integrieren. Mein jüngerer Bruder, Ring Lual, ist ein Beispiel dafür. Er war General und Oberkommandierender von Anyanya II in Bahr el — Ghazal und ist jetzt ein Mitglied der SPLA-Führung. Später kam es zu einer Auseinandersetzung innerhalb der SPLA/M, die die Frage des zu verfolgenden Ziels betraf. Eine Gruppe, die von Dr. John Garang angeführt wurde, plädierte für einen einheitlichen Sudan mit Bundesstaaten, die Gruppe unter Samuel Gaitut und Akuot Atem strebte wie die Anyanya I eine Trennung des Südens vom Norden an. Die letzteren wollten eine Exilregierung bilden, was von Dr. John Garang und seiner Gruppe abgelehnt wurde, die für das gesamte Land eine einzige Regierung mit Sitz in Khartoum anstrebten. In der Nähe von Adura kam es zu militätischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Samuel Gaitut und der SPLA. Samuels Leute versuchten, die französischen Geiseln, die von der SPLA beim Bau der Jonglei-Kanals festgenommen wurden, in ihre Hände zu bekommen. Sie wollten dann selbst die Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln mit der französischen Kanalbaufirma führen. Im Gefecht zwischen Samuels Gruppe und der SPLA fiel Samuel. Die Regierung behauptete damals, Samuel sei von einem Dinka erschossen worden, aber in Wirklichkeit kam er durch die Hand eines Nuer ums Leben (Samuel selbst war auch ein Nuer). Schließlich möchte ich hier noch betonen, daß die Anyanya II sich nicht nur aus Nuern zusammensetzte, sondern auch Dinkas und andere daran beteiligt waren. Es wird oft behauptet, die Anyanya II sei eine reine Nuerorganisation. Daß das nicht stimmt, zeigt sich schon allein daran, daß der Vorsitzende von Anyanya II, Akuot Atem, ein Dinka war. Es ist also Propaganda, wenn behauptet wird, der Konflikt zwischen den Dinkas und Nuern sei ein Stammeskrieg. Schließlich wurde Akuot von einem Mischling, Abdallah Chol, dessen Vater ein Nordsudanese war, umgebracht. Abdallah wollte einfach die Macht innerhalb der Anyanya II an sich reißen und schürte den Antagonismus der Nuer gegen die Dinkas, indem er immer wieder behauptete, Samuel sei von einem Dinka erschossen worden. In der SPLA ist es zu solchen Antagonismen zwischen Mitgliedern verschiedener Ethnien nicht gekommen. Wie schon gesagt, der SPLA Stabschef ist ein Nuer. Auch Major Dr. Riak Makar ist ein Nuer und Mitglied des SPLA High Command. Abdallah Chol machte dann aus der Anyanay II etwas ganz anderes, als sie urprünglich gewesen war. Die Anyanya II wird heute als „befreundete Streitkraft", wie die Regierung sie nennt, in Khartoum unterhalten und gegen die SPLA eingesetzt. Die Gehälter der Anyanya II werden von der Regierung bezahlt. Bei Gefechten zwischen der SPLA und der Anyanya II fand auch Abdallah Chol den Tod und sein Bruder hat die Führung übernommen. Dieser vollendete die Überführung der Anyanya II-Einheiten nach Khartoum, wo sie von der Regierung ein eigenes Büro erhalten haben. Der Bruder von Chol ist ein islamischer Fundamentalist. Damit dürfte ich alles zu diesem Thema gesagt haben.

Das Gespräch führte Elisabeth Blicken

Anmerkungen:
1) SPLA/M = stärkste Befreiungsbewegung unter Dr. John Garang
SPLM = Sudan Peoples Liberation Movement (politischer Flügel)
SPLA = Sudan Peoples Liberation Army (militärischer Flügel)
SPLM-Mitglieder sind auch Soldaten und SPLA-Mitglieder arbeitne zugleich politisch mit.

Vgl. zu diesem Interview auch den Artikel über den Sudan in den blättern des iz3w 141.

Inzwischen hat sich die innenpolitische Lage im Sudan weiter verschärft. Versprechungen Sadiqs (Führer der Umma-Partei), Numeiris Scharia-Gesetze abzuschaffen, sind nicht eingehalten worden. Die Lebensbedingungen werden immer schlechter: eine 30%-50% Inflation und Lebensmittelverknappung drücken dem Volk eine wachsende Last auf.

Anhaltende Streiks und Proteste führten dazu, daß am 25. Juli '87 der Ausnahmezustand für den ganzen Sudan — zunächst für ein Jahr — ausgerufen wurde. Sadiq sah sich gezwungen, die Verhandlungen mit dem IWF wieder aufzunehmen, um Kredite zu bekommen. Die Erfüllung der IWF-Forderungen würden aber die innenpolitische Situation weiter strapazieren: Sparmaßnahmen, eine grundlegende Wirtschaftsreform und eine Abwertung der Landeswährung wären bei einer Einigung die Folgen gewesen. Umschuldungsverhandlungen im Rahmen des Club von London mit 104 Gläubigerbanken sind vorerst gescheitert (Nachrichten für Außenhandel, 29.7.'87).

Im August 1987 ist das Bündnis zwischen den regierenden Koalitionen DUP und Umma-Partei auseinandergebrochen. Unterdessen geht der Krieg weiter und kostet den Staat täglich eine Million US—Dollar (Süddeutsche Zeitung, 16.9.'87).

Von den im Lande, besonders im Südsudan tätigen ausländischen Hilfsorganisationen wurden 20 des Landes verwiesen, bzw. erhielten ein Verbot, ihrer Arbeit nachzugehen, da sie angeblich mit den Aufständischen des Südens zusammenarbeiten.

Von einer neuen Regierungsbildung, einer möglichen Beteiligung der radikalfundamentalistischen Partei NIF und deren weiteren Vorgehen wird es abhängen, ob sich der Konflikt zwischen Regierung in Karthoum und der sudanesischen Befreiungsbewegung noch weiter vertieft. Die innenpolitische Situation fordert eine Lösung heraus.

red.

Weiterführende Literatur:

Seed of Redemption — A Politcal Novel —
Francis Mading Deng, Lilian Barber Press, Inc., New York, 1986
und
John Garang Speaks
Mansor Khalid (Ed.), KPI, London, 1987

Beide Bücher sind für je DM 35,— zu beziehen über:

Costello Garang Ring Lual, Insterburgallee 13 A, 1000 Berlin 19



Unter Adlern in Sri Lanka

Wir suchen „einen erfahrenen Sicherheitsbediensteten ..., der im Umgang mit Schußwaffen versiert sein soll ..., ehemalige Soldaten werden bevorzugt ...", heißt es in einer kürzlich erschienenen Stellenanzeige in Sri Lankas führender englisch-sprachiger Tageszeitung „Daily News". Auftraggeber ist die Firma „Interfashion", die für ihren firmeneigenen Sicherheitsdienst eine solche Person einstellen möchte. Unter diesem Firmennamen produziert die in letzter Zeit ins Gerede gekommene bundesdeutsche Firma Adler ihre „unverschämt billigen Produkte" (Firmenslogan) in Sri Lanka. Wie in Flair Fashion, einer anderen Tochterfirma von „Adler" in Südkorea, brodelt es seit einiger Zeit auch in Sri Lanka, obwohl es bisher noch nicht zu offenen Konflikten zwischen der Unternehmensleitung und den etwa 1600 Beschäftigten, meist junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, gekommen ist.

„Interfashion" war im November 1983 inmitten der Teeplantagenregion Sri Lankas im 2000 Meter hoch gelegenen Ort Nuwara Eliya eröffnet worden. Weil sich die Regierung des Landes einiges vom deutschen Unternehmertum versprach, hatte sie nicht nur die für ausländische Investoren übliche Steuerfreiheit (zwischen fünf und zehn Jahre) eingeräumt, sondern sogar den Sportplatz einer tamilischen Schule am Rande der Provinzstadt für den Bau der Produktionshallen zur Verfügung gestellt. Obwohl die Geschäftsleitung damals versprach, einen neuen Sportplatz an anderer Stelle zu errichten, mußte die Schule noch lange Zeit um die Einhaltung des Versprechens kämpfen.

Mit anderen infrastrukturellen Maßnahmen, wie z.B. einem eigens für „Interfashion" eingerichteten Eisenbahn-Containerdienst zwischen Colombo und dem Firmenstandort wollte Sri Lankas Regierung vollends zur Zufriedenheit des deutschen Mutterunternehmens beitragen. Bei der damaligen Eröffnungsfeier hatte dann auch Dr. Helmut Wagner, Vorstandsvorsitzender der „Allgemeine Saar Konsum eGmbH" (ASKO), zu dem auch die Firma „Adler" zählt, nur gute Worte für die Regierung des Landes übrig.

Er lobte den neuen Liberalismus im Land und brachte seine unternehmerische Weltanschauung zum Ausdruck: „Vor 1977", so Wagner, „wäre unsere Firma nicht bereit gewesen, auch nur eine Rupie in dem von fanatischen Marxisten regierten Inselstaat zu investieren". In einer Festschrift zum „Grand Opening" der Fabrik ließ sich die Geschäftsführung für ihr deutsches Unternehmertum beweihräuchern, das durch „seine Geschenke zum Wohlstand Sri Lankas" beitrage. Welche Geschenke Wagner und „Adler" im Sinne hatten, zeigte sich schon bald und erklärt auch die „unverschämt billigen Preise". So gibt es beispielsweise für die Beschäftigten keine Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Frauen- Nachtarbeit ist Pflicht, Überstunden werden teils erzwungen und für die monatlich gezahlten Löhne würde in der Bundesrepublik keiner auch nur einen Tag arbeiten. Sie betragen, je nach Beschäftigung, umgerechnet zwischen 50 DM für eine Näherin und 150 DM für Aufseher und Ausbilder (oft Südkoreanerinnen aus dem Zweigwerk in Iri). Angesichts der ständig steigenden Lebenhaltungskosten beklagen sich die Mitarbeiterinnen zunehmend über ihre Bezahlung sowie über andere Praktiken der Geschäftsführung. So gibt es laut Arbeitsvertrag keine Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfall; Arbeitsunfähigkeit muß innerhalb von 3 Tagen durch Attest nachgewiesen werden, was in Sri Lanka nicht nur unüblich, sondern angesichts längerer Postwege und eines unzureichenden Kommunikationssystems nicht immer einfach ist. Wird die Frist überschritten, kann es zur fristlosen Kündigung kommen.

„Interfashion" arbeitet mit „targetwork". Dabei muß täglich eine von der Firmenleitung festgelegte Anzahl von Kleidungsstücken oder Teilen davon gefertigt werden. Wird diese Vorgabe nicht erreicht, werden die Beschäftigten zu unbezahlten Überstunden gezwungen, wie Mitarbeiter kritisieren. Besonders hart kann es die treffen, die die Ableistung von Überstunden verweigern. Noch im April dieses Jahres erhielten Informationen von Mitarbeiterninnen zufolge 20 Frauen, die keine Überstunden leisten wollten, ein Schreiben der Geschäftsleitung, in dem für den Fall einer erneuten Verweigerung von Überstunden mit Kündigung gedroht wird. **Walter Keller**

Isle of Sri Lanka

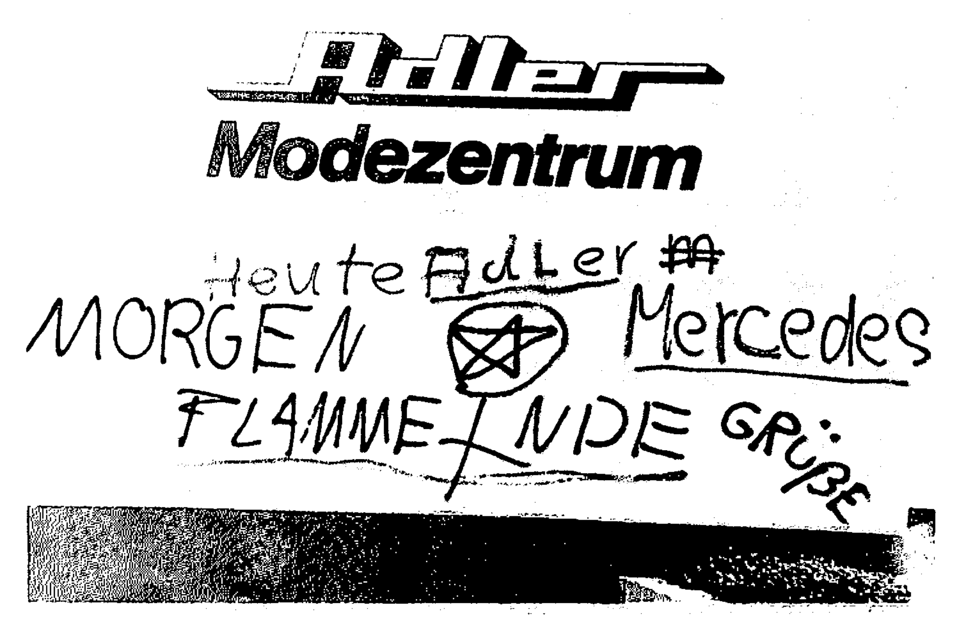
Welcome to Sri Lanka,
This isle of Paradise -
This isle of gentle guileless smiles,
Sunshine and laughing eyes.

This is a land where anything grows,
A land where nature smiles -
From tea-crowned hills to frills of coastal gold,
And gems in running streams.

This is the land inter Fashion chose
Their radiant garbs to spin,
To weave a fabric of prosperity,
Sri Lanka hearts to win.

Welcome again to visitors here,
Upon this festive morn.
May Deutschland's venture in Sri Lanka grow,
Its gifts our land adorn.

aus der Festschrift zum „Grand Opening" von Interfashion, November 1983



Besprühte Hauswand in der Nähe des Freiburger Adler-"Modezentrums"

Die Schlüsselrolle der Weltbank in der Anpassungsfinanzierung

Warum der IWF seine Bedeutung als Finanzpolizist in der „Dritten Welt" verloren hat

Seit Mitte der 80er Jahre zeichnen sich bedeutsame Verschiebungen im Bereich der internationalen Anpassungsfinanzierung ab. Während in der öffentlichen Diskussion, auch in der Bundesrepublik, noch häufig der Internationale Währungsfonds (IWF) als wichtigste Institution im internationalen Finanzsystem gesehen wird, hat die Weltbank während der letzten zwei Jahre faktisch die Schlüsselrolle bei dem Versuch übernommen, die Volkswirtschaften der Dritten Welt von außen zu steuern.

Nur wenige Jahre konnte der IWF die Schlüsselrolle im System der internationalen Anpassungsfinanzierung einnehmen. Im Oktober 1985 gab der US-amerikanische Finanzminister Baker auf der IWF/Weltbank-Jahrestagung in Seoul öffentlich bekannt, daß von nun ab die Weltbank mit der Aufgabe betraut sei, die historische Chance, die die Schuldenkrise der Dritten Welt für den westlichen Machtblock darstellt, möglichst effektiv zu nutzen.[1] Inhalt des Auftrags an die Weltbank ist die gründliche Umgestaltung der Schuldnerländer nach neoliberalen Prinzipien und der Ausbau ihrer weltwirtschaftlichen Integration. Da IWF und Weltbank Schwesterorganisationen des Bretton-Woods-Systems sind, liegen nicht in der Zielsetzung, sondern in den dabei eingeschlagenen Wegen die wesentlichen Unterschiede zwischen ihren jeweiligen Ansätzen.

Mit ihrem entwicklungsfreundlichen Image soll die Weltbank die Anpassungs-Prozesse über einen längeren Zeitraum und ohne die für das IWF-Konzept charakteristischen Schrumpfungserscheinungen steuern: Anpassung mit Wachtstum heißt jetzt die Devise.

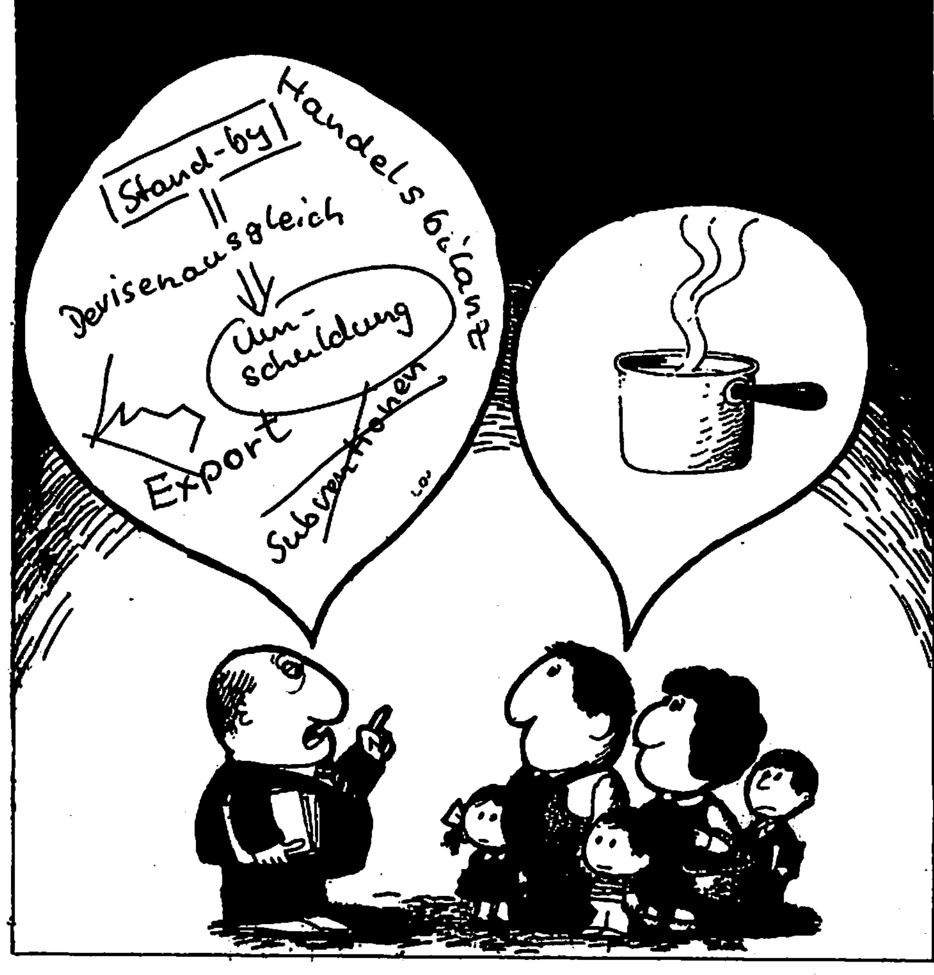
Durch ihre jahrzehntelange Arbeit auf Projekt- und Sektorebene verfügen die Mitarbeiter/innen der Weltbank über detaillierte Länderkenntnisse, die sich trefflich in den Strukturanpassungsansatz integrieren lassen. Voraussetzung dafür ist die umfassende organisatorische Umstrukturierung der Weltbank, die bis Ende 1987 abgeschlossen sein soll. Das Primat des gesamtwirtschaftlichen Herangehens erfordert die Interordnung der Sektor- und Projektebene unter eine generelle Länderstrategie.

Die neugewonnene Schlüsselstellung der Weltbank im internationalen Krisenmanagement für die Dritte Welt wird durch ihre führende Position beim Ressourcentransfer von Nord nach Süd verstärkt. Z.B. wurden 1986 80% der gesamten ausländischen Nettokredite an die 15 Hauptschuldnerländer, die im Mittelpunkt der sog. Baker-Initiative stehen, von der Weltbank zur Verfügung gestellt.[2]

Die inzwischen unumstrittene Dominanz der Weltbank gegenüber dem IWF in der Anpassungsfinanzierung wird u.a. daran deutlich, daß der IWF seine im März 1986 eingerichtete Strukturanpassungsfazilität nur auf der Grundlage eines länderbezogenen Rahmenprogramms einsetzen darf, das von der Weltbank vorher gebilligt wurde.[3] Die „Erweiterten Kreditvereinbarungen" des IWF, die mit einem Programmzeitraum von 3 Jahren dem Anpassungsansatz der Weltbank am Nächsten kommen, sind inzwischen bedeutungslos geworden: Im Geschäftsjahr 1986/87 wurde nur ein einziges dieser Abkommen gegenüber 15 im Geschäftsjahr 1980/81 abgeschlossen.[4]

Auch im Pariser Club der westlichen Gläubigerregierungen werden seit Ende 1986 nicht mehr die kurzfristig ausgerichteten Programme des IWF, sondern die von der Weltbank konzipierten „wachstumsorientierte(n) mittelfristige(n) Strukturreformmaßnahmen"[5] zur Grundlage von Umschuldungsregelungen gemacht.

Damit die Weltbank ihre neue Rolle voll ausfüllen kann, muß ihre Finanzbasis erheblich ausgeweitet werden. Für die 8. Wiederauffüllung der Weltbanktochter IDA, die den ärmsten Ländern Mittel zu günstigen Bedingungen anbietet, wurde ein Volumen von 12,4 Mrd. US$ (1988—90) gegenüber 9 Mrd. für IDA 7 vereinbart. Die Kapitalbasis der eigentlichen Weltbankorganisation (IBRD) soll demnächst um 40—80



Mrd. US$ aufgestockt werden — bei einem derzeit gezeichneten Kapital von 85 Mrd. US$.[6]

Die Strukturanpassungskredite

Schwerpunktmäßig hatte die Weltbank in der Vergangenheit einzelne Projekte oder sektorale Investitionsvorhaben in der Dritten Welt finanziert. 1980, noch einige Jahre bevor die Auslandsverschuldung in der Öffentlichkeit als Problem wahrgenommen wurde, schuf die Weltbank einen neuen Kredittyp: Anpassungskredite auf gesamtwirtschaftlicher (SAL=structural adjustment loan) und sektoraler (SEL=sectoral loan) Ebene.

Die SALs verfolgen den anspruchsvollen Ansatz, die Gesamtwirtschaft des kreditnehmenden Landes nach einem umfassenden Konzept umzugestalten. Bei den SELs stehen dagegen institutionelle und wirtschaftspolitische Korrekturen in besonders wichtig erachteten Teilbereichen der Volkswirtschaft im Vordergrund.

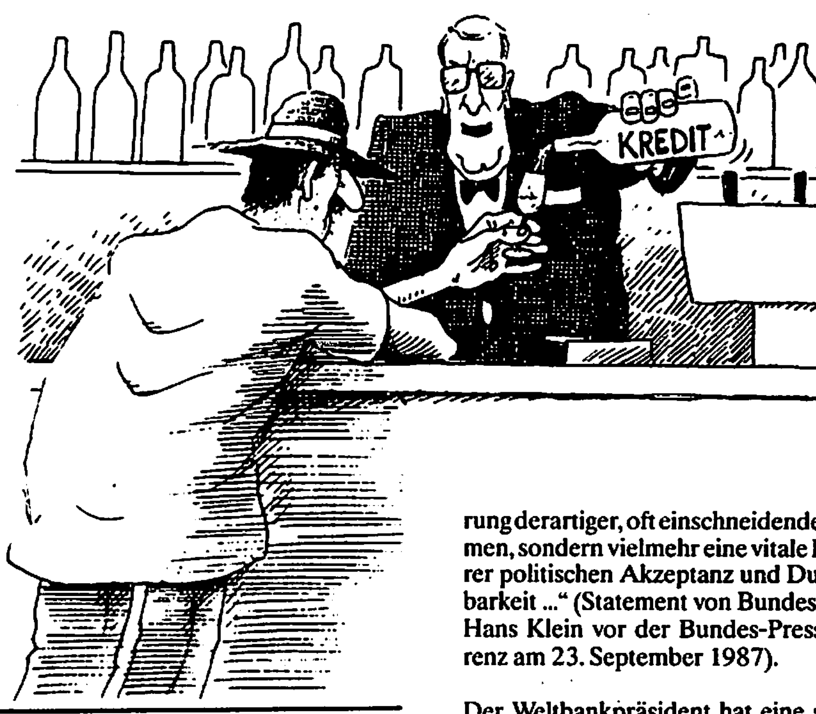
Vor dem Hintergrund struktureller Umbrüche in der Weltwirtschaft hatte die Weltbank frühzeitig die Erfordernisse für fundamentale wirtschaftspolitische Korrekturen erkannt — ein Tätigkeitsfeld, das bis dahin eher der Zuständigkeit des IWF zuzurechnen war.

Die Politische Brisanz der Anpassungskredite enthüllt ein führender Weltbankmitarbeiter: „Die Strukturanpassungsdarlehen sind das empfindlichste Instrument der Mittelvergabe der Weltbank, weil sie im Herzen der Wirtschaftspolitik eines Landes ansetzen und daher als Einmischung in die souveränen Angelegenheiten ausgelegt werden können. Regierungen, die solche Darlehen ... beantragen, müssen rückhaltslos reformwillig sein."[7]

Die Notwendigkeit eines gezielteren und begrenzteren Einsatzes des Anpassungskredites führte zur Konzentration auf ausgewählte Schlüsselsektoren (z.B. Agrarsektor, Außenhandel, öffentliche Unternehmen, Finanzwesen). Einheitliche Zielsetzung der Weltbank-Anpassungsprogramme ist die Zurückdrängung des Staates im Entwicklungsprozeß zugunsten des Privatsektors, die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen und die Intensivierung der außenwirtschaftlichen Verflechtung. Die Schwerpunkte liegen in folgenden Maßnahmenbündeln, aus denen eine dem Einzelfall angepaßte Kombination gemäß der sektoralen Schwerpunkte zusammengesetzt wird:[9]

* Mobilisierung heimischer Ressourcen (u.a. Verringerung öffentlicher Defizite durch Subventionsabbau und Entlassungen im Staatsapparat, Anhebung der Zinssätze);
* Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors (u.a. Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Erhöhung der Preise für öffentliche Leistungen, Umschichtung der öffentlichen Investitionsprogramme);
* Reform der Handelspolitik (u.a. Exportförderung, Importliberalisierung, Abschaffung von Preiskontrollen, Anhebung der landwirtschaftlichenProduzentenpreise);
* Stärkung der Institutionen (in diesem zentralen Bereich der Anpassungsprogramme geht es um weitreichende Eingriffe bei den öffentlichen Institutionen, z.B. bei Agrarvermarktungsbehörden, Zolldiensten, Exportförderungsagenturen).

In allen Aspekten der Makro- und Sektorpolitik hat sich die Weltbank inzwischen eigenständige konzeptionelle Grundlagen geschaffen. Nur im Bereich der Geld- und Wechselkurspolitik hält sie sich noch an die Vorgaben des IWF.



»Komm, Junge, trink noch einen - das vertreibt die Gedanken an die Zeche!«

Kompensatorische Sozialmaßnahmen

Aus den teilweise heftigen Reaktionen ärmerer Bevölkerungsschichten in den Anpassungsländern auf die IWF-Programme, durch die häufig die Umsetzung der Vereinbarungen verhindert wurde, hat die Weltbank wichtige Lehren gezogen.[10] Sie bemüht sich zunehmend um eine Abfederung der sozialen Kosten durch gezielte Maßnahmen für die Armen — z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen. Flankierende Ernährungs- und Beschäftigungsprogramme, für deren Durchführung nichtstaatliche Organisationen bevorzugt werden, sollen die gesellschaftliche Akzeptanz für das gesamte Anpassungspaket erhöhen.

BMZ-Minister Klein scheut sich nicht, die eigentliche Zielsetzung der kompensatorischen Sozialpolitik offen anzusprechen: „...Wichtig erscheint mir auch, daß die Weltbank in zunehmendem Maße bemüht ist, die sozialen Auwirkungen von notwendigen Strukturanpassungsprogrammen zu analysieren und korrigierende Maßnahmen vor allem zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten vorzusehen. Dies ist nicht nur ein Problem der sozialen Abfederung derartiger, oft einschneidender Reformen, sondern vielmehr eine vitale Frage ihrer politischen Akzeptanz und Durchsetzbarkeit ..." (Statement von Bundesminister Hans Klein vor der Bundes-Pressekonferenz am 23. September 1987).

Der Weltbankpräsident hat eine spezielle Arbeitseinheit „Armut" im Rahmen der Anpassungskredite geschaffen, deren Ergebnisse in Kürze präsentiert werden sollen.

Auch wenn eine abschließende Bewertung der erst kürzlich begonnenen Weltbankaktivitäten zum „Schutz der Armen im Anpassungsprozeß" zur Zeit noch nicht möglich ist, liegt die Vermutung nahe, daß durch diesen Ansatz keine eigenständigen Ziele der Anpassungsfinanzierung definiert werden sollen. Es geht vielmehr darum, die Armen durch gezielte Sozialmaßnahmen soweit ruhig zu stellen, daß sie nicht als Störfaktor bei der Durchsetzung der Anpassungsprogramme in Erscheinung treten.

Künftige Rolle des IWF

Einhergehend mit der neuen Aufgabenzuweisung für die Weltbank müssen die Funktionen des IWF im internationalen Finanzsystem in wesentlichen Bereichen neu bestimmt werden. Seine begrenzte Bedeutung als Finanzierungsquelle wird durch den drastischen Umschwung des Nettotransfers im Geschäftsjahr 1987 deutlich. Während der IWF 1983 noch Netto-Kreditgeber gegenüber der Dritten Welt in Höhe von fast 9 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) war, flossen 1987 aufgrund des kurzfristigen Charakters seiner Darlehen ca. 3 Mrd. SZR mehr an den IWF zurück, als er in dieser Periode auszahlte.[11] Es verwun-

Anteil der Anpassungskredite am Gesamtvolumen der Weltbankkredite (in %)

Art der Darlehnen	1979-80	1981-82	1983	1984	1985	1986	1987
Sektoranpassung	0,5	0,5	4,4	8,5	10,3	14,0	19,5
gesamtwirtschaftliche Anpassung*	3,3	8,0	9,6	8,4	1,1	5,0	3,8
Anpassungskredite insgesamt	3,8	8,5	14,0	16,9	11,4	19,0	23,3

* Umfaßt auch Programmkredite

Quelle: Constantine Michalopoulos, Die Kreditvergabe der Weltbank zur Strukturanpassung, in: Finanzierung und Entwicklung, Juni 1987, S. 8 und Weltbank, Jahresbericht 1987, Washington, D.C. 1987, Tabelle 2-2

Auffällig ist der in der Tabelle ausgewiesene erhebliche Zugewinn der Sektordarlehen bei gleichzeitigem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Programme. 1987 ist der Anteil der sektoralen an den gesamten Strukturanpassungsdarlehen auf ca. 85% gestiegen. Diese Entwicklung ist vermutlich Ausdruck der negativen Erfahrungen der Weltbank mit ihren gesamtwirtschaftlichen Anpassungskrediten während der Anfangsphase. Wie eine interne Analyse der ersten 15 Programme dieser Art gezeigt hat, waren die Auflagen häufig zu komplex und umfangreich und konnten deshalb von den Regierungen nicht zufriedenstellend umgesetzt werden.[8]

dert deshalb nicht, daß eine steigende Zahl von Ländern die Rückzahlungen an den IWF einstellt.

Bei der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten in der Dritten Welt wird der IWF wohl auf absehbare Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielen. In Afrika und großen Teilen Lateinamerikas wird er nur flankierend zu den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank in Erscheinung treten. Nur bei den lateinamerikanischen Großschuldnern, vor allem Brasilien, Argentinien, Mexico, und den relativ weit industrialisierten Staaten der südostasiatischen Wachstumszone werden die IWF-Kredite Grundlage der wirtschaftspolitischen Umstrukturierung sein.

Ferner ist zu erwarten, daß der IWF zunehmende Bedeutung als Koordinierungsinstanz gewinnt, die die Interessengegensätze zwischen den wichtigsten westlichen Industrieländern ausgleichen soll. Beim letzten Weltwirtschaftsgipfel (Juni 1987 in Venedig) haben die Regierungen der führenden westlichen Staaten die verstärkte Überwachung ihrer Volkswirtschaften durch den IWF mithilfe eines Systems mittelfristiger Wirtschaftsindikatoren vereinbart. Eine offensivere Rolle des IWF gegenüber diesen Staaten ist aber nur denkbar, wenn diese auf Interventionen bei unangenehmen Analysen und Politikempfehlungen verzichten. Angesichts der krisenhaften Tendenzen auf den Devisen- und Aktienbörsen wachsen die internationalen Abstimmungserfordernisse. Offen ist allerdings, ob der IWF als multilaterale Finanzinstitution mit großer Mitgliedschaft den geeigneten Rahmen für Abstimmungsprozesse zwischen den führenden westlichen Staaten darstellt, oder ob diese auf andere Formen der Kooperation ausweichen.

Strukturhilfen des BMZ

Im Haushalt 1987 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zum erstenmal Mittel für das neue Instrument der Strukturhilfen ausgewiesen. Damit werden die Strukturanpassungskredite der Weltbank in Form einer Kofinanzierung direkt unterstützt. Im Titel für die bilaterale Kapitalhilfe sind 1987 375 Mio. DM für den Sammelbegriff „Allgemeine Warenhilfe und Strukturhilfe" angesetzt. 1988 soll das Finanzvolumen dafür auf 600 Mio. DM steigen.

Mit der wachsenden Unterordnung unter den Ansatz der Weltbank gibt das BMZ den Anspruch einer eigenständigeren entwicklungspolitischer Zielsetzung auf. Die auch von der Bundesregierung gewünschte zentrale Position der Weltbank in der Anpassungsfinanzierung wird gestärkt und das BMZ umgeht auf elegante Weise die zunehmenden Abflußprobleme bei der projektbezogenen Hilfe.[12]

Nicht mehr die direkte Exportförderung wie in der Amtszeit des früheren Ministers Warnke ist das oberste Ziel Bonner Entwicklungspolitik. Unter Hans Klein reiht sich das BMZ in das Kartell der westlichen Geber und Finanzinstitutuinen ein, die die Position der Dritte-Welt-Staaten im internationalen System nachhaltig schwächen und deren Abhängigkeit ausbauen wollen. Ebenso wie bei der Weltbank löst das Primat der Strukturanpassung in der Bonner Entwicklungspolitik größere Umstrukturierung in den zuständigen Institutionen aus. Als erstes steht eine grundlegende Umorganisation der bundeseigenen Gesellschaft (GtZ) an. Andere Durchführungsorganisationen und das BMZ selber werden folgen, um dem Strukturanpassungskonzept Rechnung zu tragen.

Thomas Fues

Anmerkungen:

1 Vgl. Cheryl Payer, The World Bank: A new role in the debt crisis?, in: Third World Quarterly, Vol., No. 2 (April), 1986, S.658ff

2 Vgl. die Rede des Weltbank-Präsidenten Conable auf der IWF/Weltbank-Jahrestagung am 29.9.1987 in Washington, D.C.

3 Vgl. Charles S. Gardner, Die Ausweitung der Strukturanpassungsfazilität des Fonds, in: Finanzierung und Entwicklung, September 1987, S.7

4 Vgl. Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht 1987, Washington, D.C. 1987, Tabelle 11

5 Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Informationsvermerk 29/87 für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, „Politikdialog und Geberkoordinierung", Bonn, 27.10.1987, S.2

6 Vgl. Weltbank, Jahresbericht 1987, Washington, D.C. 1987, Anlage F

7 Maurice P. Bart: Krisenmanagement und Strukturanpassung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 10/1986, S.19

8 Vgl. Weltbank (Operations Evaluation Department): Structural Adjustment Lending: A First Review of Experience, Washington, D.C. 1986

9 Vgl. Constantine Michalopoulos, Die Kreditvergabe der Weltbank zur Strukturanpassung, in: Finanzierung und Entwicklung, Juni 1987, S.7ff

10 Vgl. Yukon Huang und Peter Nicholas, Die sozialen Kosten der Anpassung, in: Finanzierung und Entwicklung, Juni 1987, S.22ff. Vgl. auch die wichtige Arbeit von Gudrun Lachenmann, Anmerkungen zu den gesellschaftlichen Aspekten der Strukturkrise in Afrika, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, Mai 1987

11 Vgl. Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht 1987, Washington, D.C., Tabelle 12, S.83

12 Vgl. Thomas Fues, Strukturhilfen: Die neue Zauberformel der Bonner Entwicklungspolitik, in: epd-Entwicklungspolitik, 22/87



Die Weltbank – Trägerin einer neuen Ökologie-Politik

Die Umstrukturierung der Weltbankverwaltung hat in den letzten Monaten viel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Besonders der Schritt des Weltbankmanagements, eine Umweltabteilung einzurichten, löste zahlreiche Spekulationen aus. So sehen sich viele in ihrem Glauben an die Reformierbarkeit internationaler Finanzinstitutionen bestätigt. Sie haben die Hoffnung, daß die Weltbankprogramme künftig in umfassender Weise ökologischen Gesichtspunkten Rechnung tragen werden. Eine trügerische Hoffnung?

Heute behauptet die Weltbank von sich, daß sie die erste internationale Organisation sei, die sich auf die Umweltverhältnisse und Risiken im Zuge des Entwicklungsprozesses eingestellt habe und mit gezielten Maßnahmen nachteilige Umweltfolgen in den von ihr geförderten Entwicklungsprojekten begrenze.[1]
Hatte sie doch im Zuge der Umstrukturierung, wie schon im Mai '87 von Weltbankpräsidenten Conabel angekündigt, eine Umweltabteilung eingerichtet. Eine institutionelle Konsequenz, die nicht zuletzt auf Druck der us-amerikanischen Umwelt- und Dritte-Welt-lobbygruppen zustande kam.
Wird sich in Zukunft die Projektvergabepraxis qualitativ verändern? Und wenn ja, welche Funktionen hat eine solche Umweltabteilung überhaupt im Rahmen der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank? Wie kann diese Lobbyarbeit der us-amerikanischen Gruppen eingeschätzt werden, gerade im Hinblick auf die bundesdeutschen Umweltverbände, die begonnen haben, sich an den amerikanischen Kampagnen zu orientieren?

Die Weltbank als Geschäftsbank

Die Chancen für die Umsetzung einer ökologisch und sozial orientierten Entwicklungsstrategie durch die Weltbankgruppe müssen äußerst skeptisch beurteilt werden. Denn die Weltbank und die Entwicklungsbanken sind in erster Linie normale Geschäftsbanken, die sich große Teile ihrer Mittel auf dem internationalen Kapitalmarkt besorgen und sich daher an den allgemeinen Bedingungen dieses Marktes orientieren müssen. Sie sind Geschäftsbanken, die aufgrund ihrer Satzung nur für sogenannte „produktive" Entwicklungsprojekte Kredite zur Verfügung stellen dürfen. So finanziert die Weltbank Großprojekte wie Staudämme, Bewässerungs- und kapitalintensive Agrarprojekte, die entweder selbst in kurzer Zeit einen Gewinn abwerfen oder mit deren Hilfe gewinnbringende Industriekomplexe angesiedelt werden sollen.
Für die Kreditvergabe stehen der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken das sogenannte ‚Fenster für harte Kredite' zur Verfügung. Das sind Kredite, die zu kommerziellen Bedingungen, d.h. zu relativ hohen Zinssätzen und mittelfristigen Laufzeiten vergeben werden. Die Weltbanktocher IDA (Internationale Entwicklungsorganisation) dagegen vergibt ihre Kredite vor allem an ärmere Länder mit einem jährlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung von weniger als 790 US-Dollar.
Sie beschafft sich ihre Kreditmittel nicht auf den Kapitalmärkten, sondern finanziert sich aus den eingezahlten Mitteln der Mitgliedsländer und aus Gewinnüberweisungen der Weltbank. Die IDA-Kredite sind daher zinslos und die Laufzeiten erstrecken sich auf einen Zeitraum zwischen 40 und 50 Jahren. Die Weltbank ist jedoch der

weitaus bedeutendere Kreditgeber: Im Geschäftsjahr 1987 beliefen sich die Darlehenszusagen der Weltbank auf 14,2 Mrd. US$ gegenüber 3,4 Mrd. US$ der IDA. Laut Weltbankjahresbericht 1987[2] summierten sich die gesamten ausstehenden Forderungen der Weltbankgruppe (ohne IDA) auf 75,7 Mrd. US-Dollar, die sie sich mit durchschnittlich 8,38% verzinsen ließ.[3] Das Weltbank-Management — fit in allen Tricks des internationalen Bankengeschäftes (Devisen-, Währungs-, Diskont-, Swap-Geschäfte) hat für die im Geschäftsjahr 1987 aufgenommenen Mittel lediglich 5,9% Zinsen zu zahlen, die niedrigsten seit 20 Jahren und gibt sie mit höheren Zinsen weiter. Vergleicht man die Zinssätze für aufgenommenes und geliehenes Kapital der Weltbank, zeigt sich, daß sie an der Verschuldung der Dritte-Welt-Länder mitverdient. Die Weltbank läßt sich darüber hinaus bereits bewilligte, aber noch nicht ausbezahlte Darlehen über eine Bereitstellungsgebühr von 0,75% verzinsen.

Sie erzielte 1987 einen Reinertrag in Höhe von 1.113 Mrd. US$,[4] der dritthöchste Gewinn, den sie je erzielt hat.



Die eigentliche Bedeutung der Weltbank liegt darin, daß zahlreiche Großprojekte erst durch ihre Kreditvergabe attraktiv werden. Durch die Garantie der Weltbank für einen Teil des Kreditpaketes sind öffentliche bi- und multilaterale Entwicklungshilfeinstitutionen sowie private Geschäftsbanken zur Ko-Finanzierung bereit.[5] So kommen auf einen geliehenen Weltbankdollar mindestens zwei aus anderen Quellen. Die Kredite werden jedoch in den wenigsten Fällen in den Ländern der Dritten Welt ausgegeben. Denn Weltbankinvestitionsprojekte werden international ausgeschrieben; ihre Durchführung an Consultings und Privatfirmen aus den westlichen Industrieländern vergeben. 1987 wurden 64% aller Auszahlungen der Weltbank und der IDA für Güter und Dienstleistungen (vom Berater bis zum Bulldozer) außerhalb des kreditnehmenden Landes vergeben. Auch die bundesdeutsche Wirtschaft verdient in erheblichem Umfang an dieser Geschäftspraxis der Weltbank. So erfuhr eine Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei einem Besuch der Weltbank in Washington 1986, daß „sich der Gesamtnutzen der deutschen Wirtschaft auf 18,5 Mrd. DM belaufe“.[6]

Die Umstrukturierung der Weltbank

Als sich die entwicklungspolitische Öffentlichkeit noch mit der von der Weltbank in den 70er Jahren favorisierten Grundbedürfnisstrategie auseinandersetzte, hat die Bank, zunächst unbemerkt, ein völlig neues Instrument in ihrer Entwicklungszusammenarbeit ausgearbeitet und seit Beginn der 80er Jahre kontinuierlich ausgebaut: Die Sektor- und Strukturanpassungskredite — auch Programmkredite genannt. Laut Definition der Weltbank sind das projektungebundene Kredite, die den gesamtwirtschaftlichen und institutionellen Wechsel in der Dritten Welt unterstützen sollen, um die Wirtschaftsstruktur so zu verändern, daß mittelfristig hohe Wachstumsraten und Zahlungsbilanzstabilität erreicht werden. Von ehemals weniger als 10% der gesamten Kreditvergabe in den Geschäftsjahren der 70er hat sich der Anteil der Strukturanpassungsmaßnahmen auf 23% der Dalehenszusagen im Geschäftsjahr 1987 erhöht. Die Bedeutung der Anpassungskredite fällt für die einzelnen Kontinente unterschiedlich aus. Während Afrika rund 40% und Lateinamerika rund 30% ihrer Finanzierungszusagen von der Weltbank aus dieser Kategorie erhalten, gilt für Süd- und Ostasien nur ein Anteil von 10%.

Mit Sektorprogrammen im Energie-, Infrastruktur- und Landwirtschaftsbereich wird die zukünftige Ausrichtung ganzer Wirtschaftszweige nach den Vorstellungen der Weltbank festgelegt. Kraftwerke, Staudämme, Häfen, Straßen, Telekommunikation sollen Anreize für mehr Privatinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt schaffen (siehe Artikel v. Thomas Fues). Damit hat sich die Weltbank von der sogenannten Grundbedürfnisstrategie der Mc Namara-Ära in den 70er Jahren verabschiedet.

Die Weltbank hat allerdings aus zahlreichen Fehlern ihrer bisherigen Projektvergabepraxis gelernt: Um nationale und internationale Proteste zu vermeiden, bemüht sich die Weltbank in jüngster Zeit um eine Umweltkomponente bei der Projektplanung und -durchführung. In der Vergangenheit hat die Weltbank aus Kosten-Nutzen-Erwägungen heraus beispielsweise auf die aufwendige Beseitigung der sogenannten Biomasse (Bäume, Sträucher etc.) vor der Überflutung des künftigen Stausseeareals verzichtet. Mit entsprechenden Maßnahmen in der Projektplanung und -durchdührung will die Weltbank die Verschlammung oder etwa die Versalzung großangelegter Bewässerungsprojekte verhindern. damit sollen hohe Folgekosten vermieden und ihre geförderten Projekte langfristig profitabel werden.

Dafür müßten sehr zeit- und kostenintensive Vor-, Detail- und Evakuierungsstudien durchgeführt werden, mit der Konsequenz, daß aus ökologischen Gründen auf einzelne Projekte verzichtet werden muß.

Falls sich die Weltbank sogar auf diese teuren großangelegten Studien einlassen sollte, um die fortschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen aufzuhalten, wäre damit keinesfalls eine Änderung ihrer bisherigen Entwicklungsstrategie der Weltmarktintegration zu erwarten. Dieser rentabilitätsorientierte Umweltschutz sorgt sich weniger um den Erhalt intakter Ökosysteme als um den ökologischen Reproduktionsbedingungen zur langfristigen Sicherung der Produktivität einzelner von der Weltbank vor-finanzierter Wirtschaftsenklaven.

Die derzeit vieldiskutierte Umorganisation der Weltbank ist im engen Kontext zu sehen mit der neudefinierten Aufgabe der Bank: über Strukturanpassungskredite Einfluß auf die Gesamtwirtschaft der Länder der Dritten Welt zu nehmen. Im Weltbankjahresbericht heißt es dazu: „Im Aufbau der Bank sollte sich deshalb auch erkennen lasse, daß sie ihr Augenmerk verstärkt von den spezifischen Investitionen für Produk-

tionskapazitäten auf Anpassungskredite verlagert."[7] (siehe hierzu Artikel v. T. Fues) Herzstück der Neustrukturierung ist der Aufbau von vier Regionalabteilungen, innerhalb derer jeweils Länderabteilungen eingerichtet werden. Integrierte Management-Teams sind zuständig für das Strategiekonzept, den Politik-Dialog, die Wirtschafts- und Sektorenarbeit, die Kreditvergabe und die Bankdienste. Die Regionalabteilungen sollen eine bessere Integration der gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Maßnahmen garantieren. Von den von Präsidenten Conable im Frühjahr 1987 zugesagten 100 Planstellen für den Umweltbereich sind bisher 50 Stellen besetzt. Die meisten davon beansprucht die Forschungsabteilung in der zunächst einmal Konzepte entwickelt werden. Außer diesen neuaufgebauten Forschungskapazitäten wurden Umweltreferate geschaffen, die in die jeweiligen Regionalabteilungen integriert sind. Neben der Berücksichtigung umweltrelevanter Faktoren im Bereich der sektoralen Arbeit, plant die Weltbank den Aufbau von Umweltverwaltungen in den Ländern der Dritten Welt.

Solange aber die Umweltreferate in den jeweiligen Regionalabteilungen kein Vetorecht haben, um Projekte, die aus ökologischen Gründen nicht vertretbar sind, abzubiegen, gibt es wenig Anlaß zu Optimismus, wie er zuweilen von us-amerikanischen Umweltgruppen und mittlerweile auch von bundesdeutschen Umweltverbänden zu vernehmen ist.

Die Lobbyarbeit us-amerikanischer Umweltgruppen

Die Einrichtung der Umweltabteilung durch die Weltbank führen zahlreiche us-amerikanische Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen[8] u.a. auf ihre erfolgreiche Lobbyarbeit zurück. Tatsächlich ist diesen Gruppen teilweise Beachtliches gelungen:

■ In zahlreichen Broschüren und Kurzanalysen wurde umfassendes Material zu den sozialen und ökologischen Folgen einzelner Weltbankprojekte zusammengestellt. Durch eigene Recherchen und Kontaktaufnahme mit Betroffenen aus den Projektgebieten wurde die Daten- und Informationsbasis beträchtlich erweitert, wovon auch bundesdeutsche Dritte-Welt- und Umweltgruppen in ihrer Arbeit profitieren.

■ Vertreter der Lobbygruppen wurden zu Anhörungen in die Weltbankzentrale und als Gutachter bei den Kongress-Anhörungen eingeladen, um ihre Kritik an einzelnen Weltbankprojekten sowie alternative Vorschläge vorzutragen.

■ Konkrete Erfolge waren der Rückzug eines 250 Mio. US$-Weltbankkredites aus dem Polonoreste-Projekt im Nordwesten Brasiliens und die Weigerung des US-Exekutivdirektors der Interamerikanischen Entwicklungsbank, einem weiteren Infrastrukturprojekt im brasilianischen Amazonas-Gebiet zuzustimmen. Dem Rainforest-Action Network gelang es nach einer breiten Öffentlichkeitskampagne, zu erreichen, daß die fast-food-Kette Burger-King öffentlich erklärte, kein Fleisch mehr von den Rinderfarmen Mittel- und Lateinamerikas zur Produktion von ‚Hamburgers' verwenden zu wollen.

■ Von besonderer Bedeutung auch für die bundesrepublikanische Diskussion ist die Tatsache, daß sich mitgliederstarke Umweltorganisationen wie die National Wildlife Federation und der traditionsreiche Sierra Club an der Kampagne beteiligen und ihre Mitglieder informieren. Außerdem haben gerade die Organisationen seit einigen Jahren Abteilungen eingerichtet, die sich mit der globalen Umweltzerstörung und der internationalen Umweltpolitik beschäftigen.

Kritische Anmerkungen zur Arbeit der Lobby-Gruppen

Die hier erwähnten US-Umweltgruppen[8] konzentrieren ihre Arbeit ausschließlich auf politische Instanzen in Washington. Indirekt setzten sie dabei auf die Dominanz der USA in den internationalen Finanzinstitutionen.

Sie hoffen schließlich auf deren Reformierbarkeit und auf die Sensibilisierung einzelner Mitarbeiter. Dagegen wird die weltmarktorientierte Politik der Geschäftsbanken nicht grundsätzlich infragegestellt; die Ursachen der Verschuldung und insbesondere der Anteil, den die USA

dabei haben, werden nicht thematisiert. Schuldenstreichung als wichtige Voraussetzung und Chance für eine soziale und ökologische Entwicklung taucht als Forderung gar nicht auf.
Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Arbeit der Gruppen weder von Seiten der Weltbank noch der US-Administration auf größere Kritik stößt.
Das beträchtliche wissenschaftliche Potential einiger Lobby-Gruppen, wie des World Ressources Institute, wird gerade vom Weltbankmanagement geschätzt, schließt es doch Wissens- und Forschungslücken im Umweltbereich, der in der Vergangenheit von der Weltbank vernachlässigt worden war. „Ecodevelopment" oder „sustainable development" sind die neuen Schlagwörter, beispielsweise des sogenannten Tropenwald-Aktionsplans, den die Weltbank gemeinsam mit dem World Ressources Institut der UNDP und der FAO ausgearbeitet hat. Dieser Aktionsplan soll für einen Zeitraum von 5 Jahren 8 Mrd. US-Dollar zur Regenerierung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Feucht- und Trockenwäldern bereitstellen.

Was immer „sustainable development" im einzelnen heißen kann: hier wird die Flexibilität von Mammutorganisationen überschätzt und alle Hoffnungen auf die machbarkeit alternativer Entwicklungsansätze ausgerechnet auf die internationalen Finanzorganisationen übertragen.
In der Broschüre „Bankrolling Disaster", werden von den Umweltgruppen gar Strukturanpassungskredite als Chance betrachtet, weil sie auch die Möglichkeit bieten, über Umweltkredite zu verhandeln. In einem im Juli 1987 im US-Kongress eingebrachten Gesetzesentwurf wird die Weltbank u.a. dazu aufgefordert, einen Umweltstrukturanpassungskredit als Pilotprogramm mit dreijähriger Laufzeit zu finanzieren.
Die permanente Einflußnahme der Industrieländer „auf die makroökonomischen Entscheidungen" der Dritte-Welt-Länder (Tetzlaff) wird akzeptiert, statt prinzipiell infragegestellt.
Ähnliches gilt für einen anderen Schwerpunkt der Umweltgruppen: sie schrecken nicht zurück, sich eines anderen Instruments der derzeitigen Krisenmanagementstrategie der Gläubigerländer zu bedienen: debt to equity swap, d.h. die Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen.[10] Einige US-Umweltgruppen tauften diese sogenannte Entschuldungsstrategie kurzerhand in „debt for conservation" oder „debt for nature" um. Die Umweltschutzgruppe „Conservation International" kaufte einen bolivianischen Schuldtitel von 650.000 US-Dollar für 100.000 US-Dollar auf und erließ der bolivianischen Regierung diese Schuld mit der Auflage, den Beni-Naturschutzpark erheblich zu erweitern und für sein Management 250.000 US-Dollar in lokaler Währung zur Verfügung zu stellen. Conservation International hat sich vertraglich einen offiziellen Beobachterstatus bei der Planung und Gestaltung des Parkes zusichern lassen und will das bolivianische Agrarministerium mit technischer Zusammenarbeit unterstüzen. All dies ist mehr oder weniger ohne das Mitwirken der betroffenen Bevölkerung, die im vorgesehenen Naturpark lebt, verhandelt und beschlossen worden.

Dieses Konzept der „alternativen Konditionalität" hinterfragt nicht die Legimität der von den Banken aufrechterhaltenen Rückzahlungsforderungen. Im Gegenteil: im Falle der „debt for conservation"-Strategie oder mit der Forderung nach Umweltstrukturanpassungskrediten werden Schulden ganz klar als politisches Druckmittel anerkannt und benutzt, wenn auch bei eventuell richtiger Zielsetzung. Hier stellt sich die Frage, ob der Eingriff in die staatliche Souveränität auf „alternativem Wege" legitim ist.
Das Konzept alternativer Auflagen wie sie gerade von einigen US-Umweltgruppen propagiert wird, geht zu sehr von der irrigen Annahme aus, Emanzipation, Demokratisierung und das „richtige Umweltbewußtsein" ließen sich paternalistisch von oben oder außen erzwingen. Zahlreiche Basisinitiativen wehren sich gegen ökonomische Ausbeutung und ökologische Zerstörung in den Ländern der Dritten Welt und gegen von oben diktierte Umwelt-Aktionspläne.[11]
Auch die bundesdeutschen Naturschutzverbände, die mit den sogenannten Patenschaftsprogrammen für Naturschutzparks in der Dritten Welt liebäugeln und auf die Reformierwilligkeit der Weltbank hoffen, werden sich mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen.

Barbara Unmüßig

Anmerkungen:

1) Weltbank Jahresbericht 1987, Washington D.C., S.32ff
2) Die im folgenden genannten Zahlen beziehen sich auf das Geschäftsjahr 1987, das bei der Weltbank am 1. Juli d.J. bis zum 30. Juni des nächsten Jahres festgesetzt ist.
3) Daraus resultierten alleine für das Geschäftsjahr 1987 Darlehenserträge in Höhe von 6,1 Mrd. US$.
4) Weltbank Jahresbericht 1987, S.70ff
5) Weltbank Jahresbericht, S.36ff. Dort heißt es, daß im Fiskaljahr 1987 für genehmigte Weltbankprojekte Kofinanzierungsmittel in Höhe von 5,6 Mrd. US$ aufgebracht werden konnten. Ergiebigste Quelle ist die öffentliche Entwicklungshilfe, die im Rahmen der Kofinanzierung insgesamt 2,7 Mrd. US-Dollar bereitstellte.
6) Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit über eine Delegationsreise zu entwicklungsrelevanten Organisationen in Washington und New York vom 26.10.—11.11.1986, Ausschußdrucksache 10/480
7) Weltbank Jahresbericht 1987, S.24
8) Einige der Gruppen und Organisationen, die sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben und während der letzten IWF und Weltbankjahrestagung in Washington im September 1987 offiziellen Beobachterstatus innehatten:
Environmental Policy Institute, National Wildlife Federation, Sierra Club Cultural Survival, Survival International, Rainforest Action Network Friends of the Earth, USA, Environmental Defense Fund
9) Bankrolling Disasters - Internationale Development Banks and Global Environment, Hg: Sierra Club, Washington D.C. 1986. Diese Broschüre wird derzeit vom Deutschen Naturschutzring, vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood u.a. ins Deutsche übersetzt und soll zur IWF-Weltbank-Kampagne zur Verfügung stehen.
10) vgl. blätter des iz3w Nr. 145, S.39ff
11) zur Kritik am Tropenwald-Aktionsplan: vgl. Vandana Shiva: Forestry Crisis and Forestry Myths - A Critical Review of Tropical Forests - A call for Action.
HG: World Rainforest Movement, Penang, Malaysia, 1987

Editorial

Der Golfkrieg eskaliert. Sowohl Iran als auch Irak mobilisieren trotz desolater Versorgungslage mehr Ressourcen denn je für die Kriegsführung. Einiges deutet darauf hin, daß der Iran eine Großoffensive plant. Durch die US-Intervention im Golf droht der Konflikt zu einem internationalen Kriegsrisiko zu werden.

Die Berichterstattung in Tagespresse und Fernsehen ist in ihrer Einseitigkeit und Oberflächlichkeit mehr als ärgerlich. Wir haben uns bemüht, mit diesem Schwerpunktheft das Informationsdefizit abzubauen.

Im ersten Teil des Themenblocks geht es um das Engagement auswärtiger Staaten im Golf: Der Artikel von Jochen Hippler analysiert die Mittel-Ost Politik der USA seit den 70er Jahren und geht ausführlich auf die aktuelle Entwicklung ein. Die Rüstungsexportkampagne belegt, daß die Bundesrepublik in diesen Krieg verwickelt ist: Deutsche Firmen liefern vom Uniformstoff bis zum Panzertransporter alles, was die Fortdauer des Krieges gewehr-leistet.

In einem zweiten Teil wenden wir uns dann den beiden kriegführenden Ländern zu. Marianne Stern schreibt über die Diktatur der Baath-Partei und deren Außenpolitik. Monika Schukkar berichtet über die Frauenpolitik des Baath-Regimes und über die Situation irakischer Frauen im Krieg. Zur inneren Entwicklung im Irak haben wir in den blättern Nr. 140 vom März diesen Jahres bereits einen umfassenden Artikel abgedruckt.

Daß im Krieg inzwischen alle Hemmschwellen überschritten sind, zeigt der Angriff der irakischen Luftwaffe auf das iranische Atomkraftwerk Busher. Dieser Angriff muß allerdings in Zusammenhang mit der beschleunigten Umsetzung des iranischen Atomprogramms gesehen werden. Schließlich beschreibt eine iranische Lehrerin, wie Kinder in der Schule psychologisch auf den Krieg vorbereitet werden, um dann als letzte Machtstütze der Ajatollahs auf den Schlachtfeldern zerrissen zu werden. Mit der ideologischen Komponente im Golfkrieg setzt sich Kamran Ekbal auseinander. Er vertritt die These, daß der Golfkrieg zu einem wesentlichen Teil ein Konflikt zwischen Panislamismus und Panarabismus ist.

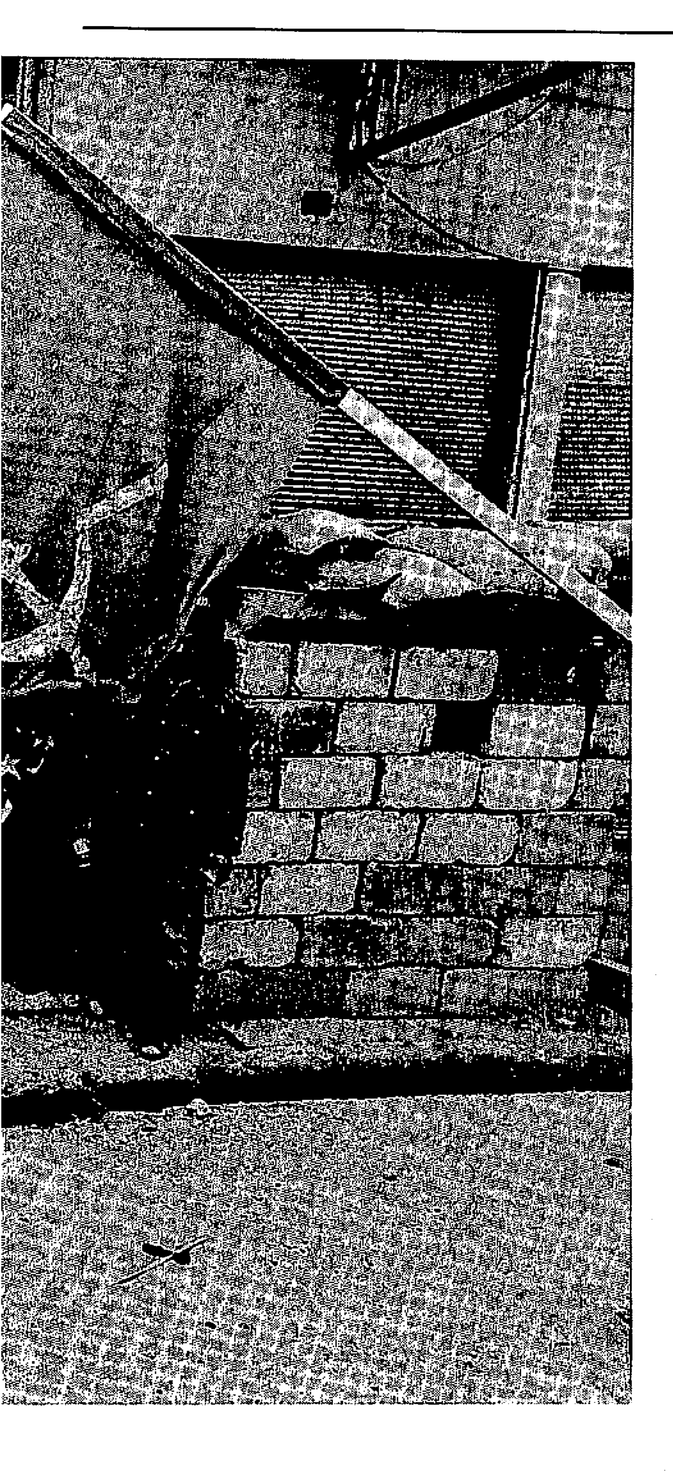
Im Januar planen wir einen Themenschwerpunkt zu Re-Islamisierung.



Themenblock


In den süd-iranischen Grenzstädten Abadan und Khorramshar werden sowjetische und amerikanische Flaggen verbrannt

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens ist in den achtziger Jahren der zentrale Krisenpunkt der internationalen Politik. Der inzwischen „klassische" Nahostkonflikt, nämlich die mit der Palästinafrage zusammenhängenden Probleme, sind nach wie vor ungelöst. Der Konflikt zwischen Israel und der PLO und die fortgesetzte Besetzung arabischen Landes durch Israel sind hier die beiden Kernpunkte. Seit 1975 befindet sich der benachbarte Libanon im Bürgerkrieg, wobei innere Konfliktlinien, die Einbeziehung in den Palästinakonflikt (durch die Präsenz der PLO und durch israelische Militärinterventionen) und der Aufschwung des schiitischen Fundamentalismus zusammenkommen. Eine ganze Reihe von Regimen der Region ist, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung, alles andere als stabil: bei den meisten Staaten der arabischen Halbinsel ist die Massenloyalität zumindest mittelfristig durchaus fraglich. Saudi Arabien und Kuwait machen hier keine Ausnahme, der Bürgerkrieg im Südjemen hat allerdings noch 1986 demonstriert, daß auch sozialistisch ausgerichtete Regime keine Gewähr für innere Stabilität bieten. Selbst so wichtige arabische Staaten wie Ägypten und Syrien können nicht selbstverständlich davon ausgehen, durch vorsichtige „Demokratisierung" oder straffe Repression gegen Überraschungen geschützt zu sein. In den Randgebieten der Region sieht es nicht besses aus: Die zahlreichen Konflikte Libyens mit seinen Nachbarländern, die Lage im Horn von Afrika oder der fortgesetzte Krieg in Afghanistan demonstrieren, daß der Nahe und Mittlere Osten bereits aufgrund der Verknüpfung seiner lokalen und subregionalen Konflikte eine Region ist, die an politischer und militärischer Sprengkraft ihresgleichen sucht. Die islamische Revolution im Iran mit ihrer ideologischen und politischen Ausstrahlung in die islamischen Nachbarländer und der im September 1980 vom Irak begonnene Krieg gegen den Iran, haben die Konflikte weiter zugespitzt.



US-Politik im Golfkrieg

Der mittlere Osten als „Ölreservoir"

Die Bedeutung der Region entspringt aber nicht nur der Summe lokaler Konflikte. Von besonderer Bedeutung ist der mittlere Osten — und insbesondere die Golfregion — offensichtlich wegen ihres Ölreichtums, wobei Öl als Energieträger nicht nur von beträchtlicher wirtschaftlicher, sondern auch strategischer Relevanz ist.

Die beiden Öl(preis)krisen der siebziger Jahre hatten den kapitalistischen Industriestaaten eindringlich vor Augen geführt, daß der Nahe und Mittlere Osten wegen seiner Bedeutung für die Weltenergieversorgung kaum unterschätzt werden durfte. Es ist kein Wunder, daß bereits 1973 — also kaum nach dem „Vietnam-Trauma" — in den USA eine Debatte begann, ob und unter welchen Umständen eine militärische Besetzung der Ölfelder des Nahen und Mittleren Ostens sinnvoll, notwendig und möglich sei. Diese Diskussion wurde nicht von politischen Außenseitern geführt: die Außen- und Verteidigungsminister beteiligten sich mit öffentlichen Stellungnahmen.

Der Ölmarkt hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren radikal umgestaltet. Einige Stichworte sind der Zerfall der OPEC, das Auftreten neuer, größerer Anbieter aus der Dritten Welt, die nicht in der OPEC organisiert sind (vor allem Mexiko), die Nutzung des britischen und norwegischen Nordseeöls, eine gedämpfte Wirtschaftsentwicklung in den Industriestaaten, die — zusammen mit Energieeinsparungen und der verstärkten Nutzung von Atomenergie (und zum Teil Kohle) — die Nachfrage stark beschnitt und die kriegsbedingten Liefereinschränkungen des Iran und Irak. Zusammengenommen läßt sich feststellen, daß von der vermeintlichen Ölknappheit der siebziger Jahre kaum etwas übriggeblieben ist: „Ölschwemme" ist der Begriff, der die Lage heute charakterisiert. Das verminderte zugleich die Bedeutung der OPEC-Exporteure und der Ölexporteure des Persischen Golfes: Der Anteil der OPEC an der Weltproduktion von Rohöl fiel von 1973 bis 1984 von 56 auf 32%. Der

Anteil an der Weltproduktion der Länder des Golfs fiel in der gleichen Zeit von 37% auf 20%.

Es läßt sich insgesamt feststellen, daß die Abhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten vom Erdöl seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre gesunken und daß zugleich die relative Bedeutung des Persischen Golfes für die Ölversorgung zurückgegangen ist. Daraus darf allerdings nicht geschlossen werden, daß die Ölversorgung aus dem Golf nunmehr unwichtig geworden sei: Erstens würde auch ein Fehlbedarf an Primärenergie von bloßen 10 bis 20% dramatische Auswirkungen und die Volkswirtschaften Westeuropas und Nordamerikas haben — zumindest für eine Übergangszeit. Zweitens besteht das Problem nicht primär in einem drohenden, absoluten Mangel an Rohöl, sondern bereits in einer drohenden Knappheit, die zu drastischen Preissprüngen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung führen würde. Drittens läßt sich voraussagen, daß die in den letzten Jahren gesunkene Abhängigkeit von den Energiequellen der Golfregion in den neunziger Jahren wieder deutlich zunehmen wird (u.a. wegen eines zu erwartenden Rückgangs der Produktion in den USA, der Sowjetunion und in der Nordsee), und viertens verfügen die acht Golfstaaten über insgesamt fast 60% der nachgewiesenen Rohölreserven der Welt, was die Region strategisch weiterhin bedeutsam macht.

Die relative Reduzierung der Bedeutung des Golf-Öls hat daher die Abhängigkeit nicht beseitigt und ist darüber hinaus nicht von Dauer.



Frontfreiwillige während des Jahrestages der Islamischen Revolution.

Die „sowjetische Bedrohung“

Der dritte Aspekt, der den Mittleren Osten auszeichnet, ist die Tatsache, daß es sich im geographischen und strategischen Sinne praktisch um die erweiterte Südflanke der NATO handelt. Das NATO-Mitglied Türkei ist geographisch eher ein Land des Nahen und Mittleren Ostens als Europas oder gar der „Nordatlantischen“ Region, es grenzt nicht nur direkt an Syrien, den Irak und den Iran, sondern ist den meisten anderen Krisenherden der Region räumlich sehr nahe — mit dem Iran teilt die Türkei das Problem des Autonomiestrebens der Kurden. Die Sowjetunion schließlich ist nicht nur direkter Nachbar der Türkei, sondern auch des Iran. Von der sowjetischen Grenze bis zum Persisch-Arabischen Golf beträgt die Entfernung etwa 900 km. Diese geographisch-strategische Konstellation wird insbesondere von US-Politikern als ein besonderes Problem betrachtet.

In einer vorzüglichen Studie über Fragen militärischer Sicherheit auf der arabischen Halbinsel wies J.E. Peterson (Defend in Arabia, London 1986) im letzten Jahr darauf hin, daß der Golf eine „wichtige Landbrücke“ zwischen der Sowjetunion und dem Mittleren Osten, Südasien, Ostafrika und dem Indischen Ozean darstellt. Der Sowjetunion diesen Zugang zu einer strategisch zentral gelegenen Region zu verweigern oder zu minimieren, wird von Planern in den USA und den meisten westeuropäischen Regierungen für eine höchst wichtige Aufgabe gehalten. Vor diesem allgemeinen Hintergrund wird der Sowjetunion häufig ein ganzes Bündel von strategischen Zielen in der Region unterstellt, die alle mehr oder weniger bedrohlich sind:

— der strategische Vorstoß zu den „warmen Wassern des Indischen Ozeans“, den bereits die russischen Zaren angestrebt hätten;

— den Vorstoß an denGolf, um den Westen damit von seiner Rohölversorgung abschneiden zu können;

— das Betreiben revolutionärer Umstürze in verschiedenen Staaten der Region, um dasselbe Ziel indirekt zu erreichen;

— den Vorstoß an den Golf, um selbst die Ölquellen in die Hand zu bekommen; und anderes.

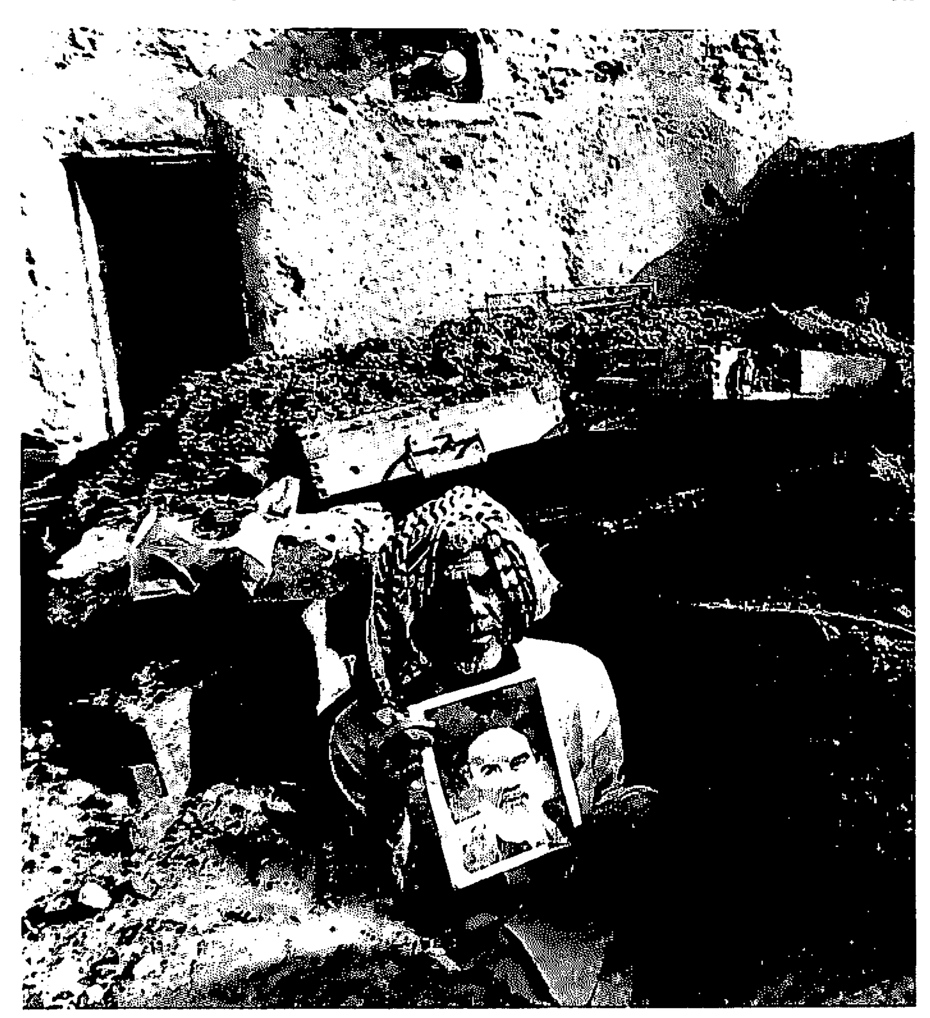
Diese insgesamt alarmierenden Vorstellungen einer sowjetischen Mittelostpolitik haben alle den Nachteil, weder zu der höchst behutsamen sowjetischen Politik in der Region zu passen (Ausnahme ist der Sonderfall der Invasion Afghanistans, eine Erfahrung, die die Tendenz zu großer Vorsicht noch gefördert hat), noch zu den sowjetischen Interessen. Sämtliche Versuche der Sowjetunion, militärisch zum Golf oder seinen Ölfeldern vorzustoßen, machen keinerlei Sinn, da sie nur in Verbindung mit einem weltweiten Krieg gegen die USA (und deren Verbündete) denkbar sind. Einen solchen Weltkrieg aber gerade im Mittleren Osten zu beginnen, wäre völlig sinnlos. Darüber hinaus wäre die Sowjetunion zu einem militärischen Schlag zur Besetzung des Golfs oder der Ölfelder nicht in der Lage. Ein Stoß durch den Iran auf Khuzestan — die einzige überhaupt denkbare Option — würde durch Wüsten und hohe, unzugängliche Gebirge führen, ein rascher Vorstoß wäre unmöglich, bei jedem ernsthaften Widerstand des Irans oder der USA — und an einem solchen wäre nicht zu zweifeln — würde die Operation zu einer Katastrophe. Die immerhin dreißig Divisionen, die im Süden der Sowjetunion stationiert sind und für einen solchen Angriff herangezogen werden könnten, sind in einem höchst miserablen Zustand, unterbesetzt und technisch unzureichend ausgerüstet. Luftangriffs- und Transportkapazität fehlt, und die sowjetische Flotte hätte (trotz der geographischen Nähe der Landgrenze) einen fast so weiten Weg zurückzulegen wie die US-Flotte — allerdings bei beträchtlich schlechterer Logistik. Kurz und gut: ein sowjetischer Vorstoß zum Golf widerspräche sowjetischen Interessen, er widerspräche bisheriger Politik, die auf relativ behutsame Ausweitung des eigenen Spielraums gerichtet ist, und er wäre militärisch nicht realisierbar — wenn man von begrenzten Luftangriffen, z.T. aus Afghanistan, einmal absieht. Diese Sicht beschränkter sowjetischer Möglichkeiten wurde bei Gesprächen des Verfassers im US-Verteidigungsministerium im Herbst im wesentlichen bestätigt.

Dies alles gilt um so mehr, als es die erklärte Politik der USA ist, jedes sowjetische Vorgehen in der Region mit allen militärischen Mitteln aufzuhalten.

Eine sowjetische Politik, die durch „Revolutionierung“ der Region den eigenen Einfluß vergrößern wollte, erscheint da wesentlich naheliegender. Der bisherigen Ergebnisse (Ägypten, Somallia, Irak, Iran, etc.) und die Ausbreitung des islamischen

Fundamentalismus lassen diese Option aber ebenfalls als wenig realistisch erscheinen.

Eine anti-sowjetische Politik der USA und anderer NATO-Länder in der Region mag also das Gespenst einer drohenden sowjetischen Aggression gegen den Golf beschwören. Für möglich gehalten wird eine solche nicht — wie von Experten im US-amerikanischen und im britischen Außenministerium dem Verfasser gegenüber zugegeben wurde. Die Politik der USA und der westeuropäischen NATO-Länder im Golf muß daher offensichtlich andere Ziele verfolgen als die Abwehr einer Gefahr, an die man selbst nicht glaubt.



Bauer in seinem improvisierten Bunker: Die arabisch sprechende Minderheit in der iranischen Grenzprovinz Chusistan ist von den irakischen Bombardements besonders hart betroffen.

Diese Ziele lassen sich in drei miteinander verbundene Punkte zusammenfassen:
1. Sicherung der westlichen Ölversorgung aus ökonomischen und strategischen Gründen, was eine Sicherung der entsprechenden Verbindungs- und Transportmöglichkeiten einschließt;
2. Gewährleistung der politischen und wirtschaftlichen Zugänglichkeit der Länder der Region für USA und NATO-Länder, was das Interesse der Erhaltung oder Herbeiführung von im weiten Sinne westlich ausgerichteten Regierungen und die Verhinderung revolutionärer Prozesse einschließt; und
3. Ausschluß oder Begrenzung sowjetischer Einflußnahme in der Region.
Vor diesem Hintergrund läßt sich jetzt die Entwicklung der militärischen Präsenz von NATO-Staaten in der Golfregion beschreiben. Die bis zum Zweiten Weltkrieg eindeutig vorhandene Vorherrschaft Großbritanniens wurde ersetzt durch eine Situation, die auf der einen Seite eine graduell stärkere Unabhängigkeit bestimmer Staaten der Region sah, zugleich eine Form von Nebeneinander Großbritanniens und der USA, die von Zusammenarbeit und Konkurrenz zugleich bestimmt war. Dabei konzentrierten die USA ihre Einflußnahme fast ausschließlich auf die beiden Kernstaaten der Region, auf den Iran und auf Saudi Arabien. Im letzteren Fall wurde die US-Ölgesellschaft ARAMCO zum entscheidenden Hebel. Bezüglich des Irans ergab sich die besondere Situation, daß es den USA 1953 gelang, mit Hilfe der CIA einen Sturz des damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh zu erreichen und dem Schah Reza Pahlevi an die Macht zurückzuverhelfen. Damit war ein zukünftiger US-Einfluß gesichert. Die anderen Staaten am Golf wurden von den USA fast ignoriert (Ausnahme: die Revolution im Irak).
1968 verkündete die britische Regierung ihren für 1971 bevorstehenden Rückzug des militärischen Engagements „östlich von Suez", also auch im Golf. Trotz dieser Reduzierung westlicher Militärpräsenz hielten die USA es bis 1978/79 (dem Zeitpunkt der Revolution im Iran) nicht für nötig, ihr eigenes Engagement zu vergrößern. Dieses bestand seit 1949 aus 3 Kriegsschiffen, der MIDEASTFOR (Middle East Forces, US Navy). Allerdings muß hier darauf hingewiesen werden, daß ab 1971/72 als Folge des indisch-pakistanischen Krieges die US-Flottenpräsenz im Indischen Ozean auf bis zu 30 Kriegsschiffe verstärkt wurde.

Von „Nixon" zur „Carter-Doktrin"

Ein wichtiger Grund für die US-amerikanische Zurückhaltung im Golf bis 1978/79 bestand in der Niederlage im Vietnamkrieg und der daraus resultierenden „Nixon-Doktrin", die Ende der sechziger Jahre verkündet wurde. Diese Doktrin zog eine Lehre aus Vietnam, indem sie direkte US-Militärinterventionen in der Dritten Welt ablehnte und durch die Untersützung regionaler Stabilitätsgaranten ersetzen wollte. Im Zuge dieser Position wurde die US-Präsenz minimiert und stattdessen eine „Zwei-Säulen-Politik" betrieben, die den Iran und Saudi Arabien unterstützen und aufrüsten wollte, damit diese beiden Länder im US-Sinne am Golf Ordnung halten würden. Trotz der ungeheuren militärischen Aufrüstung der beiden Stellvertreter brach diese Politik mit der islamischen Revolution Ende der siebziger Jahre zusammen. Saudi Arabien war aus einer Reihe von Gründen nicht in der Lage, die alte Rolle des Iran mit zu übernehmen, ohne sich selbst zu destabilisieren . Als dann der mit der Sowjetunion verbundene Irak den nunmehr scharf antiamerikanischen Iran im September 1980 überfiel, schien die Phase US-kontrollierter Stabilität am Golf erst einmal vorbei.
Bereits im Januar und im Oktober 1980 wurde dann das Steuer der US-amerikanischen Mittel-Ost-Politik scharf herumgeworfen: Präsident Carter verkündete, daß die USA jeden Versuch „äußerer Mächte", die Golfregion zu kontrollieren, von den USA als Angriff auf ihre vitalen Interessen verstanden und mit allen, auch militärischen Mitteln, zurückgewiesen würde. Diese Erklärung wurde bald als „Carter-Doktrin" bezeichnet und von der Reagan-Administration aufrechterhalten. Sie war ein Bruch mit der alten Nixon-Doktrin, da sie sich nicht mehr nur auf lokale Stellver-

treter verlassen wollte, sondern eine direkte US-Intervention androhte.
Der erste Außenminister der Reagan-Administration, Alexander Haig, wollte die entstandene unstabile Lage in der Region zuerst damit kompensieren, daß er sich im Nahen und Mittleren Osten um die Erreichung eines „strategischen Konsens" bemühte. Dieser sollte darin bestehen, alle konservativen und westlich ausgerichteten Staaten der Region (einschließlich Israel) gemeinsam gegen die „sowjetische Bedrohung" zu organisieren. Da diese vorgebliche gemeinsame Bedrohung von allen Staaten der Region nicht ernstgenommen wurde, zugleich die Differenzen zwischen den arabischen Staaten und zwischen diesen und Israel unüberbrückbar waren, zeichnete sich das Scheitern dieses „strategischen Konsenses" sehr bald ab. Die US-Regierung reagierte mit einer Politikmischung, die die Probleme nicht gerade verminderte: auf der einen Seite verkündete sie eine neue „strategische Allianz", die nun allerdings nur die USA und Israel verbinden sollte. Damit wurden allerdings die Beziehungen der USA zu den arabischen Staaten nicht eben erleichtert. Zugleich bemühte man sich um die Verstärkung des eigenen militärischen Engagements in der Region, einschließlich der Entsendung von Truppen in den Libanon (1983/84), der Luftangriffe auf Libyen (1986) und teilweise umfangreicher Manöver. Auch diese Politik machte es den konservativen Regierungen gelegentlich recht schwer, eng mit den USA zu kooperieren — selbst wenn sie dies wollten. Zugleich bemühte sich die US-Regierung um enge Beziehungen zu eben diesen Regierungen arabischer Staaten, also zu Saudi Arabien, Ägypten, Jordanien und anderen.

Probleme direkter Militärintervention

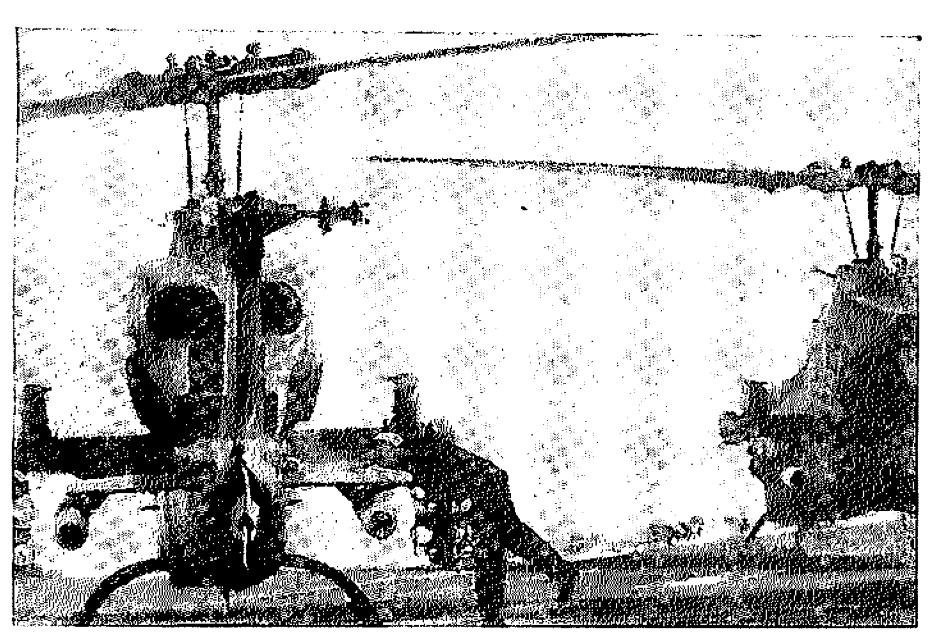
Diese seit 1980 bestehende Tendenz zur prinzipiellen Bereitschaft direkter Militärintervention in der Region stieß zuerst auf das praktische Hindernis, daß militärische und logistische Defizite ein solches Engagement gar nicht gestatteten. Diese Probleme waren bereits in der Mitte der siebziger Jahre öffentlich diskutiert worden.
Entsprechend wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, die praktischen Voraussetzungen für eine aktive, militärisch ausgerichtete Politik in der Region zu schaffen. Eines der Kernstücke dieser Bemühungen war die im März 1980 gegründete „Rapid Deployment Force, RDF" (Schnelle Eingreiftruppe). Sie erhielt ein Hauptquartier in Fort McDill/Florida mit einem eigenen Kommandostab. Dieser wurde zuerst dem US Army Readiness Command unterstellt, ab Oktober 1983 dann direkt dem Verteidigungsminister, bzw. dem Gemeinsamen Generalstab der Waffengattungen. Im Januar 1983 schließlich wurde die RDF umorganisiert und zu einem selbständigen, einheitlichen Regionalkommando aufgewertet, dem US-CENTCOM (US Central Command) mit Zuständigkeit für die meisten Länder des Nahen und Mittleren Ostens. RDF und USCENTCOM verfügten (bzw. verfügen) allerdings nicht über eigene Truppen. Bei bevorstehenden Einsätzen oder in Krisensituationen werden RDF/CENTCOM festgelegte Einheiten der einzelnen Waffengattungen bis zu einem Umfang von maximal etwa 300.000 Soldaten zugewiesen, wobei es sich dabei um besonders gut ausgebildete und ausgerüstete Einheiten handelt. Das Problem dieser Interventionsstreitmacht ist nun offensichtlich der Transport und die Logistik und, damit zusammenhängend, ihre eventuelle Stationierung in der Region. Dieses Problem zerfällt in zwei Teilbereiche: in die Frage der Bereitstellung von Luft- und Seetransportkapazität, die zugleich sehr umfangreich und sehr schnell funktionieren muß, da die Interventionstruppen nicht vor Ort, sondern in den USA stationiert sind. Zweitens stellte sich damit die Frage nach militärischen Stützpunkten in oder nahe der Region. Die Stützpunktfrage war von entscheidender Bedeutung: sie war nicht nur zentral, da die Kampftruppen ja ggf. irgendwo in die Nähe des Schauplatzes gebracht werden mußten, um von dort aus zur Front transportiert zu werden. Andererseits bot die Stützpunktfrage auch die einzige Möglichkeit, die Transportprobleme zu vermindern: nur durch vorherige Deponierung von Großwaffen, Munition, Fahrzeugen, Benzin und anderem Material in der Nähe des erwarteten Kriegsschauplatzes konnte es gelingen, große Mengen von Truppen schnell an Ort und Stelle zu bringen: ihre Waffen und Ausrüstung müßte bereits für sie bereitstehen.

Auch Hafen- und Landerechte für Marine und Luftwaffe waren und sind für die RDF / USCENTCOM von entscheidender Bedeutung, sowohl aus logistischen, als auch aus operativen Gründen.



"Auf jeden Fall, die Minen verkauften wir ihnen nicht."

Ein zentral im Indischen Ozean gelegener Stützpunkt, der auch für Einsätze in der Golfregion genutzt werden konnte, war die Insel Diego Garcia, die völkerrechtlich zu Mauritius gehört, in den sechziger Jahren von der britischen Regierung aber einseitig zu einem künstlichen „British Indian Ocean Territory (BIOT)" abgetrennt und bald an die US-Regierung verpachtet wurde. Diese winzige Insel (etwa 27 km²) wurde zu einem großen Militärstützpunkt mit Marine- und Luftwaffenkapazitäten ausgebaut. Sein einziger Nachteil besteht darin, daß er relativ weit vom Golf entfernt liegt nämlich mehr als 2600 nautische Meilen. Mehrere Luftwaffenstützpunkte in der Ost- und Südosttürkei liegen wesentlich günstiger, die türkische Regierung ist allerdings aus politischen Gründen nicht bereit,



Einsatz im Golf: Amerikanische Kampfhubschrauber

diese für US-Interventionen in der Golfregion zur Verfügung zu stellen und will sie NATO-Einsätzen vorbehalten. Die US-Flotte kann in gewissem Umfang die Hafenanlagen in Bahrain für ihre MIDEASTFOR nutzen, deutliche Vorbehalte drükken sich aber beispielsweise dadurch aus, daß der bahrainische Hafen Manama seit 1977 den USA nicht mehr offiziell als Heimathafen dieser Flotte zur Verfügung gestellt wird. Die traditionelle Nutzung des kenianischen Hafens Mombasa durch die US-Flotte wurde in den letzten Jahren noch ausgebaut und vertraglich festgeschrieben, aber Mombasa ist mit 2500 Meilen kaum näher am Golf als Diego Garcia. Eine begrenzte Nutzung für die US-Flotte wäre im französischen Marinestützpunkt Djibouti möglich, wo Frankreich je nach politischer Situation selbst zwischen sechs und etwa 20 Kriegsschiffen unterhält. Djibouti liegt strategisch sehr günstig am Ausgang des Roten Meeres, Frankreich ist jedoch an einer zu starken und regelmäßigen Nutzung dieses Stützpunktes durch die USA nicht interessiert.

Die ersten Stützpunktabkommen in Verbindung mit der RDF wurden 1980 mit Kenia, mit Somalia (über die Nutzung des Hafens Berbera) und Oman geschlossen, wo die USA inzwischen eine ganze Reihe strategisch gut gelegener Militäreinrichtungen nutzen können: die Insel Masirah für Marine und Luftwaffenzwecke, die Luftwaffenbasen in Thamarit, al Sib, Salalah und Khasab (letzter direkt in der Straße von Hormuz).

Mit einer ganzen Reihe weiterer Staaten besteht eine teilweise recht enge in einigen Fällen aber sehr diskret betriebene militärische Zusammenarbeit, die auch die Nutzung von Stützpunkten — zumindest in „Notfällen" — beinhaltet.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die USA in der Region des Persischen Golfes und dessen Umgebung ein beachtliches Netz militärischer Stützpunkte aufbauen konnten, das für eigene Militäroperationen zur Verfügung steht. Allerdings muß einschränkend festgestellt werden, daß dadurch die prinzipiell bestehenden logistischen Probleme nur gemildert, nicht aufgehoben werden, und daß eine ganze Reihe der prinzipiell zur Verfügung stehenden Einrichtungen aufgrund politischer Einschränkungen nur unter bestimmten Bedingungen genutzt werden können. Ohne eine von Fall zu Fall erfolgende Zustimmung der Regierungen von Saudi Arabien, des Bahrain und anderer Staaten wäre die Aktionsfähigkeit der RDF wesentlich eingeschränkt. Die Benutzung der Basen ohne Erlaubnis — wie mehrfach geschehen — bedeutet eine starke Belastung der politischen Beziehungen und kann daher nicht zu oft wiederholt werden, ohne die Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Gastgeberregierung zu gefährden.

Die massive Ausweitung des militärischen Engagements der USA im Persischen Golf begann 1987. Die Regierung Kuwaits hatte seit September 1986 diskret in Washington angefragt, ob man dort zur Entsendung von Marineeinheiten zum Schutz kuwaitischer Schiffe — vorwiegend Tanker — bereit sei, und in diesem Zusammenhang eine „Umflaggung" kuwaitischer Tanker unter US-Flagge ins Spiel gebracht. Die US-Regierung zeigte sich desinteressiert, verzögerte eine Antwort und lehnte das Ersuchen dann ab. Als auf eine Bitte der kuwaitischen Regierung im März 1987 die Sowjetunion

Amerikanischer Soldat inspiziert Minen auf der iranischen "Iran Ajr".



Märtyrer-Friedhof in Isfahan, auf dem einige Tausend an der Front Gefallene beerdigt sind.

an Kuwait vier sowjetische Tanker vermietete, geriet die Reagan-Administration in Aufregung und entschied, nunmehr doch die eigene militärische Präsenz zu erhöhen und der Umflaggung zuzustimmen. Damit war die kuwaitische Strategie aufgegangen, das eigene Risiko und den Druck seitens Iran zu vermindern, indem man auf eine Internationalisierung des Konfliktes setzte und versuchte, beide Supermächte (und möglichst noch die westeuropäischen Staaten) zu einem direkten militärischen Engagement zu bewegen.

Eingriff in den Tankerkrieg

Nachdem also im Frühjahr 1987 prinzipiell eine Verstärkung der militärischen Präsenz beschlossen worden war, kam diese ab Mai so richtig in Fahrt. Der direkte Anschluß war ironischerweise ein Zwischenfall, bei dem ein irakisches Kampfflugzeug im Persischen Golf die US-amerikanische Fregatte Stark mit Raketen beschossen und schwer beschädigt hatte. 37 US-Soldaten wurden dabei getötet. Zwei Tage später gab die US-Regierung bekannt, daß sie nun zu einer „Umflaggung" elf kuwaitischer Tanker *bereit* sei, um diese formell zu US-Schiffen zu machen und zugleich militärischen Geleitschutz für diese Schiffe bereitzustellen. Als Begründung wurde nicht der irakische Angriff auf die Stark genannt — hier gab man sich mit einer Entschuldigung für diesen „Irrtum" zufrieden — sondern die Notwendigkeit, die Freiheit der Schiffahrt im allgemeinen und insbesondere den Golf vor dem Zugriff des Iran und der Sowjetunion zu schützen. Diese Begründung war in jeder Hinsicht bemerkenswert: die zahlreichen Angriffe auf Schiffe im Golf durch die kriegsführenden Parteien (der sogenannte „Tankerkrieg") waren vom Irak gegen die Interessen des Iran begonnen worden, um dessen Ölexporte zu behindern oder zu unterbrechen. Mehr als zwei Drittel der Angriffe auf die Zivilschiffahrt im Golf wurde durch irakische Flugzeuge unternommen. Zugleich war nur der Iran wirklich auf die Schiffahrt im Golf angewiesen: der Irak, Kuwait und Saudi Arabien exportierten einen großen Teil ihres Erdöls durch ein Pipelinesystem (durch Saudi Arabien zum Roten Meer oder durch die Türkei zum Mittelmeer), nur der Iran verfügte über diese Möglichkeit nicht und war auf Export per Schiff angewiesen —— wenn auch eine zukünftige Pipeline durch die Sowjetunion ins Schwarze Meer geplant ist. Gegen den Iran also die Freiheit der Schiffahrt verteidigen zu wollen, war etwas absurd. Auch eine militärische sowjetische Bedrohung des Golfs bekämpfen zu wollen, war zumindest originell: die sowjetischen Einheiten in der Region bestanden aus nicht mehr als einer Fregatte, einem Versorgungsschiff und drei Minenräumbooten.

In dieser Ausgangslage begannen die USA mit einem großangelegten militärischen Aufmarsch im Golf: im Juli hatten sie bereits 15 oder 16 Kriegsschiffe vor Ort. Im Oktober schließlich lag die Zahl bei mehr als 40 (gelegentlich fast 50) Kriegsschiffen mit etwa 30000 Soldaten an Bord. Dies war die größte und kampfkräftigste Flottenkonzentration eines Staates seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dieser Aufmarsch und die Ende Juli beginnende Eskorten der umgeflaggten Tanker wirkten sich nicht konfliktdämpfend aus, sondern eskalierten die Auseinandersetzungen. Am 24. Juli läuft der Tanker **Bridgeton** während des ersten Geleitzuges unter US-Schutz auf eine Mine und wird beschädigt. Die US-Kriegsschiffe in der Eskorte begeben sich daraufhin in das Kielwasser der **Bridgeton**, um sich selbst vor Minen zu schützen. Sehr plötzlich fällt den USA auf, daß von ihren Minenräumern nur drei in einem einsatzfähigen Zustand sind (BRD: 57) — und diese drei Schiffe sind nicht in den Golf verlegt worden. Die Schutzfunktion der US-Flotte für die Tanker wird damit öffentlich zweifelhaft.

Ende September greifen US-Hubschrauber das iranische Schiff **Iran Air** an und versenken es. Der Besatzung wird vorgeworfen, Minen gelegt zu haben. Am 8. Oktober versenken US-Kampfhubschrauber nahe der Insel Farsi drei iranische Patrouillenboote, nachdem ein Aufklärungshubschrauber beschossen worden sein soll. Am

16. Oktober wird ein ungeflaggter Tanker in kuwaitischen Hoheitsgewässern von einer (vermutlich iranischen **Seidenraupe**) Rakete getroffen und beschädigt; 18 Matrosen werden verletzt. Drei Tage später greifen die USA eine iranische Ölbohrinsel im Golf an und schießen sie in Brand. Zur Begründung wird vorgebracht, daß diese Bohrinsel keinen wirtschaftlichen Zwekken mehr gedient habe, sondern eine Basis für Angriffe iranischer Schnellboote gewesen sei. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Stabilität im Golf durch die amerikanische Flottenentsendung eher abals zugenommen hat, und das sich eine Tendenz entwickelte, die US-Marine in einen Kleinkrieg zur See mit iranischen Kräften zu verwickeln.



Anti-amerikanisches Plakat in der Teheraner VS-Botschaft: „Amerika in den Dreck reiben."

Einbeziehung der Nato

Obwohl Großbritannien und Frankreich traditionell im Golf militärisch präsent sind, standen sie wie auch andere europäische Länder dem Flottenaufmarsch der USA eher skeptisch gegenüber. Eine wirkliche Koordination begann erst im August und September konkrete Formen anzunehmen, wobei politischer Druck aus Washington, das strategische und ökonomische Eigeninteresse (insbesondere an niedrigen Ölpreisen) und in diesem Zusammenhang die Beschädigung der **Bridgeton** durch eine Mine ein Rolle spielte. Erst daraufhin entsandten Frankreich, Großbritannien, aber auch Italien, Belgien und die Niederlande Minenräumboote in den Golf, die Bundesregierung erklärte sich bereit, in beschränktem Umfang die dadurch entstandenen Lücken im Ärmelkanal und im Mittelmeer durch die Bundesmarine füllen zu lassen. Insgesamt wurde der Flottenaufmarsch im Persischen Golf in der Praxis zu einer NATO Operation außerhalb ihres Geltungsbereiches („out-of-area"-Einsatz), auch wenn die NATO **als Organisation** und im streng juristischen Sinne nicht beteiligt war. Außerhalb des formellen Nato-Rahmens und im Wege bi- und multilateraler Absprachen war die Operation aber nichts anderes, als eine Gemeinschaftsaktivität der wichtigsten NATO-Verbündeten, wenn auch unter eindeutiger US-Führerschaft- und wenn auch die Kooperation (etwa zwischen italienischen und US-amerikanischen Einheiten) gelegentlich zu wünschen übrig ließ. Damit war das Eskalationspotential des Golfkrieges, in den man ja auch militärisch auf niedrigem bis mittleren Niveau interveniert hatte, zur Nato-Angelegenheit geworden — wenn auch die Eskalationsdynamik im Sommer 1987 praktisch allein von den USA (und dem Iran) diktiert wurde.

Die Triebkräfte des US-Engagements

Damit stellt sich erneut die Frage, welche Interessen die USA zum massiven Flottenaufmarsch des Sommers 1987 veranlaßt hatten. Dabei ist bemerkenswert, daß die offiziell vorgetragenen Begründungen zum Teil etwas sonderbar klingen. Bei Gesprächen im Pentagon wurde dem Verfasser gegenüber geäußert, daß die Flottenentsendung praktisch eine Routineangelegenheit sei: schließlich habe man bereits seit Ende der vierziger Jahre Kriegsschiffe im Golf unterhalten. Insofern sei die Entwicklung des Jahres 1987 keine neue Politik, sei keine qualitive Veränderung, sondern nur eine Vergrößerung des bisherigen Engagement. Dieses Argument hat offentsichtlich reinen Beschwichtungscharakter: eine Ausweitung der MIDEASTFOR von drei auf mehr als 40 Schiffe, die Entsendung von Flugzeugträgern und die Verwicklung in Kampfhandlungen sind offentsichtlich etwas anderes als Routinepatrouillen. Zweitens wurde vorgebracht, daß die Flottenentsendung nur eine „Demonstration der Neutralität der USA im Golfkrieg" sei. Diese Position wurde trotz mehrfacher erstaunter Nachfrage aufrechterhalten: die USA wollten mit ihrem Engagemant keiner der Seiten zum Sieg verhelfen, sie seien im Konflikt zwischen Iran und Irak neutral. In der Realität ist dies natürlich eine bloße Fiktion: In einer Kriegssituation mit dezidiert anti-iranischer Begründung eine große Flotte vor die iranische Küste zu entsenden und sich mit iranischen Kräften begrenzte Gefechte zu liefern verschafft dem Irak selbstverständlich beträchtliche politische und militärische Vorteile. Der Terminus „Neutralität" hat hier eher technischen Charakter, indem betont werden soll, daß die USA sich im völkerrechtlichen Sinne nicht als „kriegsführende Partei" betrachten (was wiederum für die US-Innenpolitik wichtige juristische und politische Auswirkungen hätte). Andere vorgetragene Argumente zielten eher auf politische, wirtschaftliche und strategische Gründe, oder genauer: auf die Bedeutung der Ölversorgung, auf das „Heraushalten der Sowjetunion" aus der Golfregion und auf die Demonstration von „Führerschaft" in der Außenpolitik.

Das ganze Geflecht von Begründungen wurde von Carlucci auf die einfache Formel gebracht: „Es ist in unserem strategischen Interesse, die Schiffe dort zu haben" — womit sich eine nähere Definition des Charakters dieses Interesses zu erübrigen schien. Weinberger hatte sich bemüht, den politischen und strategischen Kern der Politik zu beleuchten: „Aber die grundlegende Frage ist die der Führerschaft, ist die Entschlossenheit der Freien Welt, den Kräften der Anarchie und Tyrannei zu widerstehen. Wenn wir, die wir uns so nachdrücklich für einen freien Zugang zu Ideen und Märkten einsetzen, von den Verantwortlichkeiten einer Führerschaft verabschieden würden, wer würde dann unseren Platz im Persischen Golf und anderswo in der Welt einnehmen? Ich kann nur eine Nation nennen, die sehr bereit wäre, unseren Platz zu übernehmen: die Sowjetunion. Aber dies wäre nicht zum Nutzen der freien Ideen, der freien Märkte, der Freiheit selbst. Wir können es dem Kreml einfach nicht erlauben, in der Region seinen Willen durchzusetzen — oder den extremsten, virulentesten antiwestlichen Kräften, die Entwicklung zu bestimmen, befreundete Nationen zu bedrohen und US-Interessen zu gefährden. Uns kann man nicht einschüchtern. Wir lassen uns nicht aus dem Golf vertreiben, und wir stehen unseren Freunden bei."

Diese übergeordneten politischen und strategischen Interessen verursachten den

Themenblock

US-Flottenaufmarsch im Golf, nicht die Sicherung der „Freiheit der Schiffahrt" (die heute weniger gewährleistet ist als zuvor) oder eine vorgebliche Demonstration der „Neutralität" im Golfkrieg. Auch im streng militärischen Sinne macht die Flottenentsendung nur wenig Sinn. Ein Sturz der iranischen Regierung auf diesem Weg ist ausgeschlossen, eine Art „Nicaragua-Szenario" zur Zeit undenkbar (wie in einem Gespräch auch massiv betont wurde). Ein kriegsentscheidender Einfluß der Flotte ist — solange die USA nicht völlig und offen in den Krieg eintreten — ebenfalls ausgeschlossen. (Außerdem sind die USA immer noch an einer Schwächung **beider** Kriegsparteien interessiert, nicht am Sieg des Irak.) Ein effektiver Schutz der Schiffahrt durch die US-Marine ist nicht sonderlich realistisch, da die maritime Guerillataktik iranischer Schnellboote und Minen durch Zerstörer und Fregatten nur schlecht bekämpft werden kann, sondern noch provoziert wird. Auch die Tatsache, daß die Flotte ausgerechnet ohne Minenräumer in den Golf einfuhr, unterstreicht das Argument, daß Schutz der Seewege kein Hauptgrund der Operation sein konnte. Schließlich wäre eine Eskaltion des Konfliktes und der Ausbruch eines offenen Krieges mit dem Iran nicht im Interesse der Reagan-Administration, da sie keinen realistischen Weg sieht, einen solchen in einem akzeptablen Zeitraum und zu erträglichen Kosten zu gewinnen. Rein militärisch ist der Flottenaufmarsch eine Belastung für die USA, die mit hohen Risiken verbunden ist, keine konkrete und realistische Handlungsperspektive. Im relativ seichten Golf mit seiner schmalen Fahrrinne kann ein Teil der US-Flotte nicht militärisch sinnvoll eingesetzt werden, die Flugzeugträger können sich wegen ihrer Größe kaum hineinwagen und bleiben daher in der Regel im Golf von Oman. Der Mangel an Militärbasen direkt im Golf macht die Sache nicht besser — nicht einmal Kuwait — das die USA ja in den Golf gebeten hatte — oder Saudi Arabien haben sich bereit erklärt, den US-Einheiten als Ausgangsbasis zur Verfügung zu stehen. Zusammengenommen ist es nicht erstaunlich, daß—nach Auskunft eines Gesprächspartners — jeden Tag zwei oder drei Marinekommandanten im Verteidiungsministerium anrufen, um dringend einenRückzug der Flotte zu erbitten.

Da die Operation allerdings **politische** (also keine militärischen) Ursachen hat, wird ein solcher Rückzug auf absehbare Zeit nicht erfolgen. Der Zweck der Flotte ist ihre bloße Präsenz und ihre politisch-psychologischen Auswirkungen. Die Entsendung der Marine dient primär dem demonstrativen „Flagge zeigen", weniger konkreten operativen Aufgaben. Nach dem erzwungenen Rückzug der USA aus dem Libanon 1983/84 unter geradezu demütigenden



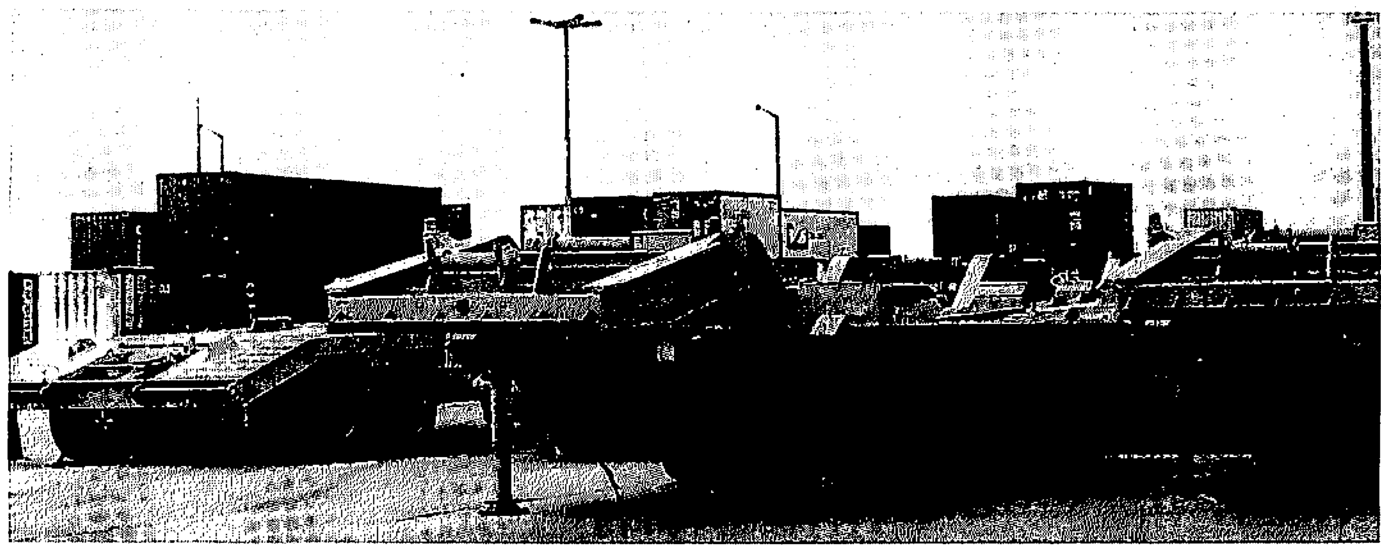
(¹) Hier lief der amerikanische Tanker „Texaco Carribean am 10.8.'87 auf eine Mine. (2-4) Bombenangriffe der irakischen Luftwaffe auf iranische Erdölanlagen am gleichen Tag.

Bedingungen und nach dem Bekanntwerden der geheimen Waffenlieferung der USA an den Iran (bis November 1986) waren die konservativen arabischen Regierungen und US-Verbündeten der Region tief verunsichert und fragten sich zunehmend, was ihre Verbindung mit den USA ihnen — außer innenpolitische Schwierigkeiten — eigentlich einbrachte. Wenn die USA durch ein paar Bombenangriffe aus dem Libanon zu vertreiben waren und wenn sie ausgerechnet der radikalfundamentalistischen Regierung in Teheran Waffen lieferte, vor der die konservativen Golfstaaten am meisten zitterten, dann war es höchste Zeit, das eigene Verhältnis zu Washington zu überdenken. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Vereinigten Arabischen Emirate und des Sultanats Oman mit der Sowjetunion, die Waffenkäufe Kuwaits und Jordaniens in Moskau und die Vercharterung der vier sowjetischen Tanker an Kuwait im März 1987 waren deutliche Warnsignale, die in der US-Regierung genau verfolgt und fast panisch überbewertet wurden. Nur in diesem Zusammenhang ist die Entsendung einer machtvollen Kriegsflotte zu verstehen, die operativ weitgehend nutzlos ist: als demonstrative Geste an die konservativen arabischen Staaten, daß die USA sich keinesfalls aus der Region zu verabschieden gedenken, daß sie zu einer verschärften anti-iranischen Politik bereit wären, daß sie handlungsfähig seien und auch gewillt, ihre militärische Macht zum Schutze westlicher (und konservativ-arabischer) Interessen im Golf einzusetzen und daß ein Flirt mit der Sowjetunion vor diesem Hintergrund wenig Vorteile bieten könnte. Letztlich ging es also um die Beruhigung und Rückversicherung der befreundeten und verbündeten konservativen Golfanrainer und anderen arabischen Staaten. Genau dies ist nun der Grund, warum die US-Regierung die Wünsche ihrer Marinekommandanten, die militärisch sinnlose und riskante Operation im Golf abzubrechen, kaum erfüllen kann: ein Abzug in nächster Zeit, nachdem so viele Drohgesten gegen den Iran unternommen wurden und erste Gefechte stattfanden, würde das Bild der USA als inkonsequenten, wankelmütigen und unzuverlässigen Bündnispartner nicht nur wiederbeleben, sondern massiv verstärken. Rückzug unter den gegenwärtigen Bedingungen würde Disengagement signalisieren, würde wie ein Ausweichen vor einem Konflikt mit dem Iran interpretiert werden. Genau dies aber kann sich die Reagan-Administration weder innen- noch außenpolitisch leisten. Damit hat sie sich selbst in eine höchst prekäre Situation gebracht: ihre Flotte befindet sich in einer Lage, in der sie kaum sinnvoll operieren kann (höchstens durch kleinere Scharmützel ihre Anwesenheit propagandistisch rechtfertigen), zugleich aber nicht zurückgezogen werden kann und als eine Ansammlung von Zielscheiben den Golf auf und ab fährt. Damit hat die US-Regierung die Eskalationsdynamik der iranischen Regierung übertragen, die nun nach eigenem Kalkül eskalieren oder „staatsmännisches Verhalten" demonstrieren kann. In diesem Sinne dürfe die Flottenentsendung der USA sogar in gewissen Maßen zur innenpolitischen Stabilisierung des Iran beigetragen haben, da nun die iranische Regierung das Eskalations- und Krisenniveau nach innenpolitischen Nützlichkeitsgesichtspunkten selbst bestimmen kann. Einen selbst begrenzbaren Konflikt mit dem „Großen Satan" vor der eigenen Küste ist genau das, was die iranische Regierung braucht, um innenpolitische Unzufriedenheit abzufangen und nach außen zu lenken.

US-Weltmachtpolitik hat sich hier in der eigenen Schlinge gefangen.

Jochen Hippler

Hauptsache,



Bundesdeutsche Panzertransporter warten auf dem Weg zum Einsatz

wir exportieren ...

Bundesdeutsche Rüstungsexporte nach Irak und Iran

Eine breite „Warenpalette" der BRD-Rüstungsindustrie hilft inzwischen mit beim Morden im Golfkrieg und läßt bei uns die Kassen klingen.

Ob die Bundesregierung diese Rüstungsexporte nun genehmigt oder duldet oder angeblich wieder von nichts weiß: Wir sind mitverantwortlich für das Sterben in Irak und Iran, solange wir diese Firmen nicht an der Waffenproduktion hindern. An ausgewählten Beispielen wollen wir einige Aspekte deutscher Rüstungsgeschäfte mit dem Krieg aufzeigen.

Geht es um das Demonstrationsstrafrecht, zählen die Behörden zum Begriff „Waffen" alles, von der Gartenschere bis zum Benzinkanister. Bei der Erteilung von Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter fällt dagegen erstaunlich wenig unter diesen Begriff. Fast scheint es, als zähle nur der Panzer „Leopard", benannt nach alter Tradition der Deutschen Wehrmacht und Paradestück pervertierten männlichen deutschen Stolzes, dazu.

Zivilgut: Panzertransporter

1987 — dpa-Meldung vom 28. September: „(...) Zwar liefert die Bundesrepublik keine Waffen, aber Rüstungsgüter deutscher Herkunft mischen im Krieg kräftig mit. So zeigten die iranischen Revolutionsgarden (Pasdaan) auf einer Waffenschau in Teheran stolz einen Spezialtransporter für Kampfpanzer mit dem Phantasienamen „Titan" und der Aufschrift „Deutsches Fabrikat"."

1983 — Das Fahrzeugbauunternehmen Titan aus Appenweier liefert 180 Panzertransporter in den Iran. Auftraggeber und Adressat: Saphae Pasdaran. Die Ausrüstung der Transporter stammt überwiegend von Bundeswehrlieferanten (Zahnradfabrik Friedrichshafen, Hella, Rotzler etc.). Sie sind zudem in der Tarnfarbe natooliv gestrichen.[1]

Wer nun meint, diese Merkmale (Funktion, Ausrüstung, Tarnfarbe) würden ausreichen, um dieses Fahrzeug als Rüstungsgut einzustufen, hat zwar unter logischen Gesichtspunkten recht, bedenkt dabei aber folgendes nicht: Wenn das für Exportgenehmigungen zuständige Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn diese Rüstungsgüter als eben solche klassifizieren würde, hieße dies, daß offiziell Rüstungsexporte in das Krisengebiet Irak-Iran geliefert würden. Und das, wo doch bundesdeutsche Politiker am liebsten Tag und Nach ihre Behauptung wiederholen würden, daß die Bundesrepublik keine derartigen Güter in die Staaten Irak und Iran exportiert.

Die rechtliche Handhabe, solche Lieferungen nicht zu genehmigen, besteht in ausreichendem Maße. So heißt es in § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes:

§ 7 (1) „Rechtsgeschäfte und Handlungen im Außenwirtschaftsverkehr können eingeschränkt werden, um (...) eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten.

(2) Nach Absatz 1 können insbesondere beschränkt werden

1.b) Gegenstände, die (...) beim Einsatz von Waffen, Munition und Kriegsgerät nützlich sind

2. die Ausfuhr von Gegenständen, die zur Durchführung militärischer Aktionen bestimmt sind."

Welchen Dreh findet man also bei dem Bundesamt für Wirtschaft? Man macht diese Rüstungsgüter zu Waren, für die keine Genehmigung erforderlich ist, nämlich zu

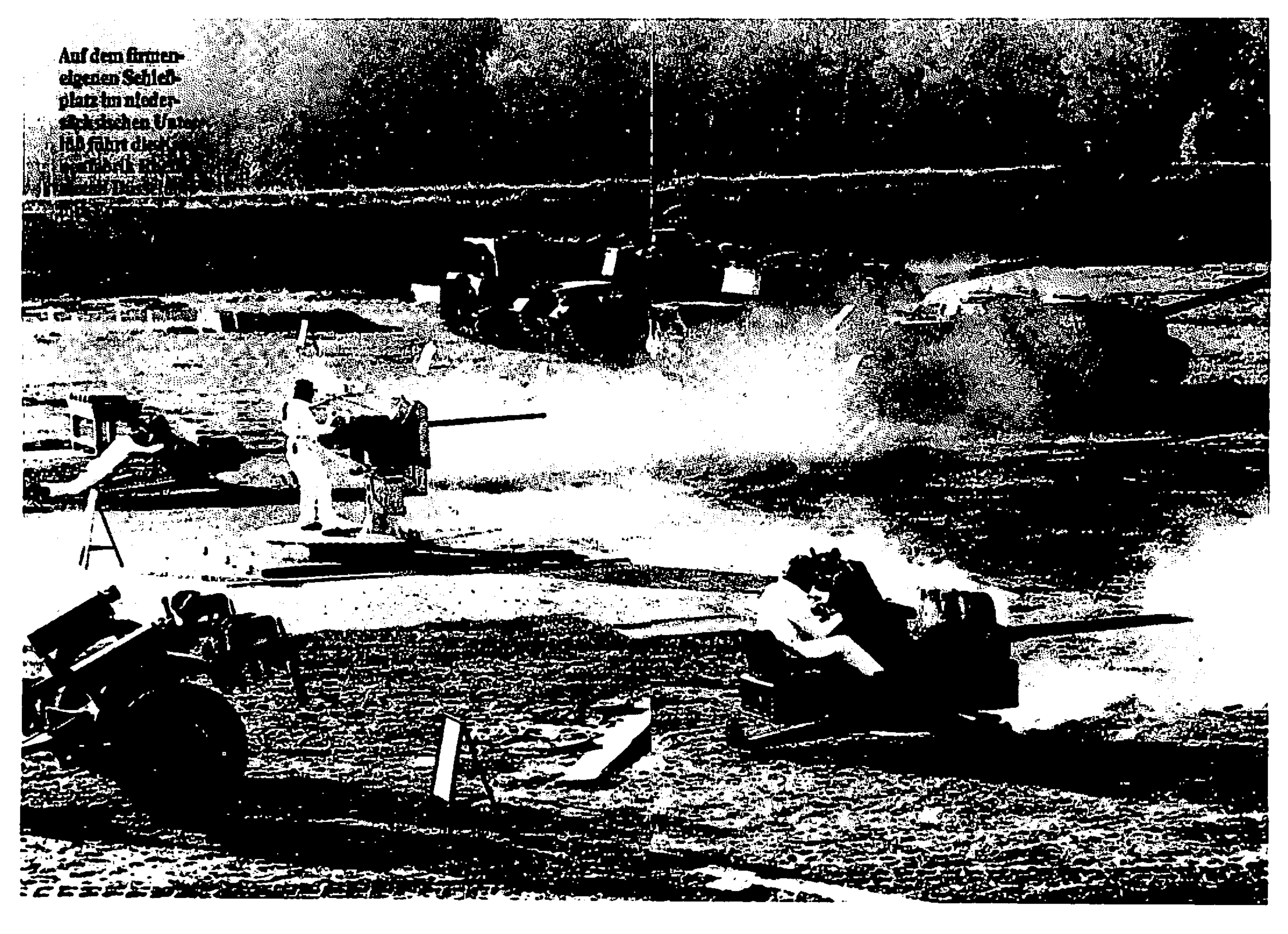
— Zivilgütern! Dazu wird dann auch bei Bedarf folgende Standardbegründung geliefert: „Nach der seit Jahren vom BAW als zuständiger Fachbehörde vertretenen Rechtsauffassung werden Fahrzeuge nur dann als genehmigungspflichtig angesehen, wenn sie für militätische Zwecke besonders konstruiert sind. Es kommt somit nicht auf die (mögliche) Verwendung und Eignung der Fahrzeuge an. Der Anstrich der Fahrzeuge kann nicht als Konstruktionsmerkmal der Fahrzeuge angesehen werden." Das heißt im Klartext, solange man mit diesen Panzertransportern noch irgendetwas anderes als Panzer transportieren kann, sind es für das BAW Zivilgüter.[2]
Anzumerken ist hierbei, daß die Firma Rotzler, welche die hydraulischen Doppelwindenanlagen für die Titan-„Spezial"transporter lieferte, in einer Referenzliste die Transporter als das bezeichnet, was sie sind — **Panzertransporter**.
Ein besonders plastisches Beispiel der wiederum von Politikern vielberufenen Neutralität im Golf-Krieg konnte mn ebenfalls 1983 im Neustädter Hafen in Bremen besichtigen. Neben den Panzertransportern von Titan, Bestimmungsland Iran, standen Panzerauflieger der Firma Blumhardt, Bestimmungsland Irak!
Auch bei diesen Fahrzeugen verfuhr das BAW nach o.a. Systematik. Es wurde von dieser Behörde festgestellt, daß der Auffahrwinkel der Blumhardt-Auflieger 18 Grad betrug und nicht 14 Grad, wie es den Bundeswehrrichtlinien entspräche. Schlußfolgerung: Auch diese Rüstungsgüter seien nicht besonders für militärische Zwecke konstruiert und deshalb nicht genehmigungspflichtig.[3]

> „Die Bundesrepublik hat dafür Sorge getragen, . . .

Die Titan-Panzertransporter und die Blumhardt-Panzerauflieger machen nur einen Bruchteil des Gesamtexportes von Fahrzeugen aus der Bundesrepublik in die beiden kriegsführenden Staaten Irak und Iran aus. Insgesamt sind aus der Bundesrepublik im Zeitraum von 1981 bis 1985 Fahrzeuge im Wert von mehr als 6,3 Mrd. DM an den Irak und für mehr als 6,1 Mrd. DM an den Iran geliefert worden.[4]
Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre hatten viele bundesdeutsche Nutzfahrzeughersteller große Absatzschwierigkeiten mit ihren Produkten. Ihnen kam der enorme Bedarf des Irak und Iran an militärischen Fahrzeugen gerade recht. Die Titan GmbH beispielsweise bescherte sich durch den Verkauf der Panzertransporter in den Iran ein umsatzmäßiges Spitzenjahr 1983 mit einer Umsatzsteigerung von ursprünglich erwarteten 35 Mill. DM auf tatsächlich erzielte 80 Mill. DM.[5]
Damit aus diesen Geschäften etwas werden konnte, mußte nur noch das Bundesamt für Wirtschaft mitspielen und diese Produkte offiziell nicht als Rüstungsgüter einstufen, damit bundesdeutsche Politiker weiterhin behaupten können „Die Bundesrepublik hat dafür Sorge getragen, daß keine deutschen Waffen in den Iran und Irak geliefert werden."[6]

Kein Krieg ohne „Fritz Werner"

Ein Skandal besonderer Art sind die Rüstungsgeschäfte der Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH, mit Sitz in Geisenheim am Rhein. „Fritz Werner" ist zwar nur eines von vielen bundesdeutschen Un-



Auf dem firmeneigenen Schleßplatz im niedersächsischen Unter[illegible]

ternehmen, die sowohl das iranische als auch das irakische Regime mit militärischen Gütern versorgen [7], für ihr Geschäftsgebahren sind jedoch führende Politiker direkt verantwortlich, denn „Fritz Werner" ist ein bundeseigenes Unternehmen. Es gehört zu 100% der Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG) Berlin, deren Alleingesellschafter die Berliner Industriebank AG ist [8]. Das Kapital dieser Bank gehört zu 88% der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt. Die Geschäftspolitik der KfW wird von einem 28-köpfigen Verwaltungsrat kontrolliert. Den Vorsitz hält der jeweilige Bundesminister für Finanzen, derzeit also Stoltenberg. Weitere Mitglieder sind die jeweiligen Außenminister, die Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, aber auch Ministerpräsident Strauß und SPD-Landesminister wie etwa Jochimsen aus Nordrhein-Westfalen, DGB-Chef Breit, Bauernverbandspräsident Heeremann und Bundesbankchef Pöhl. In den Aufsichtsräten der Berliner Industriebank, der DIAG und der Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH sitzen u.a. Ministerialbeamte aus dem Bundeswirtschafts- und Finanzministerium. Dr. Claus Fricke aus dem Bundeswirtschaftsministerium ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Berliner Industriebank und Aufsichtsratsvorsitzender der DIAG und der „Fritz Werner".



Iranische Flak-Stellung in den Mashnoon-Sümpfen, von iranischen Truppen Anfang März erobert.

Diese Verquickung von Politik und Wirtschaft hat selbstverständlich keinen Einfluß auf die unsauberen Geschäftspraktiken von „Fritz Werner".

Wie durch Veröffentlichungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" bekannt wurde, beteiligt sich der hessische Rüstungsbetrieb auch an Preisabsprachen und manipulierte Angebote am Geschäft mit dem Tod. Zusammen mit der französischen Aktiengesellschaft Manufacture des Machines de Haut-Rhin (Kurzname: „Manurhin") wird seit geraumer Zeit eine neue Variante der deutsch-französischen Rüstungskooperation praktiziert: Bereits am 15.4.67 vereinbarten Manager beider Firmen, sich fortan im Vertrieb von Maschinen zur Herstellung von Munition entweder keine oder nur gelenkte Konkurrenz zu machen [9]. Künftig sollte bei jeder Kundenanfrage wechselseitig Kontakt aufgenommen werden, um sich zu verständigen, welcher Partner das günstigere Angebot einreichen solle. Ausgeklammert von der gegenseitigen Informationspflicht blieben Länder, die einem Partner aufgrund früherer Geschäfte den Vorrang geben.

Zu einem guten Kunden des deutsch-französischen Rüstungskartells gehörte auch der Irak. Als im September 1975 eine Zündlochbohrmaschine sowie Reinigungsanlagen geliefert werden sollten, stimmten Manurhin und „Fritz Werner" die Preise miteinander ab [10]. Da die Geisenheimer oft nicht direkt mit dem kriegslüsternen Irak verhandeln wollten, traten bei anderen Geschäften gelegentlich jugoslawische Partner als Vermittler auf.

... daß keine deutschen Waffen in den Iran und Irak geliefert werden."

...

Bereits bei Schah Reza Pahlewi, bis 1979 Machthaber im Iran, rückte „Fritz Werner" in die Rolle des Hoflieferanten. Das Unternehmen verkaufte ihm unter anderem komplette Waffen- und Munitionsfabriken. In diesen wurden teilweise auf von Manurhin gelieferten Maschinengewehre der Typen G3 und MG 3, Pistolen, sowie Infanterie-, Flak-, Mörser- und Artilleriegeschosse produziert [11].

Als die revolutionären Unruhen begannen, stattete der hessische Rüstungsbetrieb das Schahregime mit 15.216 Handschellen und 300 Schlagstöcken mit Elektroschockwirkung aus, eingekauft für 357.000 DM in den USA und „made in Japan" [12]. 1979, im Jahr der Islamischen Revolution, stoppte „Fritz Werner" sämtliche Arbeiten im Iran und rief fast alle Betriebsangehörigen in die BRD zurück. In diesem Jahr fiel die Gewinnabführung des Unternehmens an die Muttergesellschaft DIAG von 46.892 Mill. DM auf 9.319 DM [13].

Der Golfkrieg sorgte jedoch für erneut florierende Geschäftsbeziehungen zwischen „Fritz Werner" und dem Iran. Als den neuen Machthabern im Krieg gegen den Irak das Schießzeug ausging, nahmen sie Kontakt zu den Geisenheimern auf. Diese entsandten bereitwillig Mitarbeiter, die die nach der Revolution stillgelegten Fabriken wieder in Betrieb setzten. Und im Sommer 1983 vereinbarte die „Nationale Verteidigungsorganisation" mit dem Unternehmen die Lieferung von 35.000 Flugkörpern des Typs „Arash" im Werte von 5,6 Mill. DM [14]. Diese Flugkörper sind eine Nachbildung des Raketenwerfersystems BM 21 der Armeen der Warschauer Pakt Staaten, die schon der Schah mit Hilfe des hessischen

Themenblock

Rüstungsunternehmens hatte nachbauen lassen. Auch an der Wiederherrichtung eines ebenfalls für den Schah erbauten und ausgestatteten Testgeländes für Raketen und Munition zeigte sich das Chomeini-Regime sehr interessiert [15]. — Im Juni 1985 lieferte „Fritz Werner" wertvolle Daten über 122-Millimeter-Raketen [16]. Diese frischerworbenen Kenntnisse animierten den iranischen Parlamentsprecher Rafsanjani zur Ankündigung, daß sein Land schon bald in der Lage sein werde, eigene Raketen herzustellen. — Inzwischen hat ein Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden verkündet, daß es gelungen sei, die US-amerikanische Luftabwehrrakete „Stinger" nachzubauen ... [17].

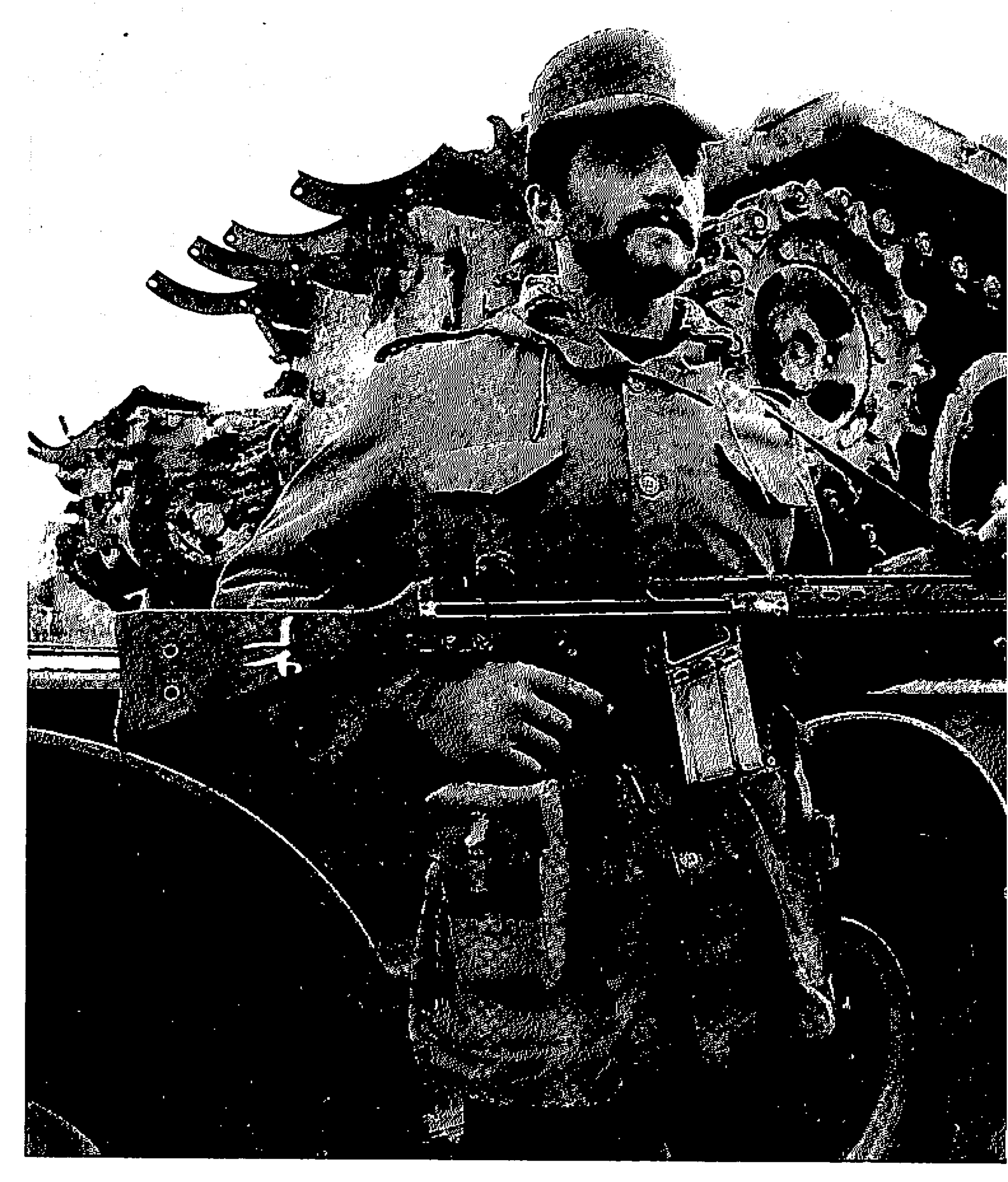
Seitdem die Geschäftsbeziehungen zu den Machthabern im Iran wiederhergestellt sind, besorgt „Fritz Werner" fast alles, was für den täglichen Kriegsgebrauch von Nutzen ist, von Unterlagen über die Treffsicherheit sowjetischer Panzerfäuste bis zu Materialien zur Sprengstoff- und Munitionsherstellung [18]. So agierte „Fritz Werner" z.B. bei der Belieferung des iranischen Regimes mit Grundmaterial zur Fertigung von Patronenhülsen von der Metallwerke Schwarzwald GmbH als Zwischenhändler [19]. — Zu der Lieferung an den Iran, die Ende '86 auf dem Frankfurter Flughafen umgeschlagen werden sollte und in der Waffen vermutet wurden, gehörten ebenfalls Kisten des Geisenheimer Unternehmens [20]. Nach Angaben eines Firmensprechers enthielten diese jedoch keine Waffen, sondern Chemikalien. Da „Fritz Werner" ein bundeseigener Betrieb ist, versucht die Bundesregierung die Geschäftspraktiken dieses Unternehmens zu verschleiern. Antworten auf parlamentarische Anfragen erbrachten nur vage Informationen bzw. wurden mit Hinweis auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse abgeblockt [21]. — Im Sommer dieses Jahres mußte das Bonner Wirtschaftsministerium im Zusammenhang mit der Aufdeckung des Kartells Manurhin/„Fritz Werner" jedoch offiziell bestätigen, daß das Geisenheimer Rüstungsunternehmen in den 70er Jahren Waffen- und Munitionsfabriken sowie Ersatzteile in den Iran lieferte [22]. Ministeriumssprecher Frantzen stellte jedoch klar, daß das Unternehmen weder zu Zeiten des Schahs noch nach 1979 Waffen in den Iran exportiert hat. — Außerdem seien die Ausfuhren vom Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn genehmigt worden.

Dies ist eines der vielen Beispiele für die gezielte Desinformationspolitik der Bundesregierung über bundesdeutsche Rüstungslieferungen. Zum einen wird der Eindruck erweckt, daß der Export von Produktionsanlagen und Ersatzteilen an repressive Regime bzw. in Krisengebiete nicht unterbunden werden muß, da es sich hierbei nicht um Waffen handelt. Daß aber gerade diese Waffen nebst Munition und andere Tötungsgeräte auf diesen Anlagen und unter Verwendung der gelieferten Ersatzteile produziert werden, davon weiß die Bundesregierung angeblich nichts [23], obwohl sie bzw. die zuständigen Ministerien und das Bundesamt für Wirtschaft obendrein Genehmigungen für Lizenzproduktionen z.B. für das G 3 Gewehr von Heckler und Koch, das auf den Anlagen von Fritz Werner hergestellt wird, erteilt.
Außerdem wird die Illusion erzeugt, daß die in der BRD übliche Genehmigungspraxis zur Verhinderung oder zumindestens zur Einschränkung von Rüstungsexporten beitrage. Wie jedoch während des Prozesses gegen die Manager der Rüstungsfirma Rheinmetall deutlich wurde, besteht ein sehr herzliches Verhältnis zwischen Rüstungsindustrie und Genehmigungsbehörde: Zitate vom Präsidenten des Bundesamtes für Wirtschaft in Eschborn, Dr. Rummer: „Wir sind ein Bundesamt für Wirtschaft!" — „Hauptsache Export!" [24].

Gretl, Karin, Frauke ...

Waffentransporte auf deutschen Schiffen

Die Versorgung der Kriegsgegner Irak und Iran mit Waffen, Waffenteilen und sonstigen Rüstungsgütern erfolgt in den meisten Fällen über den Seeweg. Diejenigen, die für die Schiffstransporte verantwortlich sind und am todbringenden Nachschub kräftig verdienen, bleiben in der Regel unerkannt:



In den Schiffstagebüchern taucht die brisante Ladung nicht auf und in Containern verpackt ist sie vor neugierigen Blicken geschützt.

Nur vereinzelt gelangen Informationen an die Öffentlichkeit, zuletzt, als die italienische Finanzpolizei am 19. Oktober 1987 16 Tonnen Kriegswaffen an Bord des arabischen Frachters „Fathulkair" fand, darunter 118 Kisten mit Maschinengewehren der deutschen Waffenschmiede Heckler & Koch. Das Schiff kam aus Liverpool, lud unter anderem im Hafen von Bremen zu und sollte nach Angaben der Schiffseigner an das Verteidigungsministerium eines arabischen Landes am Golf liefern: Die italienische Polizei vermutet den Irak als Empfänger.
Ob die Waffen aus der Bundesrepublik stammen, ist unklar, möglich wäre auch die Lieferung aus einem der zahlreichen Länder, die Heckler & Koch-Gewehre in Lizens produzieren, z.B. Großbritannien. Dem Bundesamt für Wirtschaft ist von einer Exportgenehmigung für MG's in einen der Golfanrainer jedenfalls „nichts bekannt" [25].

Der Stolz eines jeden Militärs: Ein deutsches G3!



Genehmigungspflichtig ist auch der Transport von Kriegswaffen ausländischer Herkunft auf deutschen Schiffen.
Der Hamburger Frachter „Gretl" des Reeders Jürgen Stahmer besaß die erforderliche Genehmigung nicht, als er zu Beginn dieses Jahres 66.900 Mörsergranaten aus portugiesischer Produktion in den iranischen Hafen Bandar Abbas transportieren wollte. Nach Bekanntwerden der Ladung wies die Bundesregierung unter dem Druck der Öffentlichkeit den Kapitän der „Gretl" an, die Fahrt zu stoppen. Da sich kein Hafen fand, der bereit gewesen wäre, die explosive Fracht zu löschen, wurden die 600 Tonnen Granaten im März angeblich auf See vor Gibraltar auf ein anderes Schiff umgeladen, dessen Namen und Herkunft nicht bekannt gegeben wurde. Zur gleichen Zeit wechselte die „Gretl" ihren Namen in „Blue Bird"". Das Schiff ging dann am 12. Mai nach Angaben von Lloyds vor Fujairah im persisch-arabischen Golf vor Anker — mit Zielhafen Bandar Abbas im Iran. Die Frage, ob das Schiff doch noch Waffen in den Iran verfrachtet hat, scheint auch die Hamburger Staatsanwaltschaft zu beschäftigen, die noch immer in Sachen „Gretl"/„Blue Bird" ermittelt.[26]

Die Gewerkschaft ÖTV, in der auch Seeleute organisiert sind, gab dann im April 87 an, daß auch das Containerschiff „Karin" der Nordenhamer Firma Baum & Co. ohne Genehmigung Kriegswaffen transportierte.
Die Reise ging offensichtlich mehrmals, zuletzt im Frühjahr dieses Jahres, von Kapstadt und Durban in Südafrika nach Saudi-Arabien. Die Begleitumstände der Beladung in Südafrika, wie vorübergehendes Umstreichen des Namens in „Sprint", Verbot von Telefon- und Funkkontakten der Besatzungsmitglieder läßt den illegalen Transport von Waffen ebenso vermuten, wie die Tatsache, daß der saudi-arabische Entladehafen Al-Quadimah heißt, der ausschließlich militärischen Zwecken dient. Gelöscht wurden die insgesamt 235 Container unter Aufsicht von Irakern.
Die wegen eines Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelnde Staatsanwaltschaft Oldenburg stellte das Verfahren bald ein, weil die Besatzungsmitglieder die Container nur von außen gesehen und die Verantwortlichen behauptet hätten, es wären keine Waffen transportiert worden. [27]

Ebenfalls am Golfkrieg verdient haben sollen die Schiffseigner Klaus Heinrich und

Informationen über bundesdeutsche Rüstungsexporte können beim Bremer Archiv der BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" gegen Unkostenerstattung angefordert werden. Die Anfragen sollten sich möglichst konkret auf bestimmte Länder oder Firmen beziehen.
Adresse: Bremer Archiv „Rüstungsexporte" Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1
Eine Zusammenstellung deutsche Rüstungslieferungen an Iran und Irak sowie eine Beschreibung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der BRD mit den beiden Kriegsgegnern enthält die Broschüre „Der profitable Krieg: Iran-Irak", die ebenfalls beim Bremer Archiv bestellt werden kann.

★

Paul Heinrich, beide in Steinkirchen bei Stade ansässig.
Deren Schiffe „Calypso“ sowie „Frauke“ sollen zu Beginn des Jahres insgesamt mehr als 2.000 Tonnen Bombengehäuse für den Irak von Barcelona nach Aqaba in Jordanien transportiert haben. [28]

Der Umfang der Kriegswaffentransporte auf deutschen Schiffen wäre wesentlich besser einzuschätzen, wenn Besatzungsmitglieder häufiger ihre Informationen etwa an ihre Gewerkschaft weiterleiten würden. Doch die Besatzung erhält für solche, auch für sie gefährliche Verschiffung gewöhnlich eine Risikozulage, und wer an diesen Geschäften beteiligt ist, hat sicher kein großes Interesse an Öffentlichkeit. Nach Erkenntnissen der ÖTV geben Seeleute Informatioen erst dann weiter, wenn sie um ihre Beteiligung geprellt wurden.

Giftgaskrieg mit Hilfe bundesdeutscher Firmen

„ I suppose, we should ban the export of hammers since someone might use them to hit people on the head.“



Opfer chemischer Waffen.

Äußerung eines namentlich nicht genannten Vertreters der Genehmigungsbehörde für Rüstungsexporte, des Wirtschaftsministeriums, zu der Frage, ob Anlagen der Firma Karl Kolb/Pilot Plant im Irak zur Giftgasproduktion verwendet wurden [29].

Im September 1987 flog die irakische Luftwaffe mehrfach Giftgasangriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung im Norden Iraks. Gezielt wurde um einzelne Dörfer herum Gifgas abgeworfen, um der Bevölkerung eine Flucht unmöglich zu machen. Anschließend, so Betroffene, seien dann die Dörfer selbst mit den chemischen Waffen angegriffen worden [30].

Vertreter der kurdischen Bevölkerung berichten, daß die Iraker „regelmäßig“ auch kurdische Guerillastützpunkte mit Giftgas angreifen. Und schon vorher, im April 87, war die kurdische Zivilbevölkerung Ziel breit angelegter Giftgasangriffe gewesen, Angriffe, bei denen eine große Anzahl von Opfern zu beklagen gewesen war.
Bereits 1984 hatte der Irak massiv Giftgas eingesetzt, damals gegen iranische Truppen. Mehr als 10.000 Iraner sind, so die BBC, durch Giftgaseinsätze verwundet oder getötet worden. Mittlerweile sind die Pasdaran durch Schutzkleidung relativ gut auf mögliche Angriffe mit Giftgas vorbereitet, ganz im Gegensatz zu kurdischen Widerstandskämpfern: „Wir haben weder Schutzmasken noch -anzüge. Wir stülpen uns Plastiksäcke über Köpfe, Arme und Beine. Dann zünden wir Feuer an und setzen uns darum herum, bis die heiße Luft die schweren Gase vertrieben hat. Unsere Kämpfer tauchen auch oft im Wasser unter.“ [31]. Doch bei den Giftgasangriffen im April und im September dieses Jahres gegen die Zivilbevölkerung haben solche „Schutzvorkehrungen“ wenig genutzt: Mehrere hundert Menschen, besonders natürlich Kinder und die bei Ihnen bleibenden Frauen starben, an Ort und Stelle oder schwerverletzt auf der Flucht in den Iran.
Im Frühjahr 1984 erhob die New York Times schwere Vorwürfe gegen zwei bundesdeutsche Firmen: Die Firmen Karl Kolb / Pilot Plant in der Nähe von Frankfurt sollen Laboranlagen für die „Entwicklung von Schädlingsbekämpfungsmitteln„ geliefert haben, die dem Irak dazu dienen, Giftgas zu produzieren [32]. Schon vorher hatte u.a. die Regierung der USA die Bundesregierung auf ihre Erkenntnisse, nach denen die genannten Firmen mit ihren Lieferungen an den Irak eine Giftgasproduktion ermöglichen, auf dem diplomatischen Weg hingewiesen. Anläßlich einer aufgrund dieser Hinweise durch die Bundesregierung veranlaßten Außenwirtschaftsprüfung bei den Firmen Karl Kolb und Pilot Plant im Februar 1984 wird bekannt, daß nach Geschäftsunterlagen seit 1975 sieben Laboranlagen, die nach „den Unterlagen der Firmen zur Entwicklung von Schädlingsbekämpfungs-

mitteln bestimmt waren ..." [33] sowie zwei Anlagen für die Herstellung von Vorprodukten für Pestizide geliefert wurden. Die Bundesregierung stellte fest, daß die Firma Kolb seit 30 Jahren Geschäftskontakte zum Irak unterhält und eine Genehmigung der ausgeführten Produkte zu diesem Zeitpunkt nicht erforderlich war. Die gelieferten Anlagen seien nicht für die unmittelbare Herstellung von Giftgasen verwendet worden, teilt die Bundesregierung u.a. der USA und Israel mit, sie seien auch nicht ‚besonders zur Herstellung von Giftkampfstoffen konstruiert'.[34]

Doch nach den öffentlichen Vorwürfen der US-amerikanischen Presse und den dringenden Nachfragen der deutschen Presse und Öffentlichkeit gerät die Bundesregierung zunehmend unter außen- wie innenpolitischen Druck. Am 15.5.84 stellt sie in einer Änderung der Außenwirtschaftsverordnung [35] in Blick auf den Irak fünf chemische Vorprodukte für die Giftgasproduktion unter einen Genehmigungsvorbehalt, wenn der Verdacht besteht, daß die Produkte zu nicht zivilen Zwecken verwendet werden [36].

Am 6. August erläßt sie überaus hektisch, wie sich später zeigen wird, eine Genehmigungserfordernis für den Export bestimmter Chemieanlagen, „weitere Lieferungen der Firma (Kolb, d.V.) bedürfen daher der Genehmigung" [37].

Damit wurde — per Notbremse — die letzte, problematische Lieferung der Pilot Plant/Kolb in den Irak, ohne die die Laborversuchs- und Produktionsanlagen überhaupt nicht arbeiten konnten, gestoppt. Sie war vom 6.8.87 an von einem positiven Ausgang eines Genehmigungsverfahrens nach dem rüstungsexportrelevanten Teil des Außenwirtschaftsgesetzes abhängig.

Pilot Plant wehrt sich ...

Auf Anweisung des Bundeswirtschaftsministeriums weist das Hauptzollamt Darmstadt einen Antrag vom 29.08.84 auf Ausfuhrabfertigung für eine „als Teile für Maschinen und Apparate für die chemische Industrie bezeichnete Warensendung" ab. Antragsfirma: Pilot Plant. Empfänger: SEPP, State Establishment for Pesticide Production, Irak. Bestimmungsort: Samarra, nördlich von Bagdad.

Pilot plant ruft das Hessische Finanzgericht in Kassel an und beantragt, das Hauptzollamt Darmstadt zu verpflichten, die o.g. chemische Anlage zum Export abzufertigen. Im Urteil vom 14.12.84 gibt das Hessische Finanzgericht Pilot Plant recht, jedoch sind formelle Gründe urteilsentscheidend — die Verordnung der Bundesregierung war in der Eile nur von zwei Ministern unterzeichnet worden — so daß der Verdacht für eine nicht-zivile Nutzung der Pilot Plant Anlagen bestehen bleibt.

Verdacht nicht ausgeräumt ...

Fest steht wohl, daß eine Giftgasproduktion mit den von Kolb gelieferten Laborgeräten nicht möglich ist: Es sind Analysegeräte. Daß mit ihnen für eine Giftgasproduktion erforderliche Analyse durchgeführt werden können, ist nicht dementiert worden.

Weiterhin steht fest, daß Vertreter von Kolb und Pilot Plant geäußert haben, daß eine Umwandlung der Anlagen von Pilot Plant für eine Giftgasproduktion möglich ist, allerdings mit „erheblichem" Aufwand [38]. Das bestätigen auch verschiedene Experten und Sachverständige des Finanzgerichtes Kassel. Darüber hinaus bleibt offen, ob die Anlagen von Pilot Plant und die Laborgeräte von Kolb für eine Verwendung bei der Produktion von Vorprodukten für die Giftgasproduktion geeignet sind, Vorprodukten, deren Export von Holland, USA, BRD etc. in den Irak ja inzwischen eingeschränkt wurde.

Rolle der Bundesregierung oder: wie groß ist das Engagement deutscher Firmen in der Giftküche des Irak?

Dem äußeren Anschein nach hat die Bundesregierung mit der Verschärfung der Rechtslage für den Export chemischer Produktion für eine restriktive Genehmigungspraxis gesorgt. Bei genauerem Hinsehen fällt allerdings auf, daß die Bundesregierung nach dem Kasseler Urteil keine großen Anstrengungen mehr unternommen hat, um ihrer Auffassung, Pilot Plant dürfe nicht liefern, da die Gefahr der Verwendung für eine Giftgasproduktion besteht, zum Recht zu verhelfen.
Offensichtlich war nicht nur der außenpolitische Druck auf die Bundesregierung für die überstürzten Gesetzesänderungen verantwortlich, sondern auch ein anderer Aspekt: Am Ende erwies es sich als billiger, gegenüber der Pilot Plant in Kassel aufgrund formaler Mängel bei der Gesetzesänderung zu unterliegen als ohne Gesetzesänderung — auf außenpolitischen Druck hin — einen Export für die entscheidende letzte Lieferung von Pilot Plant zu untersagen und dafür mit Schadensersatzforderungen überzogen zu werden. Es gibt keine öf-

Themenblock

fentlichen Informationen darüber, ob eventuelle Schadensersatzforderungen nicht nur von Kolb/Pilot Plant erhoben worden wären, sondern, in dieser oder jener Form auch von anderer Seite: Immerhin sind es nicht wenige Firmen aus der Bundesrepublik, die am Aufbau der Großanlage für die chemische Produktion in Samarra beteiligt sind: Preussag (water treatment facilities), Herbiger (Gebäudebau), Hammer (aircondition) und — neben weiteren — die Firma Quast, die im Unterauftrag von Kolb/Pilot Plant deren Chemieanlagen mit korrosionsbeständigen Metallspeziallegierungen versehen hat, laut Jerusalem Post und BBC Voraussetzungen für eine Verwendung von Anlagen zur Giftgasproduktion [39].

Es ist nicht genauer bekannt, welche Rolle die Firmen für den Aufbau der irakischen Giftküche in Samarra spielen. Es bleibt ungeklärt, ob beispielsweise Magirus Deutz LKW-Spezialversionen für den Einsatz in Samarra direkt für Transporte oder in Giftgaseinsatzgebieten geeignet sind, und vor allem hat sich nie klären lassen, ob Gerüchte zutreffen, nach denen diese LKWs mit Hilfe von Kolb konzipiert sein sollen. Im Grunde bleibt vieles, was in Samarra geschieht, geheimnisvoll. Daß die Iraker in Samarra einiges zu verbergen haben, dafür spricht nicht zuletzt die große militärische Präsenz, die Größe des abgeschirmten Areals sowie die vielfache Sicherung der eigentlichen Produktionsanlagen [40].

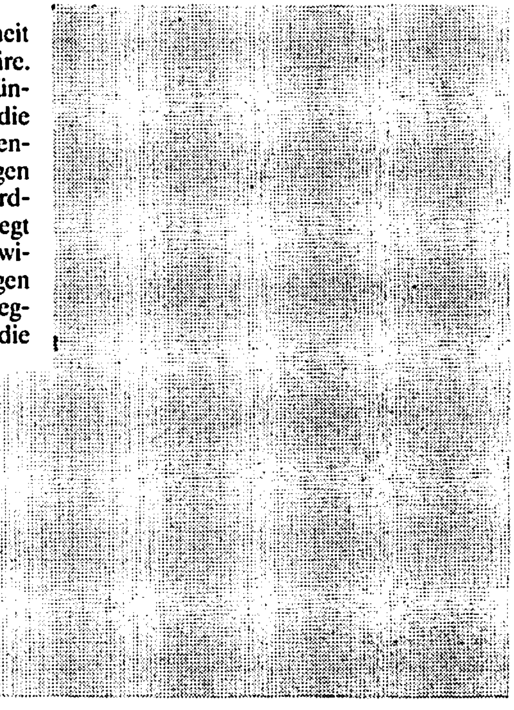
Klage von Kolb/ Pilot Plant gegen die Gesellschaft für bedrohte Völker

Mit der Formulierung „Die schmutzigen Geschäfte der Firma Karl Kolb" sowie insbesondere Sätze wie „Die Firma Kolb liefert die Ausrüstung, die die Senfgas- und Tabunproduktion für Iraks Golfkrieg ermöglichte" hatte sich die GfbV im Sommer 1987 in ihrer „vierten Welt aktuell" sehr weit aus dem Fenster gelehnt: Vom Landgericht Bonn wurde der GfbV unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM die Wiederholung dieser Äußerungen untersagt.

Der Prozeß brachte nicht mehr Klarheit in die undurchsichtige Giftgasaffäre. Neu aber war die entlarvende Begründung des Landgerichts Bonn, warum die Äußerungen der GfbV etwa im Gegensatz zu ähnlichen Presseäußerungen 1984 mit der Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM belegt wurden: „Denn der Unterschied zwischen diesen Presseveröffentlichungen und der Verlautbarung der Antragsgegner (GfbV, d.V.) besteht ... darin, daß die anderen Presseveröffentlichungen einen Zustand sachlich — nüchtern beschreiben."

Es ist ein Verdienst der GfbV, die ganze Giftgasaffäre aus der Welt der nüchternen Formulierung herausgezogen zu haben. Natürlich würde eine „entemotionalisierte Athmosphäre" dem Interesse, die ganze Geschichte unter den Teppich zu kehren, sehr entgegen kommen. Jedoch vertragen sich Bilder von Giftgasopfern und Nüchternheit nicht sonderlich.

E. Sengstake



Anmerkungen:

1) siehe auch „Im Herzen der Bestie", Bremen 1984
2) Schreiben der Staatsanwaltschaft Offenburg vom 15.10.87
3) siehe auch „Rüstungsexporte — ein Beispiel Bremer Entwicklungshilfe" ind „Bremen - Schlüssel zur Dritten Welt", Bremen 1984
4) siehe auch „Der profitable Krieg — Iran-Irak", Bremen 1987
5) Handelsblatt vom 4.4.84
6) Das Parlament vom 7.7.84
7) vgl. BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport": Der profitable Krieg, 1987
8) Alle Angaben über die Beteiligungen an „Fritz Werner" sowie über die Besetzung der Aufsichtsräte sind der Tageszeitung vom 26.5.87 entnommen.
9) Spiegel 19/87
10) ebd.
11) ebd.
12) Spiegel 31/87
13) Kleine Anfrage der Grünen zur Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH vom 27.7.84
14) Spiegel, 31/87
15) ebd.
16) ebd.
17) Süddeutsche Zeitung, 12.2.87
18) Spiegel, 31/87
19) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 21.4.85
20) Bremer Nachrichten, 26.11.86
21) s.z.B. die Kleine Anfrage der Grünen zur Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH vom 27.7.84 und die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Wartenberg auf die Anfragen von Fr. Olms (Die Grünen) vom 30.9.87
22) Frankfurter Rundschau, 5.5.87
23) s. die Anwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Wartenberg auf die Anfragen von Fr. Olms (Die Grünen) vom 30.9.87
24) Die Tageszeitung vom 26.5.87
25) Süddeutsche Zeitung 21.10.87; Tageszeitung 21.10.87; telefon. Auskunft des Pressesprechers des BAW v. 21.10.87; Schiffsmeldedienst Bremen v. 21.10.87
26) Täglicher Hafenbericht 21.5.87; Weser-Kurier 8.2.87; Süddeutsche Zeitung 16.2.87; Frankfurter Rundschau 10.3.87
27) telefon. Auskunft der Staatsanwaltschaft Oldenburg; Kreiszeitung Wesermarsch 2.4.87
28) El Pais 10.5.87
29) New York Times, 31.3.87
30) vgl. Neue Zürcher Zeitung, 12.09.87
31) vgl. auch NZZ, 19.06.87
32) vgl. N.Y. Times, 30.03.84/31.03.84
33) Bundestagsdrucksache 10/1710
34) BT-Drucksache 10/1710
35) 52. Verordnung der Ausfuhrliste Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung, vgl. BT-Drucksache 10/1710
36) Die Vorprodukte sind nötig für die Produktion von Sarin und Tabun. Holland und die USA gehen weiter: Ihre Bestimmungen umfassen 11 bzw. 8 Vorprodukte
37) BT-Drucksache 2026
38) vgl. u.a. Geschäftsführer Backfisch von Kolb, Zitat in New York Times, 31.03.84 sowie Zitat Schreiber von Pilot Plant im Spiegel 32/1984
39) vgl. Jerusalem Post, 24.06.86, vgl. BBC, Panoram, „The Secret of Samarra", 27.10.86
40) vgl. Stern, 19.02.87

Urteil Landgericht Bonn 70349/87 vom 04.08.87 Seite 8

★

Diktatur der Baath-Partei



Als Saddam Hussein vor mehr als sieben Jahren das Abkommen von Algier kündigte, das zwischen ihm und dem Schah 1975 geschlossen worden war, und wenige Tage später seine Truppen in den Iran einmarschieren ließ, suchte der irakische Präsident damit vor allem hegemoniale Machtansprüche durchzusetzen.[1] Nach dem Sturz des Schah-Regimes solle der Irak nun endlich jene führende Rolle am Golf spielen, die dem Land von der Geschichte zugedacht sei. Verfüge doch der Irak nun, so der irakische Präsident im Oktober 1979, über alle Elemente nationaler Macht: über Wohlstand, Führung, Ideologie und Organisation. Was schien näher zu liegen, als die langgehegten Großmachtsambitionen der vermeintlich schwachen Islamischen Republik gegenüber endlich durchzusetzen?[2]

Zwei Monate später war dieser Traum geplatzt, der geplante Blitzkrieg zu einem zermürbenden Stellungskrieg geworden. Heute haben beide Länder ihre reichen Ressourcen auf Jahrzehnte hinweg zerstört. Millionen Opfer sind zu beklagen, und ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen. Waffenstillstand und Friedensschluß scheitern nicht nur an der Unnachgiebigkeit Ayatollah Khomeinis: Trotz der seit Jahren offiziell bekundeten Friedensbereitschaft kann und will auch der irakische Präsident Saddam Hussein den Krieg nicht ohne Vorbedingungen beenden. Die wütenden Antworten irakischer Regierungsstellen auf die Verlautbarung von Bundesaußenminister Genscher, der Irak habe den Krieg begonnen, belegen das genauso wie die Absage der irakischen Regierung an den neuesten Vermittlungsvorschlag des UN-Generalsekretärs Peres de Cuellar.[3] Auch die Verschärfung der kriegerischen Auseinandersetzungen durch den Irak deuten in diese Richtung.[4] Denn die Führungsposition des irakischen Präsidenten wäre bei Ende des Krieges oder gar einer Niederlage Iraks umstritten, auch wenn heute die Anrainerstaaten — Syrien eingeschlossen — und die Großmächte einen Umsturz im Irak fürchten und sich im Innern keine Alternative zur Diktatur Saddam Husseins abzeichnet.

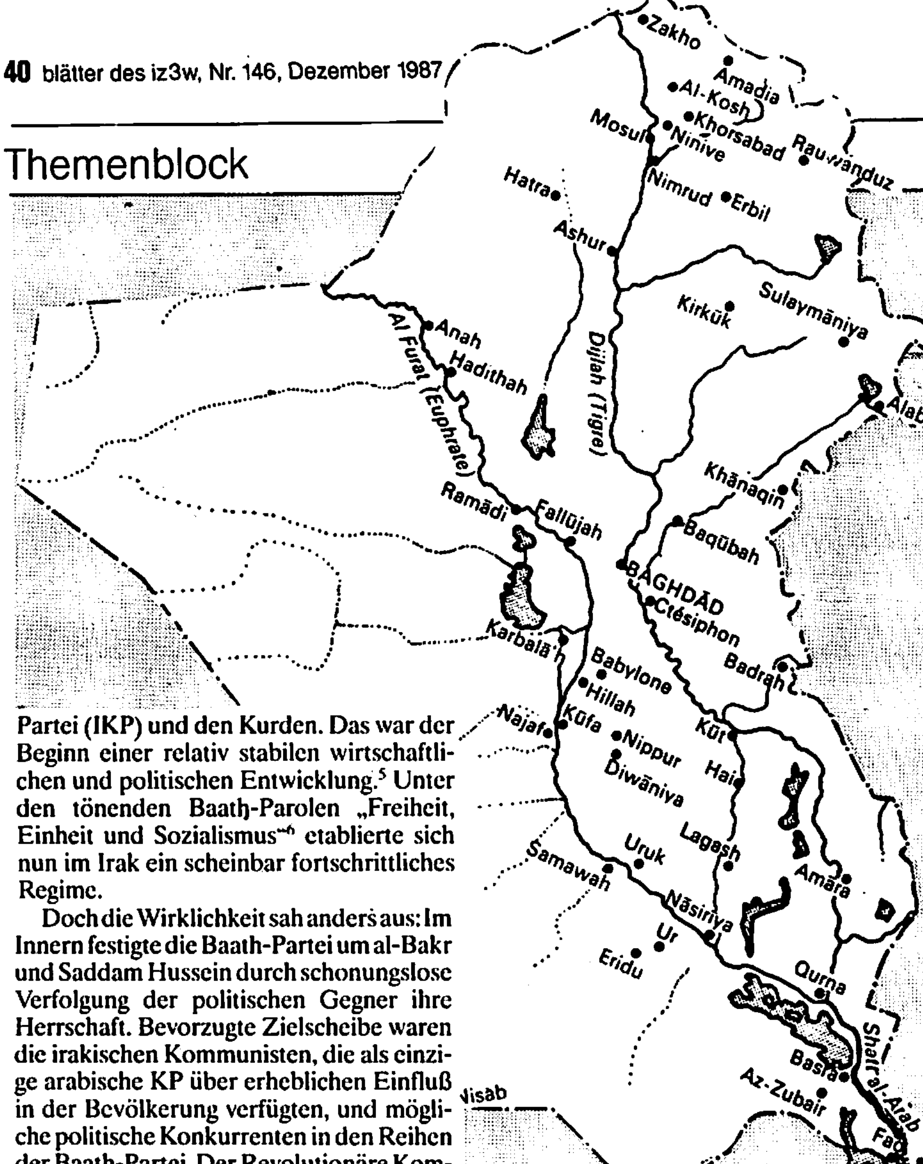
Die Opposition ist zerrissen und schwach. Ein Friedensschluß indes würde Regimegegner ermutigen und die Machtkämpfe innerhalb des Staatsapparates verstärken. Der Patriotismus, willkommener Helfer der verhaßten Diktatur gegen den Kriegsgegner, würde verblassen und die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Irak in den Vordergrund treten: Seit sieben Jahren ruiniert der Krieg alle seit 1968 unternommenen ökonomischen Anstrengungen und verschlingt jeden Monat eine Milliarde Dollar.

Diktatur des Baath

Lange Jahre galt der Irak im arabischen Raum als fortschrittlicher Staat: wegen seines Bündnisses mit der Sowjetunion, der radikalen Haltung in der Palästina-Frage, der Nationalisierung des Erdöls und Einleitung einer autozentrierten Wirtschaftsentwicklung, wegen der Zurückdrängung des kolonialen und imperialistischen Einflusses im Innern und wegen der Aufkündigung des Bagdad-Paktes. Antiimperialistische Parolen und radikaler Panarabismus der irakischen Regime nach dem Sturz der haschemitischen Monarchie 1958, aber auch die Denunzierung des Iraks als Satellit Moskaus durch den Westen, trübten lange Jahre unsere Vorstellung von den irakischen Regimen, die allesamt grausame Diktaturen waren.

Der Putsch der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei im Juli 1968 schien diese Einschätzung zu bestätigen. Er beendete die zehn Jahre dauernden, blutig ausgetragenen Machtkämpfe zwischen national gesinnten Freien Offizieren und der Baath-Partei, der Irakischen Kommunistischen

Themenblock



Partei (IKP) und den Kurden. Das war der Beginn einer relativ stabilen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.[5] Unter den tönenden Baath-Parolen „Freiheit, Einheit und Sozialismus"[6] etablierte sich nun im Irak ein scheinbar fortschrittliches Regime.

Doch die Wirklichkeit sah anders aus: Im Innern festigte die Baath-Partei um al-Bakr und Saddam Hussein durch schonungslose Verfolgung der politischen Gegner ihre Herrschaft. Bevorzugte Zielscheibe waren die irakischen Kommunisten, die als einzige arabische KP über erheblichen Einfluß in der Bevölkerung verfügten, und mögliche politische Konkurrenten in den Reihen der Baath-Partei. Der Revolutionäre Kommandorat (RCC) — insbesondere aber seine Präsidenten al-Bakr und ab 1979 Saddam Hussein — konzentrierte in seinen Händen alle Macht und kontrollierte über den Parteiapparat und dessen Milizen bald die Armee und alle Lebensbereiche der irakischen Bevölkerung. Umfassende Säuberungen in allen Gremien der Partei, im Militär und sogar im RCC schalteten mögliche Machtrivalen frühzeitig aus. Graue Eminenz des irakischen Präsidenten und maßgeblicher Initiator aller Verfolgungswellen war Saddam Hussein, der auf diese Weise seinen Machtapparat in der Partei ausbaute, bis er 1975 zum unumstritten starken Mann des Regimes geworden war. Als Saddam Hussein 1979 seinen Onkel al-Bakr durch einen kalten Putsch ablöste, entledigte er sich umgehend seiner politischen Gegner. Über 200 Parteikader wurden auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Massen-Parteiversammlung öffentlich beschuldigt, schon seit Jahren gegen Saddam Hussein konspiriert zu haben. Sie wurden sofort verhaftet. Nur wenige Tage später hat man 21 Baath-Funktionäre hingerichtet, darunter 5 Mitglieder des Revolutionären Kommandorats.[7] „Wir sind nun in unserer stalinistischen Ära. Gegen das geringste Anzeichen von Abweichungen müssen wir zurückschlagen. Dabei müssen wir bei den Baathisten beginnen"[8], so kommentierte der neue Chef des Revolutionären Kommandorates seinen scharfrichterlichen Schauprozeß. Unter Saddam Hussein verwandelte sich die Herrschaft des Baath in die Diktatur eines Mannes, der einen ungeheuren Personenkult entfaltete und mit Androhung drakonischer Strafen auf geringfügige Vergehen[9] und einem umfassenden Spitzelwesen in einer Atmosphäre der Angst regiert. Die Menschen auf der Straße, heißt es, hätten heute vor ihrem Staatschef Saddam Hussein genauso viel Angst wie vor Khomeinis Diktatur im Nachbarland.

Die Wirtschaftspolitik der Baath-Partei

Aber nicht nur mit einer Politik des Terrors festigte die Baath-Partei ihre Macht. 1972 wurde die Erdölproduktion verstaatlicht, Nationalisierungsmaßnahmen durchgeführt und eine autozentrierte Entwicklung eingeleitet. Der Irak — am Ende der Kolonialzeit ein armes und unterentwickeltes Land — hatte für diesen Weg alle Voraussetzungen. Der Staat verfügt nach Saudi-Arabien über die größten Erdölvorkommen der Welt und hat ausreichende landwirtschaftliche Ressourcen. Als das Baath-Regime im Sommer 1972 die Iraq Petroleum Company nationalisierte, weitete der Irak seine Erdölproduktion aus. Dank der Preissteigerungen 1973/74 verfügte der Staat über Milliarden Petrodollars, — genügend Mittel also, um die Ideale der Baath-Partei zu verwirklichen und die nationale Entwicklung zu beschleunigen. Genau besehen aber dienten die Erdölmilliarden vor allem, die Baath-Diktatur zu festigen, deren hegemoniale Machtansprüche zu stärken und eine ökonomische und außenpolitische Kursänderung einzuleiten.

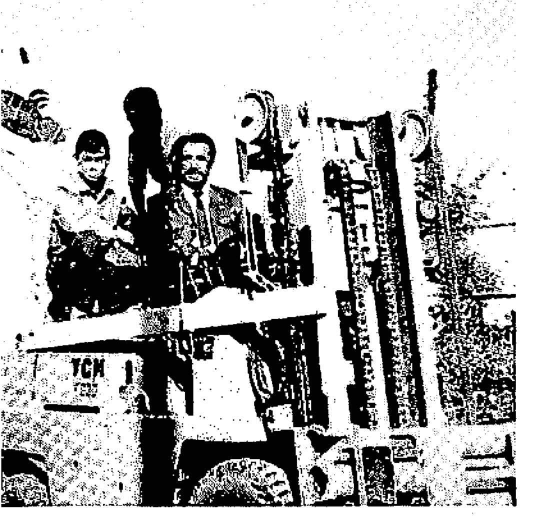
Die Landreformen — die zunächst nur den Grundbesitz neu verteilten — brachten nicht den gewünschten Erfolg: trotz verbesserter Produktionstechniken wurde erst 1981 der Erntestand von 1958 erreicht, die Bevölkerung aber war inzwischen auf das Doppelte angewachsen. Der Irak blieb von Nahrungsmittelimporten abhängig, und auch der Aufbau einer grundbedarfsorientierten Industrie unter staatlicher Führung gelang nur in Ansätzen, denn in Wirklichkeit wurden die exportorientierte Industrie — und Prestigeobjekte begünstigt. Bürokratie und Militär verschlangen Unsummen: Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zum Bruttosozialprodukt war der Irak höher gerüstet als das Schah-Regime. Die Abhängigkeit vom Erdöl blieb, auch wenn der Staat seine Devisenreserven aufstocken konnte.[10]



Der Lebensstandard der Bevölkerung wuchs hingegen nur langsam. Löhne und Gehälter fingen die Inflation nicht auf, die Mieten stiegen um ein Vielfaches, kurzum: die Kluft zwischen Arm und Reich blieb.

Nach dem Putsch von Saddam Hussein (1979) sollte sich diese Entwicklung verstärken: Dieser betrieb, in der Konsequenz der Mitte der 70er Jahre eingeleiteten außenpolitischen Ausrichtung nach dem Westen, eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung (Infitah), die am deutlichsten in der Agrarwirtschaft sichtbar wurde. Innerhalb weniger Jahre verschwanden die meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Kooperativen[11], der Parteisektor wurde ausgedehnt und der Einfluß der Baath-Partei auf die Wirtschaft eingeschränkt, eine Entwicklung, die sich im Laufe des Krieges verstärkte.[12] Denn die Schulden des Irak steigen unablässig an: Jedes Jahr verschlingt der Krieg fünf bis sechs Mrd. Devisendollar, jährlich werden von den Arbeitsimmigraten 2 Mrd. Dollar in ihre Heimatländer überwiesen, für die Tilgung der Auslandsschulden aber müssen 3 Mrd. Dollar per anno aufgewendet werden. Die Handelsschulden — Kriegsgerät ausgenommen — betragen inzwischen 15,2 Mrd. Dollar. Mit weiteren 15 Mrd. Dollar für militärische Güter steht Bagdad bei der Sowjetunion und Frankreich in der Schuld und die Ansprüche der Golfstaaten werden auf 40 bis 50 Mrd. geschätzt.[13] Noch sind die westlichen Gläubigerstaaten geduldig, schließlich winken im Irak nach Kriegsende glänzende Geschäfte: unter dem Schuldenberg liegen gewaltige Ölvorkommen. Die Schätzungen der Ölreserven steigen ins Unermeßliche.[14] Dieses Geschäft werden sich die kapitalistischen Staaten nicht entgehen lassen. Der Krieg mit dem Iran hat die Abhängigkeit des Irak von den alten kolonialen Mächten und den konservativen Golfmonarchien verstärkt, die Zukunft der Nation verpfändet.

Irakische Arbeiter feiern die Nationalisierung des Erdölsektors, 1. Mai 1976



Außenpolitische Ausrichtung und Politik gegenüber den Kurden

Um die Politik der Blockfreiheit durchsetzen zu können und die nationale Entwicklung zu befördern, stützte sich das irakische Regime — im Westen auch wegen der radikal antiisraelischen Haltung im Nahost-Konflikt isoliert — notgedrungen auf die Sowjetunion, die bei der Ausbeutung bisher unerschlossener Erdölfelder im Norden half, Armee und Milizen mitaufbaute und ausrüstete. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten freilich waren unter baathistischer Herrschaft niemals ungetrübt. Die irakische Baath-Partei war strikt antikommunistisch und sah in der ebenfalls gutorganisierten und einflußreichen KP ihren schärfsten Konkurrenten. Als die Baathisten 1963 für kurze Zeit die Macht ausübten, massakrierten deren Milizen Tausende von Kommunisten und deren Sympathisanten. Auch nach dem zweiten Baath-Putsch (1968) wurden Kommunisten und Kurden verfolgt. Die Sowjetunion kritisierte zwar die Repressionen im Irak und die radikal jedwede Verhandlung mit Israel ablehnende Politik, die nicht ins außenpolitische Konzept Moskaus paßte[15]; trotzdem unterstützte die UdSSR den — wie sie sagte — nichtkapitalistischen Entwicklungsweg des Irak weitgehend, wollte sie doch von den antiimperialistischen Stimmungen in der Region profitieren, gerade nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967.

1972 schien sich im Irak ein Wandel zu vollziehen: Im April hatte das Baath-Regime — außenpolitisch isoliert[16] und im Innern in Bedrängnis geraten — mit der Sowjetunion ein Freundschaftsabkommen geschlossen. Auf Drängen der Sowjetunion und trotz der Verfolgung durch das Regime, gab die IKP ihre kritische Distanz zur Baath-Partei auf; zwei kommunistische Minister wurden in die irakische Regierung aufgenommen. Die anglo-amerikanischen Multis schränkten daraufhin die Erdölförderung ein, der Staat nationalisierte im Gegenzug am 01.06.72 die Iraq Petroleum Company. Blutigen Machtkämpfen innerhalb der Baath-Spitze Anfang 1973, aus denen wieder Saddam Hussein als Sieger hervorging, folgten innenpolitische Liberalisierungen: die oppositionellen Parteien erhielten mehr Bewegungsfreiheit und im Juli schließlich wurde die Nationale Progressive Front gegründet, der neben der IKP auch eine Fraktion der Kurdischen Demokratischen Partei (DPK-Irak) angehörte.[17] Doch die neuen Freiheiten währten nicht lange.

Das Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion war nur *ein* Grund für die Zugeständnisse des Baath gewesen: Im Innern war die Macht noch nicht gefestigt. Das Manifest vom März 1970 hatte zwar die Kämpfe zwischen Kurden und irakischer Armee beendet, die Baath-Partei aber tat nichts, um das Autonomieversprechen zu verwirklichen. Im Gegenteil: die Regierung siedelte Kurden zwangsweise um und schob 1971 40.000 kurdische Familien in den Iran ab. Auf kurdische Führer wurden Mordanschläge verübt. Schon 1972 brachen erneut Kämpfe zwischen dem Baath-Regime und den kurdischen Peschmergas aus, die seit dem sowjetisch-irakischen Freundschaftsabkommen von den USA und dem Schah unterstützt wurden, um den Irak zu destabilisieren. Als die Baath-Regierung 1974 von den Kurden die Abgabe der Waffen verlangt, ohne ihnen Autonomie zu gewähren, verließen die kurdischen Minister die Regierung und schlossen sich wieder der DKP-Irak unter Mostafa Barzanis Führung an. Der Krieg gegen die Kurden begann, der freilich das irakische Regime in Bedrängnis brachte.

Deshalb schloß der starke Mann des Baath, Saddam Hussein, 1975 mit dem Schah das Algier-Abkommen: Als Gegenleistung zu territorialen Zugeständnissen stellte der Schah die Unterstützung der Kurden ein, deren bewaffneter Widerstand nun zusammenbrach. Die alten Differenzen der DPK-Irak brachen nach der verheerenden Niederlage wieder auf: Scharf kritisierte die Fraktion Jalal Talabanis die Politik Barzanis und gründete mit zwei kleineren Organisationen die Patriotische Union Kurdistans (PUK).[18] Nun begann das Baath-Regime auch die übrigen innenpolitischen Gegner auszuschalten und die Diktatur der Partei durchzusetzen.

Das Algier-Abkommen war aber auch der Wendepunkt in der Außenpolitik des Irak: Saddam Hussein, der noch gerade dem Schah Territorien abgetreten hatte, meldete plötzlich Großmachtsambitionen an. „Kurz, wir möchten, daß der Irak eine führende Rolle in der Region spielt und besonders in der arabischen Heimat", erläuterte der starke Mann Iraks. „Wir möchten, daß der Irak eine führende Rolle in der Konsolidierung antiimperialistischer Politik auf internationaler Ebene spielt".[19] Die Großmachtsträume wurden entsprechend der Baath-Ideologie panarabistisch ver-

Themenblock

brämt. Denn Saddam Hussein wollte auch in der Blockfreien-Bewegung eine führende Rolle spielen. Dabei freilich war ein enges Bündnis mit der Sowjetunion hinderlich, denn die übrigen Golfstaaten waren prowestliche konservative Monarchien und auch Ägypten und Syrien begannen, sich den imperialistischen Staaten zu öffnen. Deshalb wandte sich der Irak verstärkt dem Westen zu.

Schon bei den Erdölpreissteigerungen 1973/74 hatte Bagdad mäßigend gewirkt, ganz im Gegensatz zu den üblichen Verbalradikalismen. Für Petrodollars kaufte der Irak nun von den westlichen Staaten Industriegüter und Waffen. Japan, Frankreich und die Bundesrepublik wurden die bevorzugten Handelspartner. 1975 kamen 46 % aller importierten Güter aus Westeuropa, 27 % aus Asien, 10 % aus Nordamerika und nur noch 8 % aus den RGW-Staaten.[20] Frankreich wurde nach der Sowjetunion der zweitgrößte Waffenlieferant des Irak.

Auch im Nahost-Konflikt rückte der Iran nun von seinen radikalen Parolen ab: Schon Ende 1977 verließ die irakische Delegation eine Versammlung der *Staaten dei Standfestigkeit und Konfrontation* in Tripolis (Libyen), auf dem einige arabische Staaten und die PLO ihre Politik nach dem Jerusalem-Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat koordinieren wollten. Stattdessen profilierte sich das Baath-Regime auf dem arabischen Gipfel in Bagdad 1978: es schwor die arabischen Staaten ein auf ein Minimum-Programm gegen Ägypten und machte die Front der Staaten der Standfestigkeit überflüssig. Eine Politik ganz im Sinne Saudi-Arabiens, das den Weg Ägyptens stillschweigend unterstützte. Sadats Kritik an den arabischen Staaten nahm denn auch die saudische Monarchie und das Baath-Regime ausdrücklich aus. Die Büros der DFLP, eine Organisation der PLO mit engen Bindungen zu Moskau, wurden in Bagdad geschlossen; der irakische Geheimdient ließ im Ausland PLO-Repräsentanten ermorden. Die Arabische Volksbefreiungsfront, die Organisation des Irak in der PLO, vertrat von nun an gemäßigte Positionen in der Palästina-Frage.

Der Sieg der Islamischen Revolution im Nachbarland ließ die Spannungen zwischen der Sowjetunion und dem Irak wachsen, denn Moskau begrüßte das — Originalton — antiimperialistische Regime im Iran. Auch die IKP, die nach 1975 wieder grausam verfolgt wurde, schloß sich der sowjetischen Position an und sah in der schiitischen Untergrundbewegung im Irak einen Bündnispartner im Kampf gegen das Baath-Regime. In dieser Situation ergriff Saddam Hussein im Juli 1979 die Macht.

Der neue Präsident beschleunigte und verschärfte seine schon seit Beginn der siebziger Jahre verfolgte Politik: Die Opposition wurde zerschlagen; die IKP verließ die Regierung, ihre Kader flohen ins Ausland oder in die kurdischen Berge, wenn sie der Verhaftungswelle überhaupt entkamen. Die schiitischen Untergrundorganisationen eröffneten ihre Hauptquartiere in Teheran.

Saddam Hussein brach die von seinem Vorgänger begonnenen Vereinigungsgespräche mit Syrien ab, den Staat, der seit dem Jerusalem-Besuch Sadats wieder stärker mit der Sowjetunion zusammenarbeitete und sich als Wortführer der palästinensischen Sache gebärdete.


„Saddam Hussein und König Husain von Jordanien, 1980."

Die Beziehungen zwischen Bagdad und Washington verbesserten sich schnell. Im Dezember 1979 trafen sich die Außenminister beider Länder zu langen Gesprächen am Rande der UN-Vollversammlung.[21] Auch mit den konservativen Monarchien am Golf kam Saddam Hussein ins Gespräch: jahrelange Grenzstreitigkeiten wurden beigelegt. Die ehemals verfeindeten Länder hatten nun einen gemeinsamen Gegner: die Islamische Republik Iran. Deshalb wurde der Irak ermutigt, den Krieg gegen das Nachbarland zu beginnen.[22]

In jüngster Zeit erfolgte bekanntlich eine überraschende, von Washington durchaus nicht herbeigesehnte „Intensivierung" der irakisch-amerikanischen Beziehungen. (Siehe Hippler-Artikel in diesem Heft).

Ob und wie es Washington gelingen wird, den Kopf aus dieser Schlinge wieder herauszuziehen, bleibt abzuwarten.

Marianne Stern

Anmerkungen:

Marianne Stern u. Anja Malanowski, Irak, der Griff nach der Vorherrschaft, in: Malanowski/Stern (Hrsg.), Iran — Irak, Bis die Gottlosen vernichtet sind, Hamburg, 1987

Zum Abkommen von Algier (s. S. 41)

2. Ahmad Yousef Ahmad, The Dialectics of Domestic Environment and Role performance: The Foreign Policy of Iraq, in: Bahgat Korany and Ali E. Hillal Dessouki (Hrsg.), The Foreign Policies of Arab States, Boulder, Colorado, 1984, S. 158 ff

3. Le Monde, 05.11.87
4. Vgl. Broschüre „Der Krieg am Golf", Informationen des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg, Juli bis Sept. 87, Heft 1
5. Stern/Malanowski, a.a.O.
6. Befreiung der gesamten arabischen Region vom Atlantik bis zum Golf von allen Formen der Fremdherrschaft und Befreiung der arabischen Gesellschaft von ihren sozialen Krankheiten und ihrer Rückständigkeit (Freiheit), politische und wirtschaftliche Vereinigung aller arabischen Länder und Bildung eines einheitlichen Gesamtstaates (Einheit), Aufbau eines spezifischen arabischen sozialistischen Systems, das wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ermöglicht (Sozialismus), vgl. Aziz Alkazaz, Irak, in: Udo Steinbach u.a. (Hrsg.), Politisches Lexikon Nahost, München 1979, S. 79/80
7. Spiegel, 13.08.79
8. Die Zeit, 18.04.80
9. Die Todesstrafe droht: für politische Agitation in der Armee, es sei denn im Sinne des Baath; für Eintritt in die Baath-Partei unter Verschweigen einer Parteimitgliedschaft oder gar deren Fortdauer; für den Übertritt ehemaliger Baathisten in andere politische Organisationen; für die Abwerbung von Baath-Mitgliedern und seit 1979 für alle, die aus Armee und Geheimdienst ausscheiden und einer anderen Partei beitreten, vgl. Stern/Malanowski, a.a.O., S. 70.
10. Vgl. Peter Hünseler, Irak, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 6, Hamburg 1983, S. 277 ff, Stern/Malanowski, a.a.O., S. 71
11. Robert Springborg, Infitah, Agrarian Transformation and Elite Consolidation in Contemporary Iraq, in: Middle East Journal, Winter 1986, S. 33—52
12. Nachrichten für Außenhandel, 28.01.82
13. The Middle East, Sept. 86, Iraq's Debt: Going up und up, S. 24/25
14. Neue Zürcher Zeitung, 07.10.87
15. Le Monde, 27.08.71.
16. Der Irak hatte nicht nur ein gespanntes Verhältnis zu den konservativen, prowestlichen Golfstaaten; auch von den Frontstaaten zu Israel, Ägypten und Syrien, hatte er sich isoliert.
17. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.08.73
18. Robin Schneider, Kurden zwischen den Fronten des Golfkrieges, in: Malanowski/Stern, a.a.O., Peter Sluglett, The Kurds, S. 177 ff, in: CARDRI (Hrsg.), Saddam's Iraq, Revolution or Reaction, London 1986
19. Ahmad, a.a.O., S. 158/59
20. Neue Zürcher Zeitung, 30./31.11.77
21. The Middle East, May 80
22. Marianne Stern, ... und alle schweigen sie. Der vergessene Krieg am Golf, in: Malanoswki/Stern, a.a.O.

„Politische Gefangene im Irak"

aus: ai-Jahresbericht 1987

Amnesty Internationals Sorge galt weiterhin weitverbreiteten willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen von Hunderten politischer Gefangener, unter ihnen möglicherweise gewaltlose politische Gefangene. Anlaß zu Besorgnis gab darüber hinaus die Langzeitinhaftierung politischer Gefangener ohne Gerichtsverfahren oder nach Schnellverfahren, die routinemäßige Anwendung der Folter durch die Sicherheitskräfte, das „Verschwindenlassen" von Personen sowie die Ausweitung der von der Todesstrafe bedrohten Delikte. Sorge bereiteten des weiteren die hohe Anzahl gerichtlich verfügter und extralegaler Hinrichtungen sowie deren Vollzug auch für politische Vergehen.

Unter den mehreren hundert Personen, die 1986 weiterhin in Haft gehalten wurden, befanden sich Mitglieder verbotener politischer Parteien, andere mutmaßliche Regierungsgegner oder -kritiker, Fahnenflüchtige und Kriegsdienstverweigerer, die nicht bereit waren, sich am Krieg im Iran zu beteiligen. Verhaftet wurden auch Teilnehmer an Studentendemonstrationen sowie Familienangehörige der genannten Personengruppen, die als Geiseln anstelle der von den Behörden Gesuchten festgehalten wurden.

Wie in den Jahren zuvor erhielt amnesty international auch 1986 Berichte über weitverbreitete willkürliche Verhaftungen mutmaßlicher Regierungsgegner und unbeteiligter Zivilpersonen sowie über Folterungen und vorsätzliche Tötungen durch Regierungskräfte.

Ende März und Anfang April wurden Berichten zufolge in Arbil im Norden Iraks Hunderte von Zivilpersonen, darunter Studenten, festgenommen, nachdem im März kurdische Oppositionskräfte einen Attentatsversuch auf den Gouverneur von Arbil verübt hatten. 15 Studenten wurden später hingerichtet, die anderen fielen dem „Verschwindenlassen" zum Opfer.

Routinemäßige Folterungen und Mißhandlungen von Häftlingen im Gewahrsam der Sicherheitskräfte gaben amnesty international weiterhin Anlaß zur Sorge. Zu den Opfern zählten politische Gefangene, die gefoltert wurden, um sie zu „Geständnissen" oder zum Widerruf ihrer politischen Überzeugungen zu zwingen. Wiederholt hat die Regierung Iraks Berichte über Folterungen zurückgewiesen, selbst wenn diese Berichte durch ärztliche Gutachten untermauert waren. Auch hat sie niemals nachgewiesen, daß Foltervorwürfe untersucht oder die Verantwortlichen vor Gericht gebracht worden wären.

Einige Häftlinge sollen an den Folgen erlittener Folterungen gestorben sein, so Tayar Salim Muhammad, ein 18jähriger Student und Mitglied der verbotenen Kurdischen Demokratischen Partei. Er war im Oktober 1985 festgenommen worden und soll im Juli 1986 unter der Folter gestorben sein. amnesty international forderte eine Untersuchung der Todesumstände und rief gleichzeitig dazu auf, Berichten nachzugehen, denen zufolge zwei weitere Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans gefoltert worden waren, bevor man sie im November hinrichtete.

Es handelte sich um Mahdi Ibrahim Muhammad und Abed Taha Ibrahim, deren Leichen am 8. November den Angehörigen übergeben wurden. Berichten zufolge waren den Hingerichteten die Fingernägel ausgerissen und die Augen ausgestochen worden.

amnesty international wandte sich mehrmals an die irakischen Behörden, nachdem Berichte über die Hinrichtung einer großen Anzahl von Personen bekanntgeworden waren. Mehrere hundert Menschen sollen 1986 hingerichtet worden sein. Ihre genaue Anzahl ließ sich jedoch mangels näherer Informationen nicht zweifelsfrei ermitteln. Zu den Hinrichtungsopfern zählten Berichten zufolge Fahnenflüchtige, Mitglieder verbotener politischer Parteien, Studenten und mutmaßliche Regierungsgegner.

amnesty international blieb besorgt über die Verabschiedung von Gesetzen, durch die die Anzahl der mit der Todesstrafe bedrohten Delikte ausgeweitet wurde. Am 4. November wurde Paragraph 225 des irakischen Strafgesetzbuchs durch die Entschließung Nr. 840 des Kommandorats der Revolution dahingehend abgeändert, daß mit der Todesstrafe bedroht wurde, wer den Präsidenten der Republik oder seinen Stellvertreter, den Kommandorat der Revolution, die Arabische Sozialistische Baath-Partei, die Nationalversammlung oder die Regierung in der Absicht beleidigt, die öffentliche Meinung gegen die Behörden zu mobilisieren.

Im Juli wandte sich amnesty international in Appellen an die Regierung, nachdem sie Berichte erhalten hatte, daß im Norden des Landes 21 Menschen getötet worden waren. Die Organisation war der Auffassung, daß es sich bei den Tötungen um extralegale Hinrichtungen gehandelt haben könnte. 15 der Getöteten, Oberschüler und Studenten der Universität von Salaha al-Din, wurden Berichten zufolge zwischen dem 27. März und 3. April in Arbil festgenommen und im Schnellverfahren hingerichtet. In einem anderen Fall sollen sechs Häftlinge am 9. April vor dem Zentralgefängnis von Sulaimaniya öffentlich hingerichtet worden sein. Die Opfer, Sympathisanten der verbotenen Partiotischen Union von Kurdistan, sollen noch keine 18 Jahre alt gewesen sein. Auch auf diesen Appell erhielt amnesty international seitens der Behörden keine Antwort.

Baath-Ideologie und Frauenfrage

Die innenpolitische Situation im Irak und besonders die gesellschaftliche Rolle und der Kriegseinsatz irakischer Frauen sind bisher noch völlig vom Interesse an der Islamischen Republik Iran überschattet. Folgender Beitrag möchte diese Einseitigkeit etwas korrigieren.
Hier soll nur noch mal kurz darauf hingewiesen werden, wie mangelhaft die Informationslage zu diesem Thema bisher prinzipiell war und jetzt noch ist. Das hat mehrere Gründe: Die wenigen verfügbaren Statistiken beziehen sich auf die 70 Jahre und sind zumeist aus Baath-Quellen gespeist. Statistiken neueren Datums gibt es nicht. Regimegegnerinnen im Irak artikulieren sich Ausländerinnen gegenüber nur selten. Die irakische Exilopposition in der BRD ist schwach und publiziert wenig.
Dieser Artikel soll zu weiteren Fragestellungen anregen.



Irakische Mädchen

Im Vergleich stellen der Irak unter Saddam Hussein und der Iran unter Ayatollah Khomeini die beiden Pole im aktuellen politisch-ideologischen Spektrum des Mittleren Ostens dar: den arabischen Nationalismus und den islamischen Fundamentalismus. Dabei präsentiert sich der baathische Irak als eine den Weg des Fortschritts mutig beschreitende Gesellschaft im Aufbruch in die Moderne. Den Frauen wird dabei folgende Stellung zugewiesen:

„Die Befreiung der Frau kann nicht durch Frauenvereine erreicht werden. Die Frau wird erst dann frei sein, wenn die Gesellschaft selbst politisch und wirtschaftlich emanzipiert ist. Der kulturelle und soziale Fortschritt der Frau hängt vom kulturellen und sozialen Fortschritt der Gesellschaft ab. Da unter der Leitung der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei die sozialen Veränderungen auf allen Ebenen eingeführt werden, trägt sie auch in erster Linie die Verantwortlichkeit für die Befreiung der Frau." (Babylon Nr. 4/1981, Irakische Botschaft)

Ein Teil dieser „Verantwortlichkeiten" ist an eine Frauenorganisation delegiert worden, die Irakische Frauenföderation, die zur Zeit unter der Kontrolle der Baath-Aktivistin Manal Younis steht. Konkurrierende Frauenorganisationen wie die mit der Kommunistischen Partei verbundene Irakische Frauenliga wurden verboten bzw. ins Exil getrieben.[1]

Baathistinnen wie Marxistinnen teilen allerdings die Relegierung des Geschlechterkonflikts auf einen „Nebenwiderspruch". So heißt es im Programm der Frauenföderation: „Die Irakische Frauenföderation ist keine Frauenorganisation desselben Typs wie die Frauenorganisationen in den kapitalistischen Ländern. Sie hat nicht die „Entfachung" des Kampfes zwischen der Frau und ihrem „Feind", dem Mann, zum Ziel. An der Spitze der Prioritäten der Aufgaben und Pflichten der Irakischen Frauenföderation steht: Vorbereitung und Mobilisierung der irakischen Frauen für ihre effektive Rolle im Kampf der arabischen Nation gegen Imperialismus, Zionismus und Rückständigkeit."[2]

Erst danach folgt die Forderung nach „Hebung des Niveaus der irakischen Frauen mit allen Mitteln".

Bei der Legitimation des unpopulären Krieges und der Mobilisierung für die Partizipation der Frauen am Kampf gegen den iranischen „Aggressor" wird wie folgt argumentiert: „Wir Frauen sind Teil unseres Volkes, unserer Gesellschaft. Sie haben den Löwenanteil aller Errungenschaften und Privilegien erhalten, die im Verlauf unserer Revolution geschaffen worden sind. Darum wollen auch die Frauen unsere Heimat verteidigen, weil sie sich selbst und ihre Stellung in unserer Gesellschaft bewahren wollen. Also übernehmen wir Frauen jede Pflicht, die uns übertragen wird, da wir damit auch der Ehre teilhaftig werden, den Sieg des irakischen Volkes zu erringen." (Babylon 1/1982)



„Marschierende Schülerinnen"

Irakische Frauen und Kriegsauswirkungen

Zur Rolle der irakischen Frauen im Krieg ergibt sich aus den wenigen Informationsbruchstücken folgendes Bild:

I. Jüngere Frauen nehmen an den Aktivitäten der milizartigen Volksarmee im Bereich der Zivilverteidigung teil.

Die „Volksarmee" realsozialistischen Musters existierte bereits vor Kriegsbeginn und verfügte auch damals bereits über eine Frauenabteilung. Sie wird im Krieg vor allem zur Entlastung der Soldaten eingesetzt. Sie arbeitet z.B. im Bereich des Brandschutzes und nimmt im Falle gegnerischer Luftangriffe Rettungsmaßnahmen vor. Niemetz' Film „Der Sieg kennt keine Toten", einer der wenigen deutschen Fernsehfilme über die irakische Gesellschaft im Krieg, enthielt u.a. auch Aufnahmen dieser weiblichen Volksarmee bei einer militärischen Übung im Stadion von Baghdad: Sie leisteten einen Eid, im Rahmen ihres „heiligen Einsatzes" für die Nation ihre Pflicht notfalls auch unter „Einsatzes des eigenen Lebens" zu erfüllen.[3] Von einem direkten Einsatz an der Front ist bisher nichts bekannt.

II. Viele Irakerinnen beteiligen sich freiwillig oder zwangsverpflichtet — an der medizinischen Versorgung der Verletzten an „Front" wie „Heimatfront".

III. Im beruflichen Bereich werden die eingezogenen bzw. gefallenen Männer von Frauen ersetzt.

Bereits in den 70er Jahren hatte die irakische Regierung ein nach Ansicht der libanesischen Sozialwissenschaftlerin Suad Joseph „in der arabischen Welt einzigartiges Programm der Mobilisierung von Frauen in den Bereich der Lohnarbeit"[4] in Angriffe genommen. Mit ihm sollte die Arbeitskräfteknappheit, die bereits zum Import zahlreicher männlicher Arbeitskräfte aus arabischen „Bruderländern", besonders Ägypten, geführt hatte, konterkarriert werden. Nicht ohne Erfolg. Diese Politik wurde nach dem Ausbruch des Krieges forciert. Dies führte im Laufe der 80er Jahre zu einer für arabische Länder eher untypischen Präsenz von Frauen in fast allen Berufsbereichen.

Bei Betrachtung der Publikationen der irakischen Exilopposition ergibt sich allerdings der Eindruck, daß von einer begrüßenswerten Entwicklung durch Berufstätigkeit der Frauen höchstens bei einer privilegierten weiblichen Minderheit gesprochen werden kann. Die Mehrheit der neu in das Berufsleben eingetretenen Frauen scheint unter starker Doppelbelastung zu leiden. Seit Kriegsausbruch haben sich die Arbeitsbedingungen für Frauen im staatlichen wie privaten Sektor beträchtlich verschlechtert: die Löhne und Gehälter wurden aufgrund von Zwangsspenden für den Krieg um ca. ein Drittel reduziert; das Recht auf gewerkschaftliche Organisation wurde abgeschafft, ebenso Jahres- und Schwangerschaftsurlaub zusammen mit allen Formen finanzieller Unterstützung.

In den meisten Fällen sind die Frauen Alleinernährerinnen ihrer Familien und müssen sich zusätzlich selbst um die Kinder kümmern.

IV. Die baathistische Familien- und Innenpolitik funktionalisiert die Frauen auf vielfältige Weise:

In der Ideologie der Baath-Partei wurde schon immer die Familienrolle der Frauen verherrlicht. Die Heirat gilt als nationale Pflicht. Frauen werden aufgefor-



Irakerinnen spenden Schmuck für den Krieg: „Nur einen Kämpfer heiraten".

dert, möglichst viele Kinder zu gebären, um den Ruhm der Nation durch ein Anwachsenlassen ihrer Größe zu steigern.[5] Damit verbunden war immer eine starke oder indirekte Entmutigung von Familienplanung. Durch den bisher sehr verlustreichen Krieg, der gegen einen Gegner geführt wird, der über zwei Drittel mehr „Menschenmaterial" als der Irak verfügt, hat diese geburtenfreundliche Ideologie noch größere Bedeutung erfahren. Saddam Hussein soll sogar — ganz „antimodernistisch" — gefordert haben, „daß jede irakische Frau fünf Kinder gebären muß, da Reproduktion wichtiger als Bildung sei." (Zitiert nach der Broschüre der Irakischen Frauenliga.)

Die wichtigste Strategie im Umgang mit der „Kriegswitwenfrage" besteht darin, die Witwen möglichst schnell wieder zu verheiraten, im Notfall auch im Rahmen von polygamen Ehen. Irakische Männer, die sich zu solchem „Opfer" bereit erklären, erhalten als Belohnung für diese patriotische Tat Geld aus der Staatskasse.[6]

Auch irakisch-arabischen Männern, die kurdische Frauen heiraten wollen, wird eine großzügige staatliche Unterstützung zuteil, weil diese Ehe als Beitrag zur Arabisierung der Kurden betrachtet wird.[7] Dagegen werden Männer, die mit Frauen „iranischer Herkunft" verheiratet sind, zur Scheidung gedrängt. „Nach einer Resolution des Kommandorats vom April 1981 erhält jeder Iraker, der Angehöriger der Streitkräfte ist, in letzterem Falle umgerechnet 32.000,- DM, jeder Zivilist 20.000,- DM." (TAZ, 17.10.1984)

Mit „Iranerinnen" sind dabei nicht allein jene ca. 2 % der irakischen Bevölkerung gemeint, deren Vorfahren einst aus dem Iran in die heiligen Städte Najaf und Kerbela einwanderten und dort unter den Theologen immer eine wichtige Stellung innehatten. „Iranerin" hat sich im Laufe der Zeit auch zum Denunziationsbegriff für viele irakische Staatsbürgerinnen schiitischen Glaubens entwickelt, die mangelnder Loyalität gegenüber dem Baath-Regime verdächtig schienen. Als „Irans fünfte Kolone" betrachtet, stehen sie besonders seit der iranischen Islamischen Revolution „unter Verdacht". Seit 1980 wurden ca. 10.000 irakische „Iranerinnen" in den Iran — seltener nach Syrien — vertrieben, wo sie teilweise heute noch in Lagern leben unter entwürdigen Bedingungen und zu islamischen Verhalten gezwungen werden.

Märtyrerkult und Opfergeist

Um die Moral an der Kriegs- wie an der Heimatfront zu stärken, häufen sich in den irakischen Medien seit Kriegsbeginn die Beschwörungen der „Schönheit des Sterbens für Führer, Volk und Vaterland". Die irakische Literatur der Gegenwart, einschließlich der für Kinder bestimmten, sind Apelle zur „Pflichterfüllung gegenüber dem Staat, des Krieges und dem Krieg des Staates."[8]

Der tunesische Sozialwissenschaftler Zouhair Dhaouadi stellte fest, daß der Krieg zu einer Verdrängung des baathistischen Diskurses der 70er Jahre, der sich durch das Versprechen der Partizipation an der westlichen Konsumkultur auszeichnete, durch einen neuen Diskurs ausgelöst wurde, der nationalistische und „revolutionäre" Werte reaktivierte und eine Literatur stimulierte, die „fasziniert ist von Tod, Feuer, Zerstörung und Gewalt." Statt der Gegenwart und Zukunft werde nunmehr die Vergangenheit hoch bewertet, wobei in dieser vor allem nach Beweisen für die säkulare Opposition zwischen Irak und Iran gesucht werde.

Auch gilt im baathistischen Irak nicht Trauer, sondern Stolz und Freude als angemessene Reaktion der „Märtyrerfamilien" auf den Tod eines ihrer Angehörigen. Und wie im „islamischen" Iran wird im „baathistischen" Irak jenen Müttern das höchste Lob gezollt, die „ihre Söhne zum freiwilligen Dienst in der Armee ermutigen" und „ungewöhnlichen Mut beweisen, wenn sie die Nachricht vom Martyrium ihrer Söhne, ihrer Brüder erhalten". (Babylon, Juni 1982)

Saddam Hussein ließ zum Lobe des Märtyrers verkünden: „Der Märtyrer ist der großzügigste aller Menschen, denn er gibt sein Leben." (Spiegel, 12/1984)

Zorn und Verachtung treffen dagegen alle Iraker, die keinen Geschmack am Heldentod haben: „Eine Familie, die keine Kämpfer in ihren Reihen hat, ist zu verachten. Kein irakisches Mädchen sollte einen Mann heiraten, der kein Kämpfer ist." (Spiegel, Nr. 12/1984)

Im Umgang „mit materiellen Anreizen" vollzog sich im Laufe der 80er Jahre ein radikaler Wandel: Solange die Staatskasse dank des Petrodollarzustroms und der Unterstützungszahlungen der arabischen Verbündeten noch gefüllt waren, wurden „Märtyrerfamilien" für den Verlust eines Angehörigen großzügig entschädigt: mit Landzuweisungen, Mittelklasseautos, Luxusgütern.[9]

Aufgrund der fortschreitenden Ruinierung der Wirtschaft durch den Krieg werden der irakische Bevölkerung ständig finanzielle Opfer abverlangt. Gleichzeitig finden Kampagnen statt, deren Zielsetzung die Bekämpfung des „dekadenten Konsumsverhaltens" und des „individualistischen Egoismus" ist.[10]

Ein „Opferritual", das in diesem Zusammenhang zu größter Publizität entwickelt wurde, besteht in der feierlichen Übergabe des für Notzeiten aufgehäuften Schmucks durch Frauen an den Staat, damit dieser seine Kriegsanstrengungen fortsetzen kann.

Widerstand und ...

Im Widerstand engagieren sich hauptsächlich Kurdinnen, Kommunistinnen und die schiitischen Fundamentalistinnen. Ihre Arbeit in geheimen Organisationen richtet sich gegen die Unterdrückung und gegen die falsche Propaganda des Baath-Regimes und der Frauenförderation.
Bei den Aufständen im Frühjahr 1982 und 1984 im irakischen Kurdistan z.B., waren besonders viele Frauen und Mädchen beteiligt.
Die Frauen treffen sich auf den Friedhöfen beim Besuch der Gräber, wo sie sich organisieren, sie initieren Demonstrationen und seit 1981 ergreifen die Kurdinnen auch die Waffen.
Zusätzlich zu allen Mühen des Widerstands sind die Frauen sexistischen Angriffen der Männer aus eigenen Reihen ausgesetzt.
Die Fundamentalistinnen träumen von der Errichtung einer Islamischen Republik iranischen Musters auf irakischem Boden.
Ein Teil des weiblichen Widerstands befindet sich in Gefängnissen, ein Teil im Exil, wo sie Unterstützungsorganisationen bilden: die Union of Iraqi Women's League und die Legue of Muslim Women. Seit 1984 gibt es ein Internationales Komittee zur Unterstützung verhafteter und verschwundener Frauen im Irak.

„Frauen im Produktionsprozeß"



Repressionen

Auf ironische Weise wird häufig festgestellt, daß irakische Frauen nur in Bezug auf Haftstrafen und Folter gleichberechtigt sind. Tausende von Frauen und ihre Kinder sind unter dem Baath-Regime verhaftet, gefoltert und getötet worden. Eine der Tötungsmethoden ist die Gabe von Thallium, ein Rattengift, bekannt geworden als das irakische Gift. Verabreicht im Fruchtsaft oder im Joghurtdrink werden viele Opfer vergiftet, bevor sie aus der Haft entlassen werden; sie sterben einige Tage nach der Freilassung. Namentliche Beispiele von Frauen, die solchen Methoden zum Opfer fielen, sind z.B.: Dr. Salwa al-Bahrani — verhaftet, um ihren Sohn unter Druck zu setzen; Najia Hatim al-Rikabi, Mitglied der Kommunistischen Partei. Politisch unverdächtigte Frauen werden häufig in Haft genommen und der Folter ausgesetzt, um verdächtigte Familienangehörige zu erpressen. Die Folter wird vor Familienangehörigen ausgeübt, selbst vor Kindern. Kinder werden vor ihren Müttern gefoltert.
Aber natürlich ist physische und psychische Folter im Irak offiziell und per Grundgesetz verboten.
Im Süden von Amara, einer Stadt im Irak, gibt es ein spezielles Frauengefängnis mit über 200 Frauen und Kindern. Überfüllung, fehlende sanitäre Anlagen und schlechte medizinische Versorgung gehören mit zur Unterdrückung. Es gibt keine Anklagen gegen die Frauen, und so gibt es auch kein Recht auf eine legale Verteidigung.
die Irakische Frauenförderation unterstützt diese Politik des Baath-Regimes, u.a. indem sie eng mit dem Geheimdienst zusammenarbeitet.

Monika Schukar

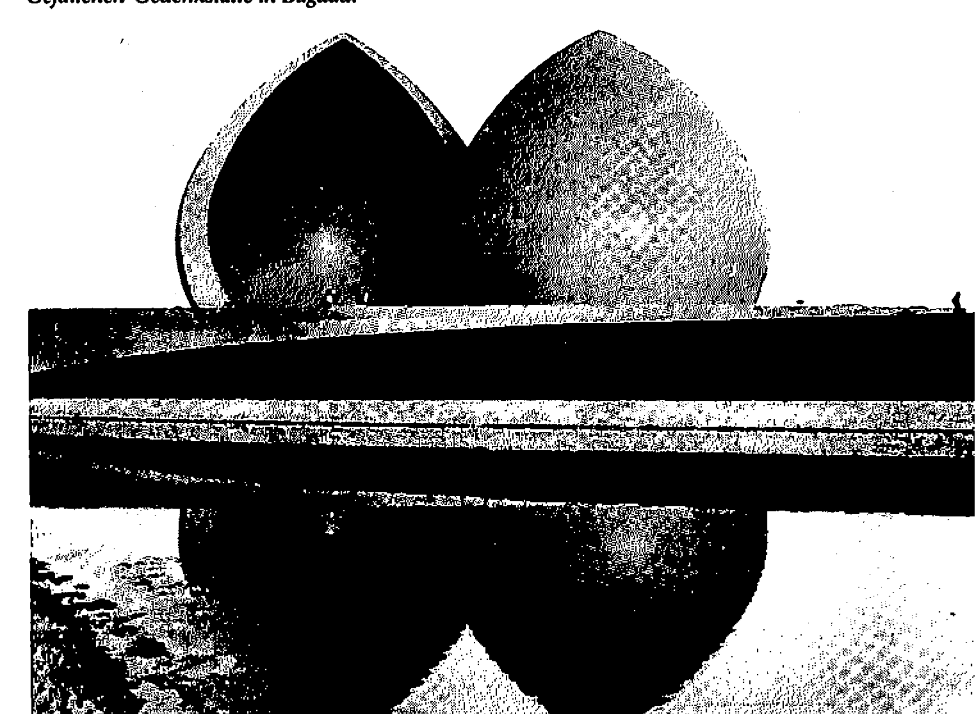


Anmerkungen

1. Deborah Cobbett: Women in Irag, in: CARDRI (Ed.): Saddam's Irag: Revolution or Reaction? London. 1986, S. 125 f
zur linken Frauenbewegung.
2. Suad Joseph: The Mobilization of Iraqi Women into the Wage Labour Force in: Women and Politics in Twentieth Century Africa and Asia, Williamsburgh 1981, S. 81
3. Alexander Niemetz: Der Sieg kennt keine Toten. Vom Leben mit dem Krieg im Irak, ZDF, Anfang April 1987
4. Joseph, a.a.O. S. 69
5. Joseph, a.a.O. S. 82, Cobbett, a.a.O. S. 134
6. Cobbett, a.a.O. S. 131; Irakische Frauenliga: Für ein sofortiges Ende des Irakisch-Iranischen Krieg! Unterstützt die irakischen Frauen im Kampf gegen Krieg und Terror, o.O., o.J., S. 9
7. Cobbett, a.a.O. S. 132
8. Zouhair Dhaouadi: Petrole, guerre et culture ...de/pour l'état irakien in: Peuples Méditerranéens, Nr. 40 — L'Irak, le pétrole et la guerre — S. 75 ff.
9. Jabr Muhsin; The Gulf War in: CARDRI a.a.O. S. 237
10. Dhaouadi, a.a.O. S. 81

„Der Märtyrer ist der großzügigste aller Menschen"

Gefallenen-Gedenkstätte in Bagdad:



Themenblock



Die Frau im Irak vom Osmanischen Reich bis zum Iranisch-Irakischen Krieg

Relativ bekannt ist die Geschichte der Unterdrückung irakischer Frauen unter islamischem Recht; weit weniger bekannt jedoch die Geschichte ihres Widerstandes dagegen.

Zu Zeiten des Osmanischen Reiches (1500—1918) wurden irakische Frauen dem islamischen Gesetz entsprechend nicht als vollständige menschliche Wesen betrachtet. Kleinere Reformen im Bildungsbereich, von denen allerdings nur ein sehr geringer Teil der Oberschichtfrauen profitieren konnte, wurden im Laufe des 19. Jhrd.'s eingeführt. Mit dem Beginn des Britischen Mandats im Jahre 1920 veränderte sich zunächst nur wenig für die Betroffenen. Eine Veränderung der sozialen Verhältnisse innerhalb des Landes, war genauso wenig im Interesse der Briten, wie eine Verbesserung des Status der Frauen. Das islamische Gesetz blieb also im wesentlichen in Kraft. Mit der aktiven Teilnahme irakischer Frauen am Widerstand gegen das britische Mandat und den von den Briten eingesetzten König Faisal I änderte sich jedoch die Situation entscheidend. Im Gefolge dieser Teilnahme kam es zu Gleichstellungsforderungen von Seiten der Frauen. Am Anfang standen dabei solche Punkte, wie gleiche Ausbildungsmöglichkeiten und die Abschaffung des Schleiers. Erste Erfolge konnten im Bildungsbereich verzeichnet werden: sämtliche Schulen wurden für Mädchen geöffnet. Von der Öffnung der Schulen in dieser Zeit profitierten jedoch in erster Linie Frauen der Ober- und Mittelschicht.

In den 20er Jahren erschienen die ersten von Irakerinnen herausgegebenen Frauenzeitungen. Die sehr weitgehenden emanzipatorischen Forderungen führten jedoch, wie im Fall von „Women's Rising", sehr schnell zu Gegenreaktionen der Regierung. Die Repressionen, denen die betroffenen Frauen ausgesetzt waren, führten in dem genannten Fall dazu, daß die Gruppe allmählich zu einer Art sozialem Treffpunkt für Oberschichtfrauen, ohne die früheren emanzipatorischen Ambitionen, degenerierte.

Der fortlaufende Kampf um die nationale Unabhängigkeit, die Entstehung von Parteien mit auch für die Frau progressiven Programmen (die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann war inzwischen als wichtiger Punkt mit aufgenommen worden) bildeten den Hintergrund eines weiter wachsenden politischen Bewußtseins irakischer Frauen in den 30er Jahren. Bis 1943 wurden allerdings im Irak — zu der Zeit zwar schon nominell selbständig, faktisch jedoch weiterhin von Großbritannien abhängig — keine Genehmigungen für die Gründung von Frauengruppen und -verbänden erteilt. Erst das Erstarken faschistischer Tendenzen, geprägt durch ultra-nationalistische und antibritische Einstellungen, führte zu einer von den Briten tolerierten Gründung: die „Women's League against Fascism" konnte sich organisieren.

Die erste Zeit nach dem 2. Weltkrieg zeichnete sich durch ein relativ freies politisches Klima aus. Neben den offen geführten Diskussionen zum Sozialismus standen Frauenfragen im Mittelpunkt damaliger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die immer noch existierende „Women's League against Fascism" richtete ihre Energie jetzt auf die Organisation von Alphabetisierungskampagnen und Bildungstreffen für Frauen.

1947 endete diese Phase relativer politischer Meinungsfreiheit. Die Aktivistinnen wurden gefangengenommen, die Treffen verboten, die Alphabetisierungsstätten geschlossen. Ein Jahr danach kam es zu dem als „al-Wathba" bekannten Volksaufstand, an dem die Beteiligung irakischer Frauen größer war als jemals zuvor. Die massive Beteiligung kann u.a. auf das wachsende Bewußtsein der Betroffenen und auf Organisationserfahrungen, die in den politischen Parteien gemacht werden konnten, zurückgeführt werden. Als Antwort auf den Aufstand verhängte die Regierung den Ausnahmezustand. Es gelang ihr hunderte von Aktivistinnen zu verhaften. Frauenorganisationen wurden wiedereinmal verboten und ein paar Jahre darauf noch verfolgt. Allerdings war es einigen Frauen möglich, in den noch existierenden Parteien weiterzuarbeiten. 4 Jahre danach, 1952, konnte die „League for the Defence of Women's Rights" gegründet werden. Inhalt der Forderungen waren u.a.: (immer noch) die nationale Souveränität, Demokratie und Frauenrechte. Die „League" war die einzige zu der Zeit bestehende Frauenorganisation, die sich offen gegen die Monarchie stellte.

Die Etablierung der irakischen Republik im Rahmen der nationalen Revolution 1958 wurde dementsprechend von ihr begrüßt. Der erste offizielle Kongreß der „League" konnte am 8. März 1959, am Internationalen Frauentag, durchgeführt werden. Im gleichen Jahr wurde auch zum erstenmal in der arabischen Welt eine Frau zum Kabinettminister ernannt. Die Anzahl der „League"-Mitgliederinnen stieg in der Folge auf über 42.000 an. Organisiert waren in ihr Arbeiterinnen und Bäuerinnen genauso wie Hausfrauen und Intellektuelle von unterschiedlicher sozialer Herkunft. Aber auch diese Organisation konnte wieder nur für ein paar Jahre an ihren Zielen arbeiten. Immerhin gelang es ihr in der Zeit einige frauenfreundliche Verbesserungen des Familienrechts anzuregen. Nachdem 1968 die Baath-Partei die Macht ergriff wurden die Büros der „League" geschlossen und die in ihr organisierten Frauen verfolgt. Das Baath-Regime gründete seine eigene Frauenorganisation: die „General Federation of Iraqui Women", die sich zwar ursprünglich ebenfalls die Emanzipation der Irakerin zum Ziel gesetzt hatte, allerdings unter Berücksichtigung des gesamtrevolutionären Prozesses und im Rahmen der Partei.

Die offiziellen irakischen Statistiken[1], die sich leider nur auf die Zeit bis zum Ausbruch des Iranisch-Irakischen Krieg beziehen, weisen zunächst einmal eine deutliche prozentuale Zunahme von Mädchen und Frauen aller Schichten, im Schul- und Berufsleben auf. Der Gesamteindruck, der jedoch entsteht, wenn man/frau sich mit weiterer zugänglicher Literatur zum Thema beschäftigt, ist weit weniger positiv. Da Feldforschungen zur Situation irakischer Frauen bisher vom irakischen Geheimdienst beschattet bzw. behindert wurden[2], kann jedoch nur auf die spärlichen Berichte Oppositioneller zurückgegriffen werden. Diese lassen allerdings massive und brutale Repressionen gegenüber RegimegegnerInnen erkennen. Die Situation hat sich im Lauf des Krieges noch zugespitzt.

cho

Deutsch-Iranische Wirtschaftsbeziehungen

— Der Fall Buschir

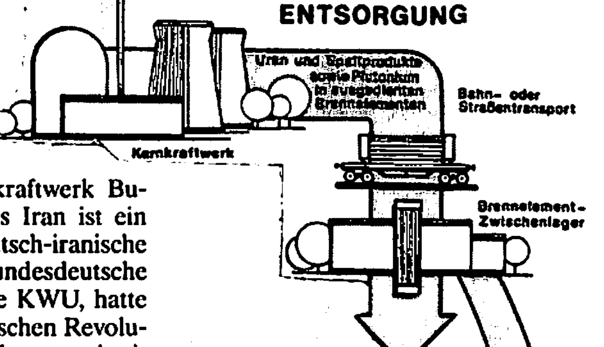
Die Baustelle des geplanten Atomkraftwerks in Buschir war zwischen März 1984 und Juli 1986 bereits viermal bombardiert worden. Anschließend hatte der Irak der Internationalen Atombehörde (IAEO) die Zusicherung gegeben, Buschir nicht erneut anzugreifen.
Am 17. November 1987 bombardierte die irakische Luftwaffe das Kraftwerk dennoch, zerstörte das Kontrollgebäude und tötete nach iranischen Angaben 10 Menschen.
Hat der Irak die Möglichkeit einer radioaktiven Katastrophe bewußt einkalkuliert?
Offenbar lagerten bereits Brennstäbe auf der Baustelle. War der Irak über den tatsächlichen Stand der Bauarbeiten überhaupt informiert?

Das geplante Atomkraftwerk Buschir im Süden des Iran ist ein Symbol für die deutsch-iranische Zusammenarbeit. Eine bundesdeutsche Firmengruppe, darunter die KWU, hatte bis zum Ausbruch der iranischen Revolution 1979 an den zwei Reaktoren mit einer Leistung von je 1325 MW gebaut, danach die Bauarbeiten „vorläufig" eingestellt. Ein Reaktor war zu dieser Zeit etwa zu 80 % fertiggestellt, der andere zu 60 %. Mit dem Baustopp wollte sich aber keine der beteiligten Parteien abfinden. Zuviel war schon investiert worden, um das Kraftwerk verrosten zu lassen.

Während bundesdeutsche Baufirmen durch die Stornierung ihrer Aufträge nach der Revolution in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren oder gar Pleite gingen wie z.B. Beton & Monier, haben sie sich inzwischen längst wieder auf dem iranischen Markt etabliert. 1986 erhielt KWU z.B. einen Auftrag zur Lieferung von zwei Gasturbinengeneratoren für das Kraftwerk Rey im Wert von 85 Mio. DM.[1] Die Fertigstellung der Reaktoren in Buschir wäre für die KWU und seine Partner nicht nur aus finanziellen Aspekten interessant, sondern würde auch die weltweite Marktposition stärken.

Im Iran hatten sich in letzter Zeit die Anzeichen dafür verstärkt, daß dem Atomprogramm — trotz des Krieges oder gerade wegen des Krieges — allererste Priorität eingeräumt wird:

1. Im Dezember 1986 schloß die iranische Atomenergie-Organisation mit sechs Firmen ein „Memorandum of Understandig" ab. Mit dabei: die bundesdeutsche Kraftwerkunion, die Firma Empresarios Agrupados, die mit der KWU in Spanien zusammenarbeitet und die vier argentinischen Firmen Enace, Argatom, Nuclear und Techint. An Enace hält KWU einen Anteil von 25 %, die restlichen 74 % hält die argentinische Nationale Atomenergiebehörde.[2] Diese sechs Firmen sollten ein Angebot zur Fertigstellung des Reaktors Buschir I unterbreiten. KWU hatte bereits 1984 eine Bestandsaufnahme der Anlage vorgenommen, die ergeben hatte, daß der Weiterbau des AKW aus technischer Sicht möglich ist. „Bei den jetzt wiederaufgenommenen Planungsarbeiten soll auch zwischenzeitlich eingetretener technischer Fortschritt Berücksichtigung finden: Der ursprünglich geplante Druckwasserreaktor entsprach dem Stand der Technologie Mitte der 70er Jahre, die jetzt geplanten Änderungen sollen die Zuverlässigkeit erhöhen."[3]



2. Iran und Argentinien unterzeichneten 1987 einen Vertrag zur Zusammenarbeit auf dem Sektor Atomenergie. Der Vertrag sieht die Lieferung von Brennstäben nach Iran vor. Außerdem wird ein Reaktor von Buschir mit einem neuen Kerngehäuse ausgerüstet. Der in Teheran in Betrieb befindliche Forschungsreaktor soll modifiziert werden. Wert des Auftrages: 5,5 Mio. US-Dollar.[4]

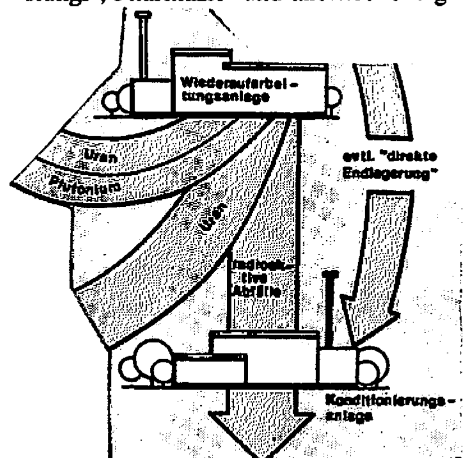
3. Die Iranische Atomenergie-Organisation gab bekannt, daß die La'aran Fabrik in Garmsar (Prov. Semnan) unter Anwendung fortgeschrittener Technologien Elemente für Kernkraftwerke herstellt, die bisher importierte deutsche Produkte ersetzen und dem Land 5 Mio. US-Dollar Devisen jährlich einsparen.[5]
Es sind also offenbar regelmäßig Elemente für Kernkraftwerke in den Iran geliefert worden.

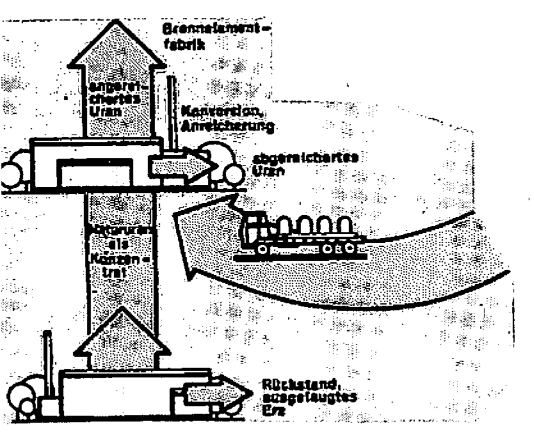
4. Im Iran sind im Rahmen der Aufbauplanung 1986 für den Umkreis des AKW Buschir (500.000 Einwohner) für infrastrukturelle Arbeiten und Elektrifizierung 240 Mio. US$ zur Verfügung gestellt worden.[6] Diese Investitionen ergeben aber nur dann einen Sinn, wenn die Fertigstellung des Reaktors forciert wird.

5. Die geplante Lieferung von Dampfgeneratoren aus Italien für Buschir im Oktober 1987. Die acht Dampfgeneratoren waren bereits vor sechs Jahren von der italienischen Firma Ansaldo im Auftrag der KWU produziert worden und lagen seitdem auf Lager. Von Venedig aus sollten sie jetzt mit dem deutschen Handelsschiff „Projekt Europa" nach Iran verschifft werden.[7] Dem Widerstand von Arbeitern der Firma, die vor den Werkstoren eine Mauer errichteten, und den Transport an die Öffentlichkeit brachten, ist es zu verdanken, daß der Transport zumindest vorläufig gestoppt wurde.

Alle diese Vorgänge, isoliert kaum eine Pressemeldung wert, ergeben zusammengesehen erstens die ganz klare Annahme, daß das AKW um jeden Preis fertiggestellt werden sollte, und zwar mit Hilfe von KWU international, nachdem die bundesdeutsche KWU mehrfach versichert hat, das AKW während des Krieges nicht weiterbauen zu wollen. Zweitens die Vermutung, daß Irak über die Baufortschritte unterrichtet war und deshalb trotz seines Nichtangriffsversprechens Buschir zerstören wollte, ehe der Reaktor I mit Brennstäben geladen war.

Der Iran scheint das Atomkraftwerk und die atomare Technologie für den Krieg zu benötigen. Wie ist sonst rational zu erklären, daß das Land mit seinen riesigen Erdölreserven zur Stromerzeugung Atomkraft einsetzen will, dazu in einer wirtschaftlichen Situation, in der die Importe wegen Devisenmangel auf Rüstungs-, Pharmazie- und allernotwendigs-





te Nahrungsmittelimporte beschränkt werden müssen, der Bau von Reaktoren aber zu den größten Investitionsobjekten überhaupt gehören?

„Irans Liefervertrag mit Argentinien über eine unbestimmte Menge angereicherten Urans deutet stark darauf hin, daß Iran versucht, die Atombombe zu bauen," meint auch Jane's Defence Weekly-Magazine.[8] Ein weiterer Anhaltspunkt für die atomaren Pläne ist die mit Argentinien vereinbarte „Modifizierung" des in Betrieb befindlichen amerikanischen Forschungsreaktors in Teheran mit 5 MW Leistung. In der Eigenproduktion von Waffen hat Iran bereits große Fortschritte gemacht. Nach Jane's Defence Weekly produziert Iran inzwischen eine Kopie der amerikanischen Tow-Panzerabwehrwaffe, ein Infanteriegewehr auf der Basis des G-3, eine Maschinenpistole nach dem Israelischen Uzi im eigenen Land, außerdem Oghab-Boden-Raketen sowie bestimmte Teile für US-Hubschrauber, Panzer, Flak- und Artilleriegeschütze.[9] Daß der Iran den Krieg konventionell trotzdem kaum gewinnen kann und die schlechte ökonomische Lage, die sinkenden Devisenreserven und wachsender Widerstand in der Bevölkerung gegen den Krieg eine Beendigung in absehbarer Zeit erzwingen werden, muß den Ajatollahs klar sein. Deshalb wären Versuche, den Krieg durch den Bau atomarer Sprengsätze zu entscheiden, durchaus denkbar.

Grabenbagger gegen Pistazien — Iran als Handelspartner der BRD

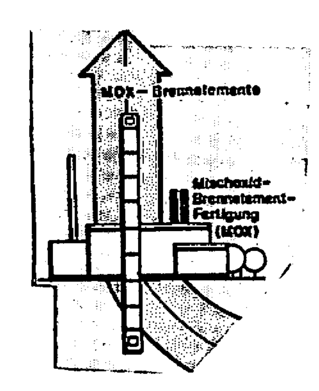
Der Iran erzielt nach wie vor ca. 90% seiner Devisenerlöse aus dem **Ölexport.** Der Anteil der Öleinnahmen am gesamten Haushaltseinkommen ging jedoch in den letzten 10 Jahren von 78% auf 21% zurück. Die gesamten Exporterlöse aus dem Ölgeschäft dürften 1986 bei ca. 9 Mrd. US$ liegen. In die BRD exportierte Iran 1986 Öl für ca. 507 Mio. DM.

Bei den **Nichtölexporten** des Iran liegt die BRD mit 170 Mio. US$ auf Rang eins. Iran exportierte 1365 (3/86-3/87) für 900 Mio. US$ Nichtölprodukte, davon: Landwirtschaftliche Produkte 42% (Gemüse, Pistazien, Kaviar etc.), Teppiche 41%, Industrielle Waren 2%, Mineralien 3%, andere Waren 10%.

Bei den **Importen** Irans liegt die BRD mit 21,5% aller Lieferungen ebenfalls an erster Stelle. Die BRD lieferte im Jahr 1365 für über 1 Mrd. US$ Waren nach Iran. Da Iran kriegsbedingt einen rigorosen Sparkurs eingeschlagen hat, werden nur noch bestimmte Waren importiert. Das sind in erster Linie Rüstungsmaterialien. Völlig offen werden Importgesuche in bundesdeutschen Wirtschaftsinformationsblättern ausgeschrieben, z.B. nach Uniformen (Lieferung zweiteiliger Tarnanzüge), Stahldraht, Uniformstoff für Felduniformen, Siliziumstahl, Grabenbagger, LKW-Ersatzteile etc. Diese Waren sind nicht genehmigungsbedürftig, sie machen den Krieg aber gerade möglich.
Die **Devisenreserven** des Iran schmelzen zusammen und werden Ende des Jahres kaum 2 Mrd. US$ Grundnahrungsmittel importieren.
Die **Inflation** im Land wird für 1986 auf 55-60% geschätzt. Der Mindestlohn wurde aber nur von 720 auf 760 Rial/Tag angehoben (1 US$ = ca. 70 IRI). Die BRD drängt auf Steigerung der iranischen Exporte, insbesondere im Nichtölbereich (z.B. Gemüse, Frischobst, Teppiche), um Kompensationsgeschäfte zu erleichtern. Im Bericht der Deutsch-Iranischen Handelskammer hört sich das so an: „Unter dem Eindruck der Ölpreiskrise 1986 wurden vermehrt wesentliche Erleichterungen für staatliche und private Exporteure geschaffen. Diese reichen von der Reduzierung von Devisenrückführungsverpflichtungen für bestimmte Produkte, Rabatten bei Frachtkosten und Vereinfachungen des Export-Procederes bis hin zur beschleunigten Abfertigung durch die Zollämter. So haben sich die Ausfuhren von Non-Oil-Products mit einem Wert von 860 Mio. US$ 1986/87 mehr als verdoppelt."
Für die Bevölkerung Irans heißt das zusätzliche Einschränkung, z.B. bei Gemüse. dafür wird auf Lebensmittelkarten Mais aus Zimbabwe verteilt, den Iran gegen Lieferung von Öl importiert. Von den Kürzungen sind die importabhängigen Produktionszweige besonders betroffen. Zahlreiche Fabriken sind von Stillegungen bedroht, da ihnen die Rohstoffe und Vorprodukte fehlen. Indem man immer mehr Betriebe mit Produktion und Wartung kriegsrelevanter Erzeugnisse beauftragt, wird versucht, diesen Engpaß zu umgehen. Irans Wirtschaft wird vollständig für den Krieg umfunktioniert.
Quelle: versch. Veröffentlichungen der Deutsch-Iranischen Handelskammer 1987

Bleibt die Frage, ob dem Irak bekannt war, daß während des Angriffs der TÜV Essen angeblich im Auftrag der iranischen Atom-Organisation damit beschäftigt war, festzustellen, welche Teile des Reaktors erneuert werden mußten und welche zur Fertigstellung noch fehlten. Seltsamerweise hat der Tod des TÜV-Beamten, so tragisch er ist, nicht zu weitreichender diplomatischer Entrüstung geführt, wie zu ähnlichen Anlässen üblich. Wohl, weil der Tod dieses Beamten zu deutlich zeigt, daß die BRD-Firmen, allen voran KWU, bis zum Hals im Atomgeschäft des Iran engagiert sind.

Harry Hurtig



VERSORGUNG

Uran in Form von Brennelementen

Uranerz-Aufbereitung

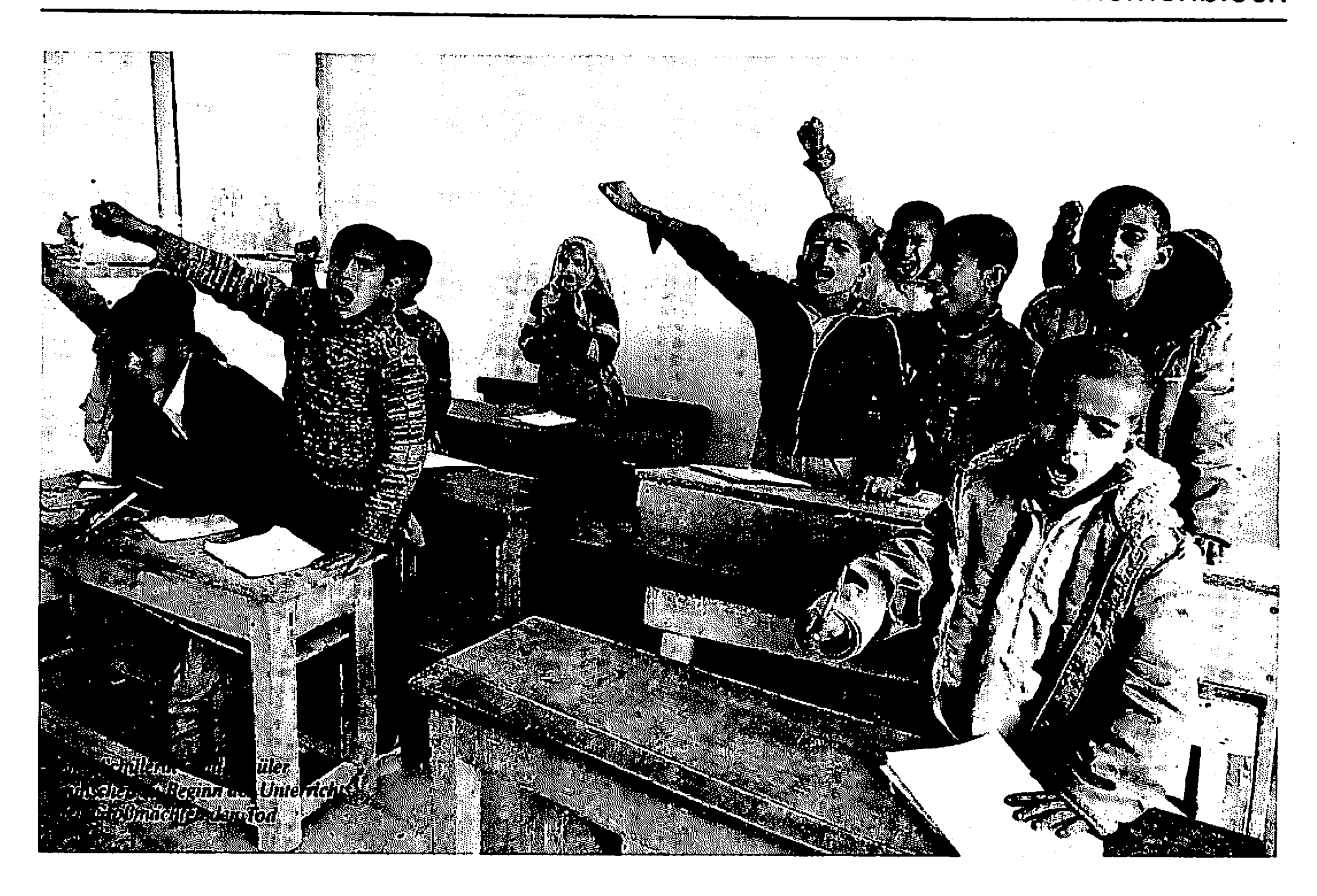
URANERZ-LAGERSTÄTTE

SALZSTOCK

Endlagerung der radioaktiven Abfälle in konditionierter Form

Anmerkungen:

Deutsch-Iranische Handelskammer, Rundschreiben 3/86
2. El Periodista de Buenos Aires, No. 153, 14.8.87
3. Deutsch-Iranische Handelskammer 1987
4. Deutsch-Iranische Handelskammer, Rundschreiben 3/87
5. ebd.
6. Deutsch-Iranische Handelskammer, Rundschreiben 3/86
7. taz-Meldung v. 24.10.87 und 17.10.87
8. Arab-News v. 18.6.87
9. Jane's Defence Weekly, 17.6.87



Lernen für den Krieg

Marjan Aftechar hat im Süden, im Armenviertel von Teheran als Lehrerin gearbeitet. Die Redaktion fragte sie, was schulische Erziehung heute im Iran bedeutet, welche Aufgaben Lehrer und Lehrerinnen zu erfüllen haben und warum sie geflüchtet ist.

Du hast im Süden von Teheran gearbeitet. Unterscheiden sich die Schulen im Süden von denen im Norden?

Die Propaganda, die von der Regierung ausgeht, ist überall gleich, aber die Schulbedingungen sind sehr verschieden. Das Leben im Norden von Teheran ist allgemein besser als im Süden. Wenn Kinder z.B. von der Schule nach Hause gehen, dann gehen die Kinder im Norden von Teheran mit der Mutter im Park spazieren, und die Kinder im Süden gehen mit dem Vater arbeiten. Die Kinder im Norden können bereits Lesen und Schreiben, wenn sie eingeschult werden. Und während der Ausbildung können die Eltern ihren Kindern helfen oder sie bezahlen ihnen Privatunterricht. Aber im Süden von Teheran muß die Lehrerin mehrere Rollen übernehmen: sie ist Mutter, Schwester — wenn jemand krank ist, muß sie die Schülerin pflegen — und auch als Sozialarbeiterin muß sie sich oft engagieren. Im Süden kommt es oft vor, daß Eltern ihre Kinder nicht in die Schule lassen, weil sie ihnen keine Bleistifte kaufen können. Das Regime kennt die schlechte finanzielle Lage der Armen. Trotzdem läßt es zu, daß z.B. ein Bazari Bleistifte verschenkt. Dadurch werden die Menschen in ihrer schlechten Lage gehalten und die Wohltätigkeit der Bazaris wird gehuldigt. Einen Tag später geht der Bazari mit dem Preis seiner Waren hoch, dann ist wieder alles ausgeglichen. Die Bazaris verschenken auch ab und zu Stiefel oder andere Kleidungsstücke. Das lassen sie sich dann von den Leuten bestätigen. Mit diesem Papier können sie sich dann bei einer Behörde Vorteile verschaffen.

Wie verläuft im Süden von Teheran ein ganz normaler Unterrichtstag?

Die Schüler brauchen eine Stunde Fußweg, bis sie die Schule erreichen. Sie müssen durch das Land, vorbei an freilaufenden Hunden. Die Hunde haben keine Besitzer, sie laufen frei herum und greifen jeden an. Vor 8 Uhr müssen die Kinder in der Schule sein. Um 8 Uhr werden sie dann in eine Reihe gestellt; ein Ordner beaufsichtigt dies. Wenn es einen Sportlehrer an der Schule gibt, wird fünf Minuten Gymnastik bemacht. Danach kommt der Regierungsbeauftragte, der die Tagesparole ausgibt. Alle Schüler und Lehrer rufen dann diese aktuelle Parole. Anschließend wird der Koran gelesen und für die Gesundheit des Imam gebeten; das geht bis 8.20 Uhr. Es folgt dann eine Stunde Unterricht mit anschließender Pause. Diese Pause dauert 15 Minuten. Wenn sich die Schüler ein Brot mitgebracht haben, dürfen sie es jetzt essen. In manchen Schulen gibt es auch Brot und Käse zu kaufen. Die Zeit ist so kurz, daß die Kinder in der Pause nicht zum Spielen kommen. Die hygienischen Einrichtungen sind sehr begrenzt. Wenn die Schüler auf die Toilette gehen, müssen sie in einer Reihe stehen, dann

Themenblock

reicht es manchmal nicht einmal für das mitgebrachte Essen. Nach der Pause stellen sich die Kinder wieder in eine Reihe, und wenn es irgendeinen Anlaß gibt z.B. der Jahrestag, hält der Regierungsbeauftragte eine Rede, die etwa 20 Minuten dauert.

Welche Aufgabe hat dieser Regierungsbeauftragte?

Er hat eine Untersuchungsaufgabe im Dienste der Regierung. Der Regierungsbeauftragte bekommt sein Gehalt nicht vom Kultusministerium, sondern von der Masul omur Tarbiati-Stelle, das ist die Einrichtung für das Erziehungswesen. In allen Schulen — fast ohne Ausnahme — gibt es solche Leute. Sie spielen eine sehr „empfindliche" Rolle: Sie sollen Nachrichten ausspionieren und genau berichten, was Lehrer und Schüler untereinander reden. Wenn sie sich staatsfeindlich verhalten, wird es weitergeleitet.

Wissen alle Schüler und Lehrer, wer diese Person ist?

Das ist ganz offiziell, sie wissen alle, wer der Regierungsbeauftragte ist. Er fordert die Schüler auch auf, Sachen zu spenden, z.B. Geld oder Essen.

Also Spenden für den Krieg?

Täglich und in allen Schulen — ohne Ausnahme — wird für den Krieg propagiert und zum Spenden aufgerufen.

Horchen die Regierungsbeauftragten auch Schüler aus, um Informationen über ihre Eltern zu bekommen?

Das gibt es; Schüler werden z.B. gefragt, welche Bücher der Bruder am liebsten liest, welche Kleidung die Mutter anzieht, wenn sie sonntags das Haus verläßt. Oder sie bringen eine Flasche Wodka mit in die Schule und fragen die Schüler, ob sie wissen, was das für eine Flasche ist. Oder sie werden gefragt, ob sie ein Videogerät oder Waffen zuhause haben. Es gab viele Fälle, wo Schüler ihre Eltern verraten haben.



Jahrestag der „Islamischen Republik"

Kommt es vor, daß Schüler diese Situation ausnutzen und ihre Eltern damit erpressen?

Es passiert sicherlich, daß Schüler ihre Eltern erpressen. Sie können dann an die Front. Denn, wenn sie an die Front gehen und später eine Prüfung nachholen müssen, dann werden sie die Prüfung bestehen. Schüler, die an der Front waren, werden während der Ausbildung und im Berufsleben bevorzugt.

Falls sie überhaupt wiederkommen. Wie alt sind die Schüler, die an die Front kommen?

13 bis 14 Jahre; wie die Regierung selber in einer Zeitung berichtet, sind etwa 120.000 Schüler und Lehrer an die Front geschickt worden. 44 Erziehungskomplexe wurden an der Front und 115 Komplexe hinter der Front eingerichtet, damit Schüler dort in die Schule gehen können. 28 Erziehungskomplexe arbeiten davon durchgehend, Tag und Nacht, d.h. die Schüler müssen am Tage in die Schule und in der Nacht an die Front gehen.

Werden die Lehrer gezwungen, die Schüler psychisch auf den Krieg vorzubereiten?

Das stimmt, die Lehrer werden dazu gezwungen. Der Regierungsbeauftragte geht z.B. in die 1. Klasse — die Kinder sind 7 Jahre alt — und beobachtet den Unterricht; er befiehlt der Lehrerin, den Unterricht so zu gestalten, daß im Endeffekt die Kinder für die Front, für den Krieg und gegen Amerika vorbereitet werden. Das geschieht im normalen Unterricht, z.B. durch ein Diktat.

Was passiert, wenn sich eine Lehrerin oder ein Lehrer nicht daran hält?

Dann muß sie oder er auf alles verzichten; das ist dann das Ende, sie werden verhaftet. Bis vor zwei oder drei Jahren hieß es

noch, die Lehrer müssen für die Regierung oder neutral sein, aber seit dem heißt es, die Lehrer müssen für die Regierung sein. Es gibt keine neutralen Lehrer.

Was machen die Schüler nach der Schule?

In meiner Schule endete der Unterricht um 12 Uhr. Da die Regierung kein Geld hat, weil sie in den Krieg investiert, geht ein Teil der Schüler am Vormittag in die Schule und um 12.15 Uhr kommt dann eine andere Gruppe für den Nachmittagsunterricht. Die Schüler bekommen Hausaufgaben, aber bei den meisten ist es so, daß die Mädchen ihrer Mutter helfen müssen und die Jungen dem Vater. Oder sie arbeiten in den Backsteinfabriken. Die Aufgaben müssen trotzdem gemacht werden. Das gilt für Südteheran, in Nordteheran gibt es Freizeitmöglichkeiten.

Gibt es an iranischen Schulen einen ähnlichen Fächerkanon wie in der BRD?

Ja, es gibt Mathematik, Persisch, Geographie, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Sport, Religion und Koran. Zwei Stunden in der Woche wird Sport unterrichtet, fällt der Unterricht aus, dann übernimmt der Regierungsbeauftragte diese Stunde.

Welche Fächer unterrichtet der Regierungsbeauftragte?

Er unterrichtet die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, also Gemeinschaftskunde, Geschichte und Religion.

Wieviel Stunden sind für Religion vorgesehen?

Von den 28 Stunden in der Woche sind 5 Stunden für Religion und Koran lesen vorgesehen.

Du bist Schulleiterin gewesen. Wie ist es möglich, daß Du als junge Frau diese Position einnehmen konntest?

Der Weg von zuhause bis in die Schule ist ziemlich weit, auch für Lehrer. In Südteheran gibt es normalerweise keine Lehrer, weil dort keine Akademiker wohnen. Ich bin bis zur Schule immer zwei Stunden unterwegs gewesen. Die älteren Lehrerinnen suchen einen Grund, um eine Stelle in Südteheran ablehnen zu können. Dann werden sie im Norden von Teheran oder in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt. Oft reicht auch schon ein Attest über eine Krankheit, die den langen Weg zur Schule nicht zuläßt. Deshalb gibt es für junge Lehrerinnen die Möglichkeit, im Süden auch als Schulleiterin eingesetzt zu werden. Mich hat damals ein Lehrer empfohlen, der mich als fortschrittliche Schulleiterin unterbringen wollte. Dieser Lehrer ist entlarvt und festgenommen worden. Mädchen und Jungen werden getrennt unterrichtet, deshalb muß es auch Lehrerinnen geben. Kein Mann darf in der Mädchenschule unterrichten, nicht einmal die 1. Klasse; also, ein 7-jähriges Mädchen darf nicht von einem Mann unterrichtet werden.

Mit welchen Problemen muß sich eine Lehrerin im Süden von Teheran auseinandersetzen?

In Südteheran werden die Lehrer viel stärker kontrolliert.

Heißt das, daß die Regierung im Süden oppositionelle Kräfte heranwachsen sieht?

In Südteheran spüren die Lehrer hautnah die Armut. Wenn sie sehen, daß Eltern wegen ihrer Armut 12-jährige Jungen an die Front schicken, dann werden diese Lehrer viel aktiver. Sie engagieren sich politisch, und deshalb ist die Kontrolle stärker.

Wie beurteilst Du die kulturelle Revolution?

Am Anfang der Revolution hat Khomeini die Universitäten zwei Jahre lang geschlossen. Dann hat er die Uni gesäubert, d.h. er hat die fortschrittliche Linke hinausgeschmissen und seine eigenen Leute eingesetzt. Dadurch sollte die fortschrittliche Kultur vernichtet werden. Wenn man die Vorgehensweise von Khomeini untersucht und sich fragt, wer davon profitiert, dann stellt man fest, daß dies zu Gunsten der Imperialisten geschehen ist. Die Unterdrückung der iranischen Kultur und die gesamte Kriegsmaschinerie dient den Industrieländern. Dadurch wird die iranische Eigenständigkeit vernichtet.

Hängt Deine Flucht mit der Situation an Deiner Schule zusammen?

Ich habe Briefe und Anweisungen vom Kultusministerium bekommen, darin stand, daß bestimmte Lehrer an der Schule Linke seien und ich solle als Schulleiterin diese Personen überwachen. Daraufhin habe ich den Lehrern klar gemacht, daß sie aufpassen sollten. Ich habe die Anweisungen von dem Regierungsbeauftragten nicht erfüllt, dadurch kam ich auf die sogenannte schwarze Liste und deshalb bin ich geflüchtet.

Das Gespräch führte die Redaktion.



Themenblock

Islam und Nationalismus — Vereinbarkeit oder Antagonismus?

Der Golfkrieg ist — so die These von K. Ekbal — zu einem nicht unerheblichen Teil ein ideologischer Konflikt: In ihm prallen die Ideen des Panislam und die Herstellung der einen arabischen Nation (Panarabismus), wie sie von der irakischen Baath-Partei vertreten wird, aufeinander. Während allerdings das irakische Baath-Regime aus Rücksichtnahme auf die gläubigen Moslems im eigenen Land es sich nicht leisten kann, den Krieg offen als einen für den Sieg der arabischen (Gesamt)Nation zu deklarieren, hat das iranische Mullahregime den Kampf gegen die „Gottlosen" in Bagdad und damit für den Islam für alle sichtbar auf seine Fahnen geschrieben.
Wem die These vom Golfkrieg als einem primär ideologischen Krieg zu verwegen erscheint, der sei auf einen längeren Aufsatz des Autors in der „Peripherie" von 1985 (Nr. 18/19) verwiesen, wo er sie ausführlich begründet. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich auf einen Aspekt dieser Thematik: Unter welchen historischen Voraussetzungen, so eine Leitfrage, gehen Nationalismus (in weiter gefaßten, nicht lediglich baathischen Sinne) und Panislamismus gemeinsame Wege und wann beginnen sie — wie derzeit im Golfkrieg — einander zu bekämpfen?

red.

Der Nationalismus als bestimmende politische und ideologische Kraft im Nahen und Mittleren Osten ist eine Erscheinung neueren Datums. Streng genommen läßt sich erst in der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges von einer eigenständigen Entwicklung des nationalen Gedankens sprechen. Das Fehlen einer spezifischen Ideologie des arabischen, persischen oder türkischen Nationalismus bestimmte auch die frühe Phase seiner Entstehungsgeschichte während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aber auch in der Zeit nationaler Staatsgründungen nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches fand der Nationalismus nur begrenzt Verbreitung und beschränkte sich größtenteils auf das städtische Bürgertum.

Vor allem für die bäuerlichen und nomadischen Bevölkerungsteile bedeutete Nationalmus nur wenig. Selbst von der städtischen Intelligenz und den europäisch ausgebildeten mittleren Offiziersrängen wurde er nur zögernd aufgenommen. Die osmanische Herrschaft empfanden nur wenige als „Tyrannei", der man sich unter allen Umständen zu entledigen hatte. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts stellte das Osmanische Reich nur einen lockeren Zusammenschluß verschiedener Provinzen dar, verwaltet von Statthaltern des Sultans, die nicht einmal notwendigerweise Türken sein mußten. Araber, Kurden, Albanier oder Kreter konnten ungeachtet ihrer Herkunft solche Führungspositionen innehaben. Das Millet-System — die Organisationsstruktur des Osmanischen Reiches, wonach die Bevölkerung nach der Zugehörigkeit zur jeweiligen Glaubensgemeinschaft (Millet) organisiert und einen halbautonomen Status unter den eigenen Patriarchen und Religionsführern genoß — bedingte auch die Loyalitätsverhältnisse. Die Zugehörigkeit zu einer Reiligions- bzw. Konfessionsgemeinschaft blieb über Jahrhunderte hinweg der entscheidende bewußtseinsstiftende Faktor. Das Loyalitätsverhältnis bezog sich vornehmlich auf die eigene Glaubensgemeinschaft. Die Zugehörigkeit zu einer Volks- bzw. Sprachgemeinschaft war von untergeordneter Bedeutung und historisch betrachtet lange irrelevant.

Die Idee der panislamischen Einheit

Der Gedanke, daß beispielsweise die Araber eine politische Einheit darstellten und den vorislamischen „Polytheisten" der arabischen Halbinsel geschichtlich und kulturell verbunden waren, wie z.B. der aus Aleppo stammende Edmond Rabbath 1937 schrieb (1), war fremd, unüblich und ungewohnt. Weitaus vertrauter und von sehr viel größerer Ausstrahlung war dagegen der Gedanke der islamischen Einheit - des Panislam - der sich etwa zeitgleich entwickelte.

Beide Ideologien haben eine gemeinsame Ursache: Krise und Zerfallsprozeß des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert und die daraus hervorgegangene intellektuelle Krise des Islams gemeinhin. Hiervon ebenfalls betroffen war Persien, sowie eine Reihe anderer Gebiete prädominant islamischen Charakters wie Südasien und Nordafrika. Ausgelöst durch das politische, wirtschaftliche und militärische Vordringen der europäischen Mächte wurde der Islam gleichzeitig mit dem ideologischen Angriff des Westens konfrontiert. Die westlichen Bestrebungen, den Islam als brutal, rückständig und Hauptgrund für den zivilisatorischen Stillstand hinzustellen, um den eigenen kolonialen Vorgriff ideologisch zu untermauern, trugen als Reaktion darauf zu einer verstärkten Rückbesinnung auf die traditionellen Werte und historischen Errungenschaften des Islams bei. Die Idee der panislamischen Einheit, wie sie vor allem von Djamal al-Din al-Afghani (1839—1897) und dessen Schüler Muhammad Abduh (1849—1905) entwikkelt wurde, war denkbar einfach. Der Islam wurde als das stärkste Bindeglied zur Herstellung einer politischen Einheit im Abwehrkampf gegen das Vordringen des Kolonialismus propagiert. Der Islam in seiner modernen, panislamischen Form war damit nicht mehr Lebenszweck, sondern bloßes Mittel zum Zweck. Er wurde dadurch



Straßenszene in der „heiligen Stadt" Ghom im Iran

zum politschen Instrumentarium, mit dem die Abwehr der kolonialen Expansion bewerkstelligt werden sollte und, in einem kulturgeschichlichen Sinne interpretiert, auf ein System ethischer und sozialer Normen zur Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse reduziert. Ein solcher Islam ist daher vielmehr Ideologie als Religion, betrachtet man in hergebrachtem Sinne Religion als Heilslehre und Glaube an eine göttliche Offenbarung. Zurecht läßt sich somit auch seit al-Afghani von einem **politischen Islam** sprechen.

Politischer Islam und arabischer Nationalismus

Mit einem solchen, kulturpolitisch und sozialhistorisch definierten Islam konnten sich v.a. auch christliche Theoretiker des arabischen Nationalismus mühelos identifizieren und den nationalen Gedanken zum Bestandteil einer säkularisierenden, arabisch-islamischen Geschichtsauffassung machen. Für eine ganze Reihe von ihnen ließ sich der Islam dadurch untrennbar mit dem arabischen Nationalismus verbinden. Für sie wurde der Geburtstag des Propheten Muhammed zur Geburtsstunde des Arabismus und Muhammad selbst zum Begründer der arabischen Kultur. Besonders deutlich wird dies in der Beiträgen von Nabih Amin Faris und in den Schriften des bedeutenden Theoretikers Qustantin Zureiq, zweier an der amerikanischen Universität von Beirut v.a. in der Zwischenkriegszeit wirkender Ideologen des arabischen Nationalismus. (2) Für den Begründer der Baath-Partei, Michel Aflaq, sind Islam und arabischer Nationalismus eins, und der Islam „eine arabische Bewegung, deren Bedeutung in der Erneuerung des Arabismus“ lag. (3)

Der Name der bedeutendsten arabisch-säkularen, nationalistischen Bewegung der Gegenwart, Baath (Erneuerung, Wiederauferstehung), ist selbst ein Lehnwort aus dem Bereich islamischen Eschatologie. Bezogen auf den Jüngsten Tag und die Auferstehung der Toten, hat seine Variante, Qiyma (Wiederauferstehung), in der islamischen Geschichte bereits mindestens einmal Anwendung gefunden, um den Anbruch einer “neuen Epoche“ bzw. eines “neuen Zeitalters“ zu bezeichnen — so im 12. Jahrhundert unter der allgemein als Assassinen bekannt gewordenen Bewegung. (4) Ohne damit den beiden Bewegungen Gemeinsamkeiten sonstiger Art zuschreiben zu wollen, ist die Anwendung zweier in Bedeutung und Herkunft so ähnlicher Begriffe bei sonst so unterschiedlicher Bewegung bemerkenswert.

Die Übernahme von Begriffen aus der islamischen Theologie und ihre Säkularisierung — hervorragendes Beispiel hierzu ist





„Umma“, ursprünglich die Bezeichnung für die islamische Gemeinschaft, heute im modernen, säkularen Sinne die Bezeichnung für „Nation“ — belegt, wie tief der Islam in den breitesten Bevölkerungsschichten wurzelt, so daß er sich, selbst für die Protagonisten des nationalen Gedankens, als nicht zu vernachlässigende Kraft erweist.

Aber auch die kontinuierlichen Bestrebungen, den arabischen Nationalismus als mit dem Islam vereinbar darzustellen, veranschaulichen die Verankerung des Islams und die Unumgänglichkeit seiner Miteinbeziehung in die säkularistischen Konzeptionen. Um die Unabhängigkeit der nationalen von der religiösen Zugehörigkeit zu unterstreichen, betonte beispielsweise Abd al-Rahman Azzam, 1945 erster Generalsekretär der Arabischen Liga, daß die Kopten Ägyptens mehr Araber wären als selbst die Bewohner von Mekka und Medina, gleichzeitig hob er aber hervor, daß die Ideale des arabischen Propheten den Idealen des modernen arabischen Nationalismus entsprächen. (5) In einem Vortrag in Bagdad 1952 unterstrich Abd al-Rahman al-Bazzaz, ein anderer Ideologe des arabischen Nationalismus, die Tatsache, daß Arabismus in jeder Hinsicht mit dem Islam konform wäre, daß der Islam den *Arabern* offenbart, durch einen *arabischen* Propheten übermittelt und in einem *arabischen* Koran verewigt wurde. (6)

Die Tendenz, Islam und Nationalismus als kompatibel darzustellen, findet ihre Fortsetzung bis in die Gegenwart und bleibt eine wichtige, zukunftsweisende Voraussetzung zur Annäherung der Standpunkte beider Strömungen. Als Beispiel für neuere Darstellungen seien die Beiträge renommierten libanesischen Historikers und Denkers Munah al-Sulh genannt, der 1973 zum Berater für kulturelle Angelegenheiten beim libanesischen Staatspräsidenten ernannt wurde und seit Ausbruch des Bürgerkrieges 1975 eine Sonderrolle als Vermittler zwischen den Bürgerkriegsparteien einnimmt. (7)

Die Grenzen der Kompatibilität

Eine Kompatibilität von Islam und Nationalismus ist nur dort möglich, wo es um Abwehr fremder Mächte oder Beseitigung kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse geht. Sie ist in anderen Worten **negativ** bestimmt. Sind solche exogen ausgelösten Voraussetzungen gegeben, ist ein Zusammengehen beider Kräfte nicht selten der Fall. Es sei hier auf die Beispiele der konstitutionellen Bewegung im Iran 1920 und der palästinensischen Erhebung 1936—39 verwiesen. Aber selbst in neuester Zeit (1978—79) war das enge Zusammenwirken der islamischen und nationalen Kräfte in Iran eine Grundvoraussetzung für den Sturz des Schah-Regimes. (8)

Eine solche Kompatibilität findet jedoch ihr abruptes Ende, sobald es um die Festlegung der für die jeweilige Selbstdefinition entscheidenden, **positiven** Kriterien geht. Die als Voraussetzung einer Nationwerdung von den Nationalisten genannten Bestimmungsfaktoren Sprache, Herkunft, geografische und klimatische Bedingungen sowie Geschichte (9) sind aus islamisch-religiöser sicht irrelevant. Um als Muslim zu gelten, ist es völlig unerheblich, welche Sprache man spricht, welcher Herkunft man ist oder aus welcher Gegend man

stammt. Selbst ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein ist kein grundlegendes Kriterium für die Zugehörigkeit zum Islam. In seiner berühmten Schrift „Bayn al wahdah al-islamiyyah wa'l-wahdah al-arabiyyah" (Zwischen islamischer Einheit und arabischer Einheit) (10) geht der aus Aleppo stammende und vor allem im Irak der zwanziger und dreißiger Jahre wirkende bekannte Ideologe des arabischen Nationalismus, Sati' al-Husri (1882—1968), diesem Zusammenhang nach. Er greift die von den islamischen Fundamentalisten formulierte Frage auf, ob ihm nicht gewahr sei, daß jeder Muslim aus Syrien, Ägypten und dem Irak jeden anderen Muslim, sei er nun aus nächster Nachbarschaft oder gar aus Indien, Japan oder Europa, wie einen eigenen Bruder betrachtet; und ob er nicht in der Lage wäre, anzuerkennen, daß das religiöse Zusammengehörigkeitsgefühl im Orient stärker ausgeprägt wäre als das nationale. In seiner Polemik gegen Mustafa al-Maraghi, den Rektor der Azhar-Universität in Kairo und Hauptgegner der Idee der arabischen Einheit in den dreißiger Jahre, weist al-Husri darauf hin, daß es selbst für die hartnäckigsten Verfechter der Idee einer islamischen Einheit einleuchtend sein müßte, daß „arabische Einheit viel leichter zu realisieren wäre als islamische Einheit, und daß letztere nicht realisierbar wäre — angenommen, sie wäre überhaupt realisierbar — außer durch die arabische Einheit." Er resümiert: „Niemand mit gesundem Menschenverstand wird sich eine Union zwischen Kairo, Bagdad, Teheran, Kabul, Haidarabad, Buchara oder Kaschgar, Persien und Timbuktu vorstellen können, ohne eine vorausgegangene zwischen Kairo, Bagdad, Damaskus, Mekka und Tunis. Niemand mit gesundem Menschenverstand wird die Möglichkeit einer Union zwischen Türken, Arabern, Persern, Malayen und Negern ernsthaft in Betracht ziehen, der den Arabern selber die Einheit verweigert." (11)

Obwohl al-Husri mit seiner Schrift eigentlich bezweckt, die Positionen der islamischen Fundamentalisten und der arabischen Nationalisten als konform und miteinander vereinbar darzustellen, muß ihm das akrobatische Unterfangen zwangsläufig mißlingen: In der gleichen Schrift weist al-Husri nämlich darauf hin, daß weder der Islam noch eine andere Religion die Grundlage einer politischen Struktur zu bilden vermag. Damit setzt er sich klar in Gegensatz zum fundamentalen Grundsatz des Islams, von der Untrennbarkeit von Religion und Politik.

Die Polemik zwischen den beiden ideologischen Positionen, die heute in militanter Form im iranisch-irakischen Krieg ihre Fortsetzung findet, geht auf die Anfänge beider Bewegungen zurück.

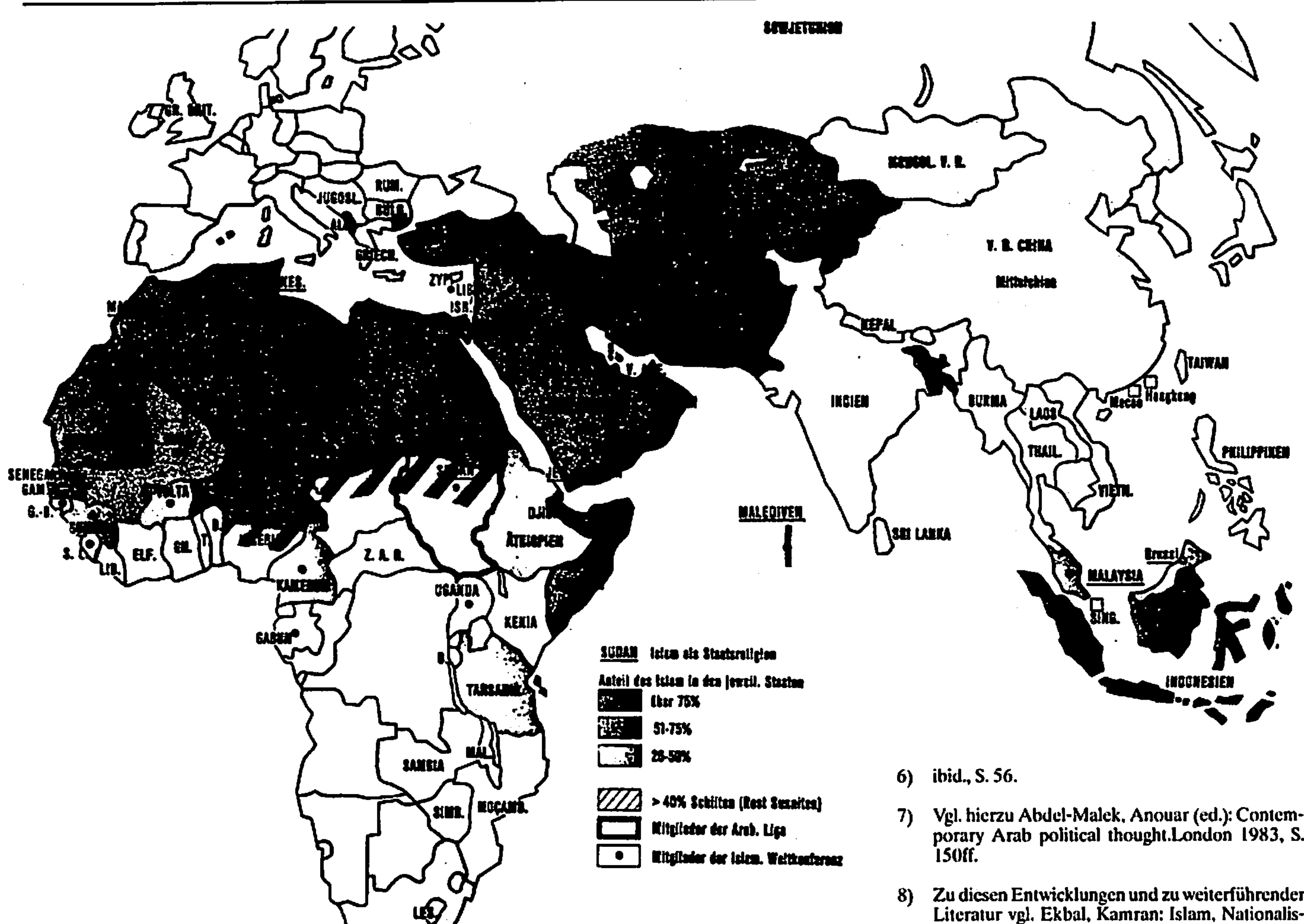


Eine wesentliche Voraussetzung für die Annäherung zwischen den Positionen der arabischen Nationalisten und der islamischen Modernisten, also jener Kräfte innerhalb der panislamischen Bewegung, die bemüht sind, den Islam zu reformieren ohne sich den Entwicklungen im Westen gänzlich zu verschließen, war von Anfang an die Bereitschaft der letzteren, den Islam als eine primär kulturelle und politische Größe zu definieren. Einer solchen Definition können allerdings islamische Fundamentalisten, Verfechter der traditionalistisch-dogmatischen Auslegung des Islam, nicht zustimmen. Im Gegensatz zum islamischen Modernismus lehnt der islamische Fundamentalismus jede Erneuerung als bidca, als fremden Einfluß ab. Diese archaische Strömung innerhalb der panislamischen Bewegung — unabhängig davon ob sie schiitisch oder sunnitisch geprägt ist — sucht die Wiederherstellung der islamischen Gesellschafts- und Staatsordnung, wie sie sich in frühislamischer Zeit, basierend auf dem islamischen Recht (scharia), entwickelt hatte. Das Credo der sunnitischen Muslimbruderschaft in Ägypten, wonach alle Muslime eine einzige Nation bilden, läßt wenig Raum für einen ethnisch oder sprachlich begründeten Nationalismus. Für die Muslimbrüder liegt der Grund für die Rückständigkeit der Muslime in ihrer Entfremdung von der Religion. Muslime könnten nur dann siegreich sein, wenn sie in den Fußstapfen des Propheten voranschritten. (12)

Teherans Kreuzzug gegen den irakischen Nationalismus

Auch bei der heute in Iran herrschenden schiitisch-fundamentalistischen Strömung finden sich die gleichen Gedanken. So wäre der Sieg gegen das säkular-nationalistische Regime in Bagdad nach ihrer Lesart „ein Sieg der Mission des Propheten und eine Niederlage des heute vorherrschenden internationalen Polytheismus" und der Krieg gegen den Irak „eine göttliche Pflicht, den Islam zu verteidigen". (13)

Auch während der gegenwärtigen Zuspitzung der Lage am Golf durch den Einsatz amerikanischer Kriegsschiffe zur Begleitung kuwaitischer Öltanker hat der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini diesen Standpunkt bekräftigt. Er erklärte, daß eine iranische Niederlage der „Niederlage des Islams" gleichkäme und der Kampf gegen das nationalistische Regime von Saddam Hussein „Kampf gegen Ketzerei" sei. (14) Die Aufforderung vom Sturz des saudischen Königshauses nach dem Blutbad von Mekka Ende Juli 1987 und die Feststellung, daß nicht „Königen und Sultanen", sondern der islamischen Geistlichkeit die Pflicht zukommt, die Auf-



sicht über die Heiligen Stätten zu führen (15), macht die weitreichenden Konsequenzen dieses Verständnisses von Islam deutlich: Dieser Islam lehnt nicht nur den Nationalismus als eine mit dem Islam inkompatible Ideologie ab. Er tritt gleichermaßen für die Schaffung eines islamischen Staates ein, der, geleitet von der islamischen Geistlichkeit (wilayat-e faqih), keine weltliche Herrschaftsform duldet und der in seinem Idealzustand jegliche ethnische, sprachliche und nationalstaatliche Grenzen überwunden haben wird.

Diese fundamentalisltische Strömung versteht sich als die wahre Verkörperung der panislamischen Idee. „Unsere Parolen sind panislamisch und haben in allen islamischen Konfessionen ihre Wirkung", wie der iranische Staatspräsident Ali Khamenei in einem Interview feststellt. (16) Ihr Krieg gegen den Irak ist primär ein ideologischer Krieg, ein Krieg gegen den „atheistischen Charakter" des irakischen Regimes und seine „westliche Wesensart" und gegen den Nationalismus, als eine „durch den Westen eingeführte Ideologie, mit der dieser seine Vorherrschaft zu zementieren anstrebt." (17) Ein solcher Islam ist, will er sich selbst nicht in Frage stellen, grundsätzlich gegen Nationalismus und nationale Gedanken: „Die islamische Republik Iran kann nicht nationalistisch gesinnt sein, weil sie dann nicht mehr islamisch wäre."(18)

Der Krieg mit dem Irak ist von daher zu einem wesentlichen Teil ideologischer Art und läßt andere, historische, machtpolitische und strategische Ursachen in den Hintergrund treten. Ein solcher fundamentalistischer Islam ist nicht nur mit Nationalismus inkompatibel; sein Verhältnis dazu ist antagonistisch.

Kamran Ekbal

Anmerkungen

1) Vgl. dazu seinen Artikel „The common origin of the Arabs" in: Haim, Sylvia (ed.): Arab Nationalism. An Anthology. Berkely, Los Angeles, London 1976³, S. 103—119.

2) Haim, a.a.O.,S. 62; besonders die Rede Zureiqs „Arab Nationalism and Religion", anläßlich der Geburtstagsfeier des Propheten, in: ibid., S. 167—171. Zur kulturellen Dimension des Islams bei den Nationalisten vgl. auch Hourani, Albert: Arabic thought in the liberal age 1798—1939. London 1970, S. 308ff.

3) Zit. n. Haim, a.a.O., S. 63 vgl. auch S. 64.

4) Über die Proklamation der qiyama als Beginn eines neuen Zeitalters durch den Assassinenführer Hasan (1162—1166) vgl. Lewis, Bernard: The Assassins. A radical sect in Islam. London 1967, S. 71—75.

5) Haim, a.a.O., S. 51. 55.

6) ibid., S. 56.

7) Vgl. hierzu Abdel-Malek, Anouar (ed.): Contemporary Arab political thought.London 1983, S. 150ff.

8) Zu diesen Entwicklungen und zu weiterführender Literatur vgl. Ekbal, Kamran: Islam, Nationalismus und Identitätsfragen: Historische, ideologische und soziale Dimensionen des irakisch-iranischen Krieges, in: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie der Dritten Welt, Nr. 18/19 (Herbst 1984/Winter 1985), S. 85—115.

9) Haim, a.a.O., S. 40, 55; ausführlichere Behandlung in Ekbal, Kamran: Zionismus und Bi-Nationalität in Palästina. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Der schwierige Weg nach Palästina. Zionismus, Opposition und Bi-Nationalität. Arbeitsheft 2, hrsg. v. Friedhelm Ernst, Stuttgart 1984, S. 31—44.

10) In: Haim, a.a.O., S. 147—153.

11) Ibid., S. 148f. Zu al-Husri vgl. Tibi, Bassam: Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel. Frankfurt a.M. 1971, S. 113—198 und Cleveland, William L.: The making of an Arab Nationalist. Ottomanism and Arabism in the life and thought of Satic al-Husri. Princeton 1971.

12) Vgl. „The Credo of the Muslim Brotherhood", in: Abdel-Malek, a.a.O., 45—47.

13) So in Payam-e Enghelab (Zentralorgan der persichen Revolutionsgarden) Nr. 159 (Sa'ban 1406/ Apr. 1986) S. 5 und im Titel des Leitartikels der gleichen Nummer.

14) Zit. n. Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 29.7.1987.

15) SZ v. 4.8.1987.

16) Der Spiegel, Nr. 44 v. 29.10.1986, S. 169—180, hier S. 177.

17) Payam-e Enghelab Nr. 153 (Rahi^c II 1406/Nov. 1985 S. 3, 37.

18) So in einer Veröffentlichung der iranischen Botschaft in Bonn von 1981, zit. n. Ekbal, Islam, Nationalismus und Identitätsfragen, a.a.O., S. 86.

Wenn Frauen flüchten
Iranische Frauen in der BRD

Weltweit bilden Frauen die Mehrheit der auf 10—20 Millionen geschätzten Flüchtlinge. Nur der kleinste Teil der Flüchtlinge insgesamt und davon ein äußerst geringer Prozentsatz Frauen gelangen jedoch in die kapitalistischen Metropolen. Aufgrund dieser Zahlenverhältnisse werden dann auch Frauen weit eher als „Anhängsel männlicher Familienangehöriger" betrachtet, statt als Menschen mit eigenen Fluchtmotiven. Die spezifischen Probleme und Interessen von weiblichen Flüchtlingen werden dementsprechend vernachlässigt. Am Beispiel von weiblichen Flüchtlingen aus dem Iran versucht die „Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland e.V." in der von ihr herausgegebenen Broschüre **„Weibliche Flüchtlinge aus dem Iran: Fluchtmotive und Lebenssituation in der Bundesrepublik Deutschland"** auf die besondere Situation dieser Frauen aufmerksam zu machen.

Die Broschüre ist in 4 Teile gegliedert: Fluchtmotive, Fluchtwege, Lagersituation bzw. Situation in der BRD, Stand der Diskussion zur „Frauenflüchtlingsfrage". Bei den Fluchtmotiven wird grob zwischen politischer Verfolgung, religiöser Diskriminierung und Verfolgung, geschlechtsspezifischer Verfolgung und Flucht vor dem Krieg unterschieden. Die verschiedenen Motive überschneiden sich zum Teil. Geschlechtsspezifische Verfolgung spielt in allen Fällen eine mehr oder weniger große Rolle, wenn sie auch nicht in jedem Fall das dominante Fluchtmotiv darstellt. Die Analyse der verschiedenen Fluchtmotive ergibt zusammen mit den Fallbeispielen ein ziemlich plastisches Bild von der Situation der Frauen im heutigen Iran.

Politische Verfolgung aufgrund der Mitgliedschaft in oppositionellen Organisationen bildet nur für eine Minderheit der Betroffenen, darunter sehr viele junge Frauen, den eigentlichen Fluchtgrund. Diese Frauen, zumeist aus Mittelschichtfamilien stammend, wurden in der Regel in der Universität oder Oberschule im Rahmen der Anti-Schah-Demonstrationen mehr oder weniger politisiert. Der größte Teil von ihnen lehnte zwar das Schah-Regime ab, wünschte sich aber ebensowenig eine islamische Diktatur. Die Möglichkeit sich als Oppositionelle zu organisieren (und auch die Möglichkeit sich gegen frauenfeindliche Gesetze zur Wehr zu setzen, wie z.B. in den Anti-Tschador-Demonstrationen), die in der Anfangszeit der Islamischen Republik noch bestand, wurde immer stärker eingeschränkt. Die Steigerung der politischen Verfolgung nach der Entscheidung des Machtkampfes zwischen den Regierungsfraktionen zugunsten der Fundamentalisten führte zur ersten großen Fluchtwelle aus dem Iran, zu der im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern sehr viele politisch aktive Frauen gehörten. Die Flucht ehemals treuer Regimeanhänger, also der Bruch mit dem Regime, bildet eine andere Variante des politischen Fluchtmotivs. Als Fallbeispiel wird die Geschichte einer jungen Frau geschildert. Obwohl überzeugte und engagierte Fundamentalistin, hatte sie mit der Realität der Iranischen Republik, der zunehmenden Bespitzelungspraxis, den Massenverhaftungen und Hinrichtungen, wachsende Probleme. Ihre Weigerung, als Lehrerin Kolleginnen zu denunzieren, setzte sie einem immer stärker werdenden Druck von Seiten der Partei aus, dem sie sich schließlich durch Flucht entzog.

Verglichen mit dem niedrigen Prozentsatz an Nicht-Musliminnen im Iran fällt an der Fluchtbewegung zwischen 84 und 86 der hohe Anteil von Angehörigen religiöser Minderheiten auf. Die religiöse Diskriminierung und Verfolgung, die ebenfalls anhand von Beispielen geschildert wird, hat auch eine frauenspezifische Seite: Einerseits wegen ihres anderen Glaubens diskriminiert, werden sie gleichzeitig im Namen des Islam auf dessen Normen, wie Schleier, Geschlechtertrennung etc., festgelegt. Die Minderwertigkeit von Nicht-Muslimen ist genauso im reislamisierten Strafrecht verankert wie die von Frauen. Der Versuch, Mädchen von Minderheitsreligionen durch Entführung und Verheiratung mit einem aufrechten Schiiten in die Mehrheitsreligion zu integrieren, ist dabei Ausdruck der völligen Mißachtung der Rechte der Betroffenen.

Die geschlechtsspezifische Verfolgung — das zusätzliche Fluchtmotiv von Frauen aus religiösen Minderheiten — wird für viele Frauen aus der schiitischen Mehrheit immer mehr zum Hauptgrund der Flucht. Diese Verfolgung steht im Gegensatz zu kulturell vergleichbaren Ländern mit ähnlichem „Ehrenkodex". Jedoch nicht nur von einzelnen männlichen Familienangehörigen aus, sondern primär vom Staat selbst. Verstöße gegen „islamische Gesetze", die eine völlige Unterordnung der Frau fordern, werden als Auflehnung gegen Gott betrachtet und mit brutalen Strafen geahndet. Die Abschaffung der Familienreform nach Khomeinis Rückkehr verschärfte die Unterdrückung der Frau dramatisch. Die vorher zumindest auf dem Papier etwas beschnittenen „islamischen Privilegien" der Männer in den Bereichen Heirat, Scheidung und Vormundschaft wurden wieder eingeführt. Weiterhin wurde im Rahmen der „Islamischen Kulturrevolution" die Frau als personifizierte „Verführung" des Mannes, d.h. als wandelnde „Aufforderung zur Sünde", im gesamten öffentlichen Leben vielfältigen Einschränkungen und Reglementierungen unterworfen. Die Verantwortung für das moralische Verhalten des Mannes liegt bei ihr. Seit der im Winter 81/82 durchgesetzten staatlichen Kleiderordnung machen männliche und weibliche Moralpolizisten in kugelsicheren Autos Jagd auf Sünderinnen gegen die Kleider- und Verhaltensordnung. Im Rahmen der Kriegsmobilisierung verschärfte sich der Umgang mit „Dissidentinnen" noch, was sich in einem erneut anwachsenden „Flüchtlingsstrom" äußerte.

Ein nicht geringer Teil neuerer iranischer Fluchtbewegungen bestand neben jungen Männern aus Frauen mittleren Alters mit minderjährigen Söhnen. Der Versuch, die Kinder durch einen Asylantrag vor dem von der Heimatregierung geforderten vorzeitigen Märtyrertod zu schützen, wird aber in der Bundesrepublik ebensowenig als ausreichender Asylgrund anerkannt wie die geschlechtsspezifische Verfolgung.

Im zweiten Teil der sich u.a. mit den Fluchtwegen durch die Türkei und Pakistan befasst, wird verdeutlicht, daß die Geschlechtszugehörigkeit auch für den Ablauf der Flucht und die dabei entstehenden Probleme eine wesentliche Rolle spielt. Junge Mädchen und Frauen leiden psychisch und physisch mehr als männliche Mitglieder der Fluchtgruppen. Überbelastung durch die alleinige Verantwortung für das Wohlergehen der mitgenommenen Kinder, bei Schwangeren der Verlust der Kinder, allgemeine Ängste wie die durch „weibliche Schwäche" die Flucht gefährden bis zur begründeten Angst vor Vergewaltigung durch Fluchthelfer und andere — das sind nur wenige besonders spektakuläre frauenspezifische Aspekte einer Flucht.

Der folgende Teil, der sich der Situation der Asylantinnen in der Bundesrepublik selbst widmet, geht auch auf die relativ unbekannte Geschichte iranischer Präsenz in Deutschland ein, die sich bis in die Endphase des whilhelminischen Reiches zurückverfolgen läßt. Der Bogen spannt sich hierbei von Oppositionellen allgemein, über bürgerliche Nationalisten (im 1. Weltkrieg), sozialistische und kommunistische Linken (in der Weimarer Republik) bis zur Handelsbourgeoisie (Teppichimport) und hier ausgebildeten Akademikern. Die zum Teil vorhandene Möglichkeit, Hilfe von schon in der Bundesrepublik lebenden Verwandten zu erhalten, wird jedoch durch das Asylverfahren, das eine Einweisung in Gemeinschaftsunterkünfte beinhaltet, behindert. Das Lagerleben und darin wieder die besondere Problematik der iranischen Frauen wird anhand von Beispielen geschildert.

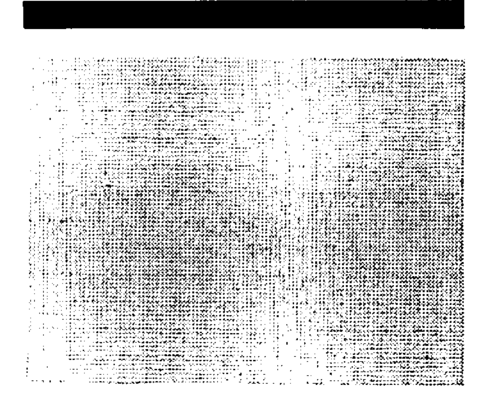
Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit dem Diskussionsstand in der „Flüchtlingsfrauenfrage" und geht auf die von iranischen und deutschen Frauen gemeinsam erhobenen Forderungen ein, wie z.B. eine vom Ehemann unabhängige Aufenthaltserlaubnis, Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs auf sexistische Verfolgung, Abschaffung von Sammellagern bzw. „frauenfeind-

lichere Reorganisation" derselben, besseren Schutz und härtere Sanktionen in Bezug auf Formen sexueller Gewalt gegen Flüchtlingsfrauen, etc.

Die Broschüre ist sehr informativ und vor allem auch als Einstieg in die Problematik iranischer Asylantinnen sehr gut geeignet, da sie unterschiedliche Bereiche abdeckt und auch immer wieder Einzelfälle schildert. Die angehängte umfangreiche Literaturliste stellt weiterführende Literatur, allgemeiner und frauenspezifischer Art, zum Thema vor.

Bestellt werden kann die Broschüre bei: Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland e.V., Reuterweg 83, 6000 Frankfurt

cho



Peter Schütt, alte Maojacke und höchstfleissiger Internationalist, hat in diesem Frühjahr einen 14-tägigen Urlaub im Iran verbracht und darüber einen Reisebericht geschrieben:

„... wenn fern hinter der Türkei die Völker aufeinanderschlagen"
Weltkreis, Pahl-Rugenstein Verlag, 214 S., DM 14,80

Unter dem Vorwand, als „Suchender" die heiligen Stätten des Islam besuchen zu wollen, hat er eine der höchst seltenen Einreisegenehmigungen in den Iran bekommen. Ein kleiner Wallraff also? Zumindest ein Autor mit fundiertem Wissen, könnte man meinen. Denn Peter Schütt ist ein Mann der ersten Stunde, wie er selber schreibt. Einer, der schon 1967 erste politische Gedichte geschrieben hat, der zum Schah-Besuch bereits zwei Teach-Ins und ein Schah-Happening veranstaltet hat, der schon dem Schah höchstpersönlich eine Pudding-Bombe vor die Füße geworfen hat und dazu wieder ein Gedicht verfaßt hat, der, als noch die gesamte Linke den Entwicklungen im Iran mit Gleichgültigkeit, Besserwisserei und Verachtung gegenüberstand, die Tragödie im Iran vorausgesehen hat, der das Komitee gegen den Golfkrieg mitgegründet hat, der am Bußtag 1985 vor hungernden Asylbewerbern wieder ein selbstverfaßtes Gedicht verlesen hat und der schon auf dem sechsten Friedenstreffen der Schriftsteller in Sofia seine Stimme gegen den vergessenen Krieg „fern hinter der Türkei" erhoben hat. Leider wird die Freude am Lesen durch diese schamlose Selbstbeweihräucherung bereits auf den ersten dreißig Seiten verdorben. Zum Zuklappen des Buches ist das Thema jedoch viel zu wichtig. Viele Fragen stehen offen: Wie haben sich die Lebensbedingungen im Iran durch das Khomeini-Regime verändert? Welche Auswirkungen hat das alltägliche Grauen des Krieges auf die Menschen? Haben sich die Klassengegensätze verschärft, und welche Basis hat das Regime noch?

Einige interessante und zum Teil erschreckende Eindrücke vom Alltag im Iran kommen im Buch heraus. Diese Reiseerlebnisse könnten für sich stehen. Doch die Schadenfreude darüber, die iranischen Behörden „gelinkt" zu haben, bricht beim Autor immer wieder hervor.

Sich als Pilgerer verstellend und mit ständiger Angst vor „Enttarnung" besteht er so manches Abenteuer:
„In der Nähe der mächtigen sowjetischen Botschaft hielt mich ausgerechnet ein Hizbollah an, der seine radikal-islamische Gesinnung durch eine linientreue Barttracht zu erkennen gab, und wieder rutschte mir das Herz in die Hosen. Schorawie? fragte er und wollte wissen, ob ich aus der Sowjetunion stamme. Nein, sagte ich entschieden und hielt ihm meinen Paß unter die Nase. Sein Blick hellte sich auf, trotz der dichten, dunklen Bartstoppeln, als er bemerkte, daß ich weder zu der einen noch zu der anderen Supermacht gehörte. Um mich in ein besseres Licht zu setzen, wünschte ich gleich beide Supermächte zum Teufel. Er sagte etwas von Spionen, Agenten und Kommunisten, die hinter der Mauer der Botschaft ihr Unwesen trieben, und entließ mich schließlich mit regelrechten Segenswünschen." (S. 80)

Auch als er sich im Universitätsgelände umschaut, ist ihm nicht wohl zumute. Aber — klein ist die Welt — im Deutsch-Seminar, „nachdem mich einer der Professoren wiedererkannt und mich an meine Hamburger Maojackenzeit erinnert hat, kennen die Germanisten keine Furcht und kein Mißtrauen mehr... Ihre Offenheit ermutigt mich meinerseits... und ich erzähle fast ohne Hemmungen von meiner Arbeit im Komitee gegen den Golfkrieg und in der Friedensbewegung unseres Landes." (S.113) „Auch wenn wir uns geistig kaum näher gekommen sind, werde ich doch wie ein wahrer Freund verabschiedet. Gäste wie ich haben im Deutschen Seminar zumindest einen Wert, Seltenheitswert: Ich war der erste deutschsprachige Literat, der das Institut nach dem Schahsturz betreten hat." (S.115)

Dann brüstet er sich mit seinen geheimen Kontakten zu Tudeh-Anhängern: „Unsere offenen, freimütigen und kameradschaftlichen Debatten dauerten bis in die halbe Nacht und haben keine Frage ausgeklammert, die die Kommunisten auf diesem Erdball in dieser Zeit großer Umwälzungen bewegt, bedrückt und betrifft." (S.93) Auch wenn er sich bemüht, die Identität seiner Gesprächspartner zu verschleiern: das Herausposaunen dieser Kontakte schadet der Opposition mehr, als das es ihr nützt. Zum Bartausreißen wird das Buch, als er auf die Perspektiven der linken Opposition zu sprechen kommt:
„Die Linke erscheint mir in der gegenwärtigen Situation als zu schwach, sie weiß auf die drängenden Fragen der Nation keine überzeugende Antworten und ist überdies in zahlreiche Fraktionen zerstritten. Im Untergrund, sagen die Spötter, gibt es soviele Parteien, wie es Barttrachten gibt. Der Bart, der eigentlich im traditionellen Islam zu Ansehen und Würde gekommen ist, spielt gerade bei den Islamgegnern als ideologischer Bannenträger eine geradezu haarspalterische Rolle. Wenn sich auch heute niemand mehr leisten kann, wie in den Tagen der Revolution Bärte wie Marx, Lenin oder Trotzki zu tragen, so lassen doch Länge, Form und Schnitt des Bartwuchses immer noch Hinweise auf die weltanschauliche Orientierung des Trägers zu. Die Khomeini-Anhänger schwören natürlich auf den Bart des Propheten, rechte Oppositionelle gehen meistens bartlos, und die linken Gruppierungen haben alle noch ihren eigenen Bart, der je nach Vorliebe Arafat nahekommt, Che Guevara oder Lech Walesa. Sicher sind die Bartstreitigkeiten der Linken ein Ausdruck ihrer Ohnmacht und Selbstbefangenheit." (S.89)

Peter Schütt hält das zeitweise Bündnis der Tudeh-Partei mit Khomeini, das die Zerschlagung der Partei und die Ermordung vieler Tudeh-Anhänger etwas später, aber dafür umso gründlicher zur Folge hatte, im Prinzip für richtig. „...dieser Schritt war zumindest nicht der schlechteste Fehler. Vielleicht bleibt er sogar richtungsweisend für die künftige Politik nicht nur der iranischen Kommunisten." (S.94)
Als DKP-Hofschreiber auch dem Kurs der Partei verpflichtet, scheint er immer noch auf der Einstufung des Khomeini-Regimes als progressive Kraft im Kampf gegen den Imperialismus zu beharren, statt die tatsächlichen Lebensbedingungen der iranischen Bevölkerung als entscheidendes Kriterium anzusehen.

Energisch widerspricht der Autor der Meinung feministischer Kritikerinnen, insbesondere Kate Millet, die die Frauenunterdrückung vor allem am Tschadorzwang festmachen. Er betont die Funktion des Tschadors als Schutz gegen die frauenfeindliche Umwelt und die Verwestlichung der Mode unter dem Schah und vermißt in der Diskussion die Berücksichtigung dieser geschichtlichen Hintergründe.Das es



„Die Blutbrunnen am Teheraner Zentralfriedhof"

wieder diese frauenfeinliche Umwelt, d.h. die Männer sind, die nach der Revolution die Verhüllung zum Zwang erhoben haben und Verstöße dagegen mit brutalen Strafen ahnden, deutet er nur kurz an, um sich im Rest dieses Kapitels chauvinistisch über die Vorzüge des Tschadors auszulassen: „der Tschador ist wunderbar geeignet, das Gesicht der Frau zum Sprechen zu bringen. Der schwarze Umhang bringt die dunklen Augen der Irnanerin auf geheimnisbolle Weise zum Leuchten und erlaubt ihr eine Geheimsprache, die wir hierzulande längst verlernt haben. Wer weiß bei uns noch, was Blicke sagen können, was ein flüchtiges Herüberblinzeln bedeutet und was das gegenseitige In-die-Augen-Sehen ausdrükken soll? Mir jedenfalls blieb angesichts solcher Augensignale manches Mal nichts anderes übrig, als verlegen zur Seite zu schauen." (S.150)

Seiner politischen Einschätzung entsprechend macht der Autor auch den „aufgezwungenen Krieg" für alle wirtschaftlichen und sozialen Mängel verantwortlich. Es wäre aber gerade interessant zu untersuchen, welche Auswirkungen die grundsätzliche Wirtschafts- und Sozialpolitik des Khomeini-Regimes auf die Lebensbedingungen hat. Zunehmende Landflucht und Verelendung der Armen, Beibehaltung der Privilegien für Militär und Bourgeoisie sind nur zwei Aspekte dabei. Auch Kinderarbeit gibt es seit langem im Iran. Peter Schütt dazu:

„Der Krieg bringt viele Kinder um ihre Kindheit. Am Rande des Basars gibt es häufig kleine Pistazienläden. Verkauft werden dort „Lächelnde Pistazien, halb geöffnete Nüsse, denen man ohne Mühe die Kerne entnehmen kann. Im Hintergrund der Ladestübchen sitzen Kinder, wiederum hauptsächlich Mädchen, die mit ihren Zähnen die Nüsse halb aufbrechen und sie so zum Lächeln bringen. Oft vergeht ihnen dabei das Lachen, sie verlieren früh ihre Zähne und müssen sich dann ihr Leben lang mit billigem Ersatz begnügen." (S.72) Alles beim Abschied vergessen? „Meine Koffer waren vollgepackt mit köstlichen, lächelnden Pistazien, mit gebrannten Mandeln ..." (S.195) Nur die Kaviardose mußte leider beim Zoll zurückbleiben. Das ist bitter.

Peter Schütt hat auf seiner Reise dem Leiter der Firdusi-Gedenkstätte versprochen, ein besseres Buch zu schreiben als die „abendländische Kampfschrift" von Peter Scholl-Latour („Allah ist mit den Standhaften"). Zu empfehlen ist keines der beiden Büchern. Peter Schütt's Resümee seiner getarnten Pilgertour: „Die Reise in den Iran war für mich die weiteste, dich ich in meinem Leben bisher unternommen habe, nicht im geographischen, sondern im geistigen Sinne." (S.196) Ein kleiner Tip: entweder mit dem Reisen oder mit dem Schreiben aufhören!

Uwe Hartwig

Anja Malanowski/Marianne Stern (Hrsg.) „Iran-Irak. 'Bis die Gottlosen vernichtet sind'". rororo-aktuell, Februar 1987, 185 Seiten, Preis: DM 9,80.

Mit dem amerikanischen Engagement im Persischen Golf ist der lange unbeachtet gebliebene Krieg zwischen Iran und Irak ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten. Doch im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage nach der Möglichkeit einer weltweiten Eskalation. Über die kriegführenden Länder selbst, deren Bevölkerung die ganze Bürde des Krieges zu tragen hat, wird hierzulande kaum berichtet.

Längst nicht überholt ist daher eine bereits im Februar dieses Jahres erschienene Aufsatzsammlung, deren Beiträge sich mehrheitlich mit Aspekten der gesellschaftlichen Realität der beiden Staaten auseinandersetzen.

Eröffnet wird das Buch von einem allgemeinen Teil, der überschrieben ist mit „Der Krieg". Gleich zu Beginn ein sehr

faktenreicher Aufsatz der Mitherausgeberin M. Stern über die Interessen der Supermächte, der Europäer und der Golfanrainer am Krieg. Knapp, für seine Knappheit aber recht informativ ein sich anschließender Artikel über Waffenexporte in die Region. Und ebenfalls erwähnenswert ein weiter hinten im Band plazierter Aufsatz über die im Golfkrieg aufeinanderprallenden Ideologien des Panarabismus und des Panislam.

Eindeutig den Schwerpunkt des Bandes bilden die Beiträge zu Iran, von denen gleich mehrere um das uns „aufgeklärten" Mitteleuropäern so unverständliche Phänomen des Märtyrerkultes kreisen. Sie zeigen, daß diese Art der Todesverherrlichung im Iran längst allerorten sichtbar und spürbar ist. Als ihr Inbegriff wird ein Brunnen am Eingang des Teheraner Zentralfriedhofs beschrieben, aus dem Fontänen rot gefärbten Wassers aufsteigen: Symbol des auf dem Schlachtfeld vergossenen Märtyrerblutes. Dann wird uns von Müttern gefallener Soldaten berichtet, die voll des Dankes für Allah sind, weil dieser das Leben ihrer Söhne als Geschenk angenommen hat.

Doch daß der Fanatismus der iranischen Bevölkerung Grenzen kennt, machen die Beiträge ebenso deutlich. Schon längst kommt das Mullah-Regime nicht mehr ohne Einschüchterung und äußeren Zwang aus. Inzwischen existieren bewaffnete Schlägertrupps, die im Auftrag des 'Ministeriums für moralische Führung' auf die Einhaltung der Moralvorschriften achten. Sie sind überall präsent — auf den Straßen und in öffentlichen Gebäuden — und verhalten sich nicht gerade zimperlich, wenn es um die Bestrafung von „Unzucht" und Ungehorsam geht.

Sehr lesenswert und daher hier exemplarisch herausgegriffen ist der Beitrag von M. Gholamasad und M. Schuckar über die Frauen im Krieg. Auch diesen beiden Autorinnen fällt es schwer, die bevölkerungsumgreifende Begeisterung für das Mullah-Regime zu entdecken, von der so mancher deutscher Auslandsreporter gegenwärtig noch überzeugt berichtet. Ihnen zufolge existieren gerade bei den Frauen deutlich voneinander abweichende Verhaltensmuster. Und diese ordnen sie, etwas zu schematisch leider, der Schichtzugehörigkeit der Frauen zu.

Die Ideologie der Fundamentalisten hat, so die Autorinnen, vorwiegend bei den Frauen der unteren Schichten und der traditionellen Mittelschichten Fuß gefaßt. Unter dem Schah waren die traditionell erzogenen Mittelschichtfrauen, sofern sie eine Funktion im öffentlichen Leben hatten, in eine erhebliche Identitätskrise geraten: Die Werte, die zu Hause hochgehalten wurden, waren am Arbeitsplatz null und nichtig. Aus solcher Zerrissenheit erwuchsen Wünsche nach Geborgenheit, deren Erfüllung sich diese Frauen von der islamischen Republik erhofften.

Neue Möglichkeiten weiblicher Selbstverwirklichung bietet diese immerhin an: Sie reichen von der Selbstinszenierung als Märtyrerwitwe bis hin zu der der aktiven Teilnahme am Krieg (Bassidj-Schwestern) oder an der Überwachung der Einhaltung der Moralvorschriften (Moralpolizistinnen).

Doch nicht alle Frauen, am wenigsten die der modernen Mittelschicht, wählen diesen Weg. Bekanntlich wird die Zahl derer, die vor dem Terror der Moralpolizisten und ihrer weiblichen Gehilfen fliehen, zusehends größer...

Und die Frauen im Irak? Gerade zweieinhalb Seiten sind sie den Autorinnen des Aufsatzes wert, könnte man böse bemerken, wüßte man nicht um die schlechte Materiallage zum Thema Irak. Beinahe sämtliche Veröffentlichungen der letzten Zeit zum Golfkrieg sind Iran-lastig, und dasselbe gilt auch für die vorliegende Veröffentlichung insgesamt. Abgesehen von einem bereits in der NZZ abgedruckten kurzen Beitrag zum Thema Personenkult im Irak und von einem nur dreiseitigen Aufsatz über die Vertreibung schiitischer Iraker präsentieren die Herausgeberinnen genau einen Artikel, der Gesellschaft und Opposition im Irak zum Thema hat. Und dieser, ebenfalls recht knapp gehalten, läßt nur einen allerersten Eindruck von der Situation im Irak entstehen.

Doch gelingt es den Autorinnen der Iran-Artikel, das Informationsbedürfnis frustrierter Zeitungsleser zu befriedigen?

Zum Teil schon. Der erwähnte Artikel von Gholamasad/Schuckar zum Beispiel bietet immerhin Erklärungen für die für uns so schwer nachvollziehbaren Verhaltensmuster iranischer Frauen an. Fragen läßt allerdings auch er offen. Andere Artikel wiederum — herausgegriffen sei der von Bahman Nirumand über 'Kriegspropaganda und Kriegsalltag im Iran' — beschränken sich von Anbeginn an auf plastische Beschreibungen. Der Todeskult wird geschildert in all seinen Facetten — doch wie er zu erklären ist, welchen Stellenwert er im schiitischen Fundamentalismus hat und woraus der schiitische Fundamentalismus überhaupt seine Anziehungskraft auf die Massen bezieht — das bleibt offen.

Die Frage ist freilich, ob es nicht etwas überzogen ist, von einem kleinen Sammelband wie dem vorliegenden **die** Analyse zu erwarten, die bislang unterblieben ist...

Wie dem auch sei: Als Einführung in die Thematik ist das Buch auf jeden Fall zu empfehlen. Und vielleicht animieren ja gerade die eindringlichen Schilderungen des iranischen Kriegsalltags den Leser zum eigenen Weiterforschen...

isar

IRANGATE von Konrad Ege (Hrsg.), 253 Seiten, erschienen 1987 im Pahl Rugenstein-Verlag, Preis DM 14,80.

Ende 1986 setzte US-Präsident Reagen einen Untersuchungsausschuß ein, der im nachhinein den Iran-Contra-Skandal beleuchten sollte, um zu beweisen, daß Reagen in dieser Affäre „nichts zu verbergen habe". Auszüge aus dem Bericht dieser Kommission, die nach ihrem Vorsitzenden „Tower Kommission" genannt wird, sind in dem Buch Irangate enthalten.

In einem Kapitel geht es um die Aufarbeitung des Waffenhandels mit dem Iran und um die Umleitung der aus diesem Geschäft erzielten Gewinne an die Contras in Nicaragua. Die Kommission beschreibt die (offiziellen) Motive für den Waffenhandel und untersucht, wer aus dem Weißen Haus daran beteiligt war. Es wird noch einmal zusammenfassend dargestellt, wieviele Waffen an den Iran direkt und wieviele auf dem Umweg über Israel verkauft wurden. Weniger erfährt man über die „Spendenaktionen" an die Contras, da — wie es in dem Bericht heißt — "Beteiligte ... sich weigerten, vor dem Ausschuß zu erscheinen" und die Mitglieder der Kommission keinen Einblick in Bankkonten hatten.

In einem weiteren Kapitel versucht der Untersuchungsausschuß darzustellen, wer seiner Meinung nach die Verantwortung an dem Skandal zu tragen hat. Dazu gibt er Empfehlungen ab, was die einzelnen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates hätten anders machen müssen, um US-amerikanische Interessen richtig nach außen hin zu vertreten.

Allerdings spricht der Bericht der Kommission nicht so für sich, wie es Konrad Ede in seiner Einleitung darstellt. Es lassen sich zwar einige zusammenfassende Informationen aus dem Bericht entnehmen, kritische Anmerkungen über Aussagen der Kommission wären trotzdem nötig. So geht es in erster Linie um die Fragen, welche Einzelperson zur Verantwortung gezogen werden müßte, ob der Präsident etwas wußte und warum US-Interessen nicht richtig vertreten wurden. Eine generelle Untersützung der Contras wird von dem Bericht natürlich genausowenig in Frage gestellt, wie eine Einmischung der USA in den Golfkrieg. Das Ziel, im Iran pro-amerikanische Kräfte zu unterstützen (evtl. eine Regierung wie die des Schahs zu etablieren?) wird auch nirgends kritisiert. Von einem von Reagen eingesetzten Ausschuß kann man das auch nicht erwarten, vom Herausgeber allerdings schon. Zuviel hält sich meiner Meinung nach K. Ede in seiner Einleitung damit auf, einzelne Personen als für Regierungsgeschäfte unfähig zu kritisieren (z.B. schreibt er über Reagen: „Verschüchtert wie verlegen, ... nahm er den Bericht entgegen ..."). Zuwenig kritisiert er die generelle amerikanische Außenpolitik.

Tilman Lamperter

Die Grüne Stiftung kommt — Aber für wen?

Die Bundesversammlung der Grünen am 19./20.9.87 in Oldenburg hat beschlossen, die Gründung einer Grünen-nahen Stiftung zu unterstützen, und diese Zustimmung zur Gründung auch nicht mehr aufzuschieben. Dieser Beschluß blieb — vorläufig — Absichtserklärung, weil sich die grünen Delegierten nicht auf eines der vier vorgeschlagenen Modelle mit der notwendigen 2/3-Mehrheit einigen konnten. Für die Presse war das — z.T. freudiger — Anlaß, über die Krise, Spaltung oder den Niedergang der Grünen zu spekulieren. Für die VertreterInnen des BUKO und des BUF (Bundesverband unabhängiger Friedensgruppen), die sich z.T. seit Ende letzten Jahres an der Diskussion um das Für und Wider bzw. Inhalt und Form einer solchen Stiftung beteiligt hatten, war das Abstimmungsergebnis ernüchternd und frustrierend. (Zu der Auseinandersetzung um die Grünen-nahe Stiftung siehe auch die Artikel in den „blättern" Nr. 143, S. 48 ff)

Der Bundesversammlung lagen vier — z.T. sehr unterschiedliche — Modelle vor. Weder die vielen gemeinsamen Diskussionen der VertreterInnen der verschiedenen Modelle, noch der Kongreß der Initiative zur Gründung einer Heinrich-Böll-Stiftung noch der Workshop der Grünen Stiftungskommission hatten zu einer Einigung führen können: zu gegensätzlich waren die Interessen, die sich mit der Gründung einer Stiftung verbanden, und daher auch die Vorstellungen über die Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen. Es geht ja um viel Geld. Entsprechend gnadenlos wurde und wird gestritten.

Einig war man sich darin, daß die Stiftung eine Chance für eine Erneuerung der grün-alternativen politischen und kulturellen Arbeit sein sollte, Stichworte: Förderung von bewegungs- und parteiübergreifendem Austausch und Zusammenarbeit, Arbeit an „querliegenden" und weiterführenden Fragen etc.

Die Initiative zur Gründung einer **Heinrich-Böll-Stiftung** hatte ein inhaltlich anspruchsvolles und strukturell weitgehend ausformuliertes Modell vorgelegt, das viele Kompromißvorstellungen hinsichtlich der anderen Vorschläge enthielt. Der Name Heinrich Böll und die Unterstützung durch verschiedene Prominente hatten positive und negative Reaktionen zu diesem Modell zur Folge. Ein Hauptkritikpunkt war seine Entstehung „von oben", d.h. unter Federführung von „Prominenten" (auch von führenden Grünen wie Schily und Beckmann). Außerdem sollte es sich — zumindest in der Gründungsphase — auf viele linke Prominente und Intellektuelle stützen, die nicht gewählt bzw. delegiert, sondern von den InitiatorInnen ernannt worden waren.

Das **Modell für eine Frauen-Stiftung** wollte die Entscheidungsgremien Frauen vorbehalten und Mittel für Frauen-Projekte bzw. Projekte mit Frauen-Bezug vergeben. Es sollte keine Fachbereiche, sondern inhaltliche und regionale Vernetzungszentren geben. Dieser Vorschlag wurde von verschiedenen Frauenzentren und einigen Grünen Frauen getragen und war zum Zeitpunkt der Bundesversammlung noch nicht sehr weit ausformuliert, da die Frauen sich erst relativ spät in den Diskussionsprozeß eingeklinkt und daher ihre Vorstellungen noch nicht sehr weit ausdiskutiert hatten.

Das von BUKO und BUF vorgelegte **Bewegungs-Modell** hatte versucht, Inhalt und Strukturen der Stiftung entlang den Erfahrungen und Bedürfnissen der Neuen Sozialen Bewegungen zu gestalten und daher die Entscheidungsgremien sehr stark mit Delegierten der Bewegungen zu besetzen. Auch in diesem unserem Modell war — wie beim Frauen-Modell — noch sehr vieles unklar, widersprüchlich. Es war einfach „bewegungs-typisch", daß unser Einigungsprozeß schwieriger und langwieriger ist als in einer Partei — das sehe ich übrigens durchaus positiv! Wir wußten, was wir **nicht** wollten, und hatten einige „essentials" diskutiert:

Neben einem Frauen-Bereich in der Stiftung hatten wir einen fachbereichübergreifenden Frauen-Rat vorgesehen, dessen Delegierte bei allen Stiftungsentscheidungen Vetorecht haben sollten.
— Wir hielten das Prinzip der **Delegation** für die Besetzung aller Stiftungsgremien für unverzichtbar.
— Der Aufbau der Stiftung sollte nach **Fachbereichen** erfolgen, deren Verknüpfung wir in einem eigenen Fachbereich vorsahen.
— Die Stiftungsstrukturen sollten den Arbeitsstrukturen der Bewegungen angeglichen werden — und nicht umgekehrt.
— Die Inanspruchnahme und Verteilung der Gelder für Projekte in der Dritten Welt sollte nach den Erfahrungen der Solidaritäts-Bewegung, also unter Berücksichtigung der Kritik an staatlicher, kirchlicher und privater Entwicklungshilfe und nicht nach dem Prinzip der möglichst vollständigen Ausschöpfung des zur Verfügung stehenden Geldtopfes erfolgen. Außerdem beanspruchten wir für die Dritte-Welt-Gruppen einen gleichrangigen Anteil an den für Bildungsarbeit etc. vorgesehenen Globalmitteln der Stiftung, da unsere Aufgabe in den Diskussionen oftmals eher in der Verteilung der Gelder in der Dritten Welt gesehen wurde.

Schließlich das **Länder-Modell**, vorgelegt vom Grünen Landesverband Niedersachsen, unterstützt von Grünen-nahen Bildungswerken und Grünen-nahen Länderstiftungen. Das einzige Modell, das eindeutig aus der Partei selbst kam. Es befürwortete den Aufbau der Stiftung von Bundes-Länder-Ebene aus (fälschlicherweise oft „dezentral" genannt) und entsprach insgesamt am stärksten Grünen Arbeits- und Strukturvorstellungen. VertreterInnen von Bewegungen und Frauen sollten auch in diesem Modell beteiligt sein, die Vorschläge derselben zu den Stiftungs-Strukturen hatte man allerdings nicht berücksichtigt.

Nachdem schon ein Meinungsbild der Bundesversammlung, bei dem jede/r Delegierte zu **jedem** Modell mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen konnte, deutlich gezeigt hatte, wie die Prioritäten lagen, ergab dann die K.O.-Abstimmung in drei Runden folgendes Ergebnis:

	gültige Stimmen	"Länder"	"Böll"	"Frauen"	"Bewegung"	Nein	Enth.
1. Runde	527	189	164	123	22	26	3
2. Runde	520	181	165	144	—	25	5
3. Runde	517	234	168	—	—	110	5

Interessant war daran u.a., daß nicht einmal 5 % der Delegierten sich für das Bewegungs-Modell aussprachen,
— die BefürworterInnen des Bewegungs-Modells in der 2. Runde fast komplett für das Frauen-Modell gestimmt hatten und
— ca. ein Drittel der unterlegenen Befürworterinnen des Frauen-Modells in der 3. Runde für das Länder-Modell, zwei Drittel aber mit „Nein" stimmten.

Ernüchternd war, mit welcher Deutlichkeit die Grünen eben doch **ihre eigene** Stiftung wollen. Natürlich mit Frauen, Bewegungen etc.: Aber **wie** diese in die neue Stiftung integriert werden sollen, das wollen die Grünen — trotz energischen Widerspruchs der Betroffenen — doch lieber selber entscheiden. Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man sieht, wie unsere seit Monaten vorgetragenen Vorschläge und Bedenken — gerade in ganz entscheidenden Fragen — von den Grünen einfach ignoriert wurden. Ausgerechnet den Basisbewegungen Zentralismus und Kaderwirtschaft vorzuwerfen, wie es von vielen Grünen in diesen Debatten getan wurde, deutet nicht nur auf eine begriffliche und politische Verwirrung (wohlbestallte Hauptamtliche hat wohl eher die Partei!), sondern auch auf eine inzwischen recht große Distanz zwischen Grünen und Bewegung.

Nachdem das Länder-Modell nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit bekommen hatte, wurde über die Zusammensetzung einer Kommission beraten, in der die VertreterInnen aller Modelle über das weitere Vorgehen und die endgültige Form der Stiftung beraten sollten. In diese Debatte platzte die Erklärung von René Böll, die InitiatorInnen einer Heinrich-Böll-Stiftung würden ihren Vorschlag zurückziehen und ihre Stiftung unabhängig von den Grünen gründen, um den Namen von Heinrich

Böll nicht in einen parteiinternen Streit ziehen zu lassen. Daraufhin zogen auch VertreterInnen des Frauen- und des Bewegungs-Modells die jeweiligen Vorschläge zurück. Dies sei keine endgültige Absage an die Stiftung, wohl aber an den Versuch, nach diesem Abstimmungsergebnis die Debatte so bruchlos weiterführen zu wollen. Dies war m.E. auch im Nachhinein gesehen ein richtiger Schritt, um eine Denkpause zu erreichen.

Bernhard Jimi Merk

Der Koordinationsausschuß (KA) des BUKO fordert VertreterInnen aller Modelle auf, weiter Kontakt zu halten und Gespräche zu führen. Die vorgeschlagene Denkpause soll genutzt werden, um am 9. Januar '88 in Stuttgart auf einem Arbeitstreffen mit einer großen Zahl von Gruppen und VertreterInnen anderer Bewegungen das weitere Vorgehen des BUKO und der anderen Bewegungen zu klären.
Information und Anmeldung (bitte schnellstens!):
Bundeskongreß
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32—34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/39 31 56

kurz belichtet

Militärisch-nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik/Südafrika
AAB-Verfassungsbeschwerde abgelehnt

Das Bundesverfassungsgericht lehnt in einem Bescheid vom 25.09.87 die Annahme der Verfassungsbeschwerde AAB (Anti-Apartheits-Bewegung) in Sachen militärisch nukleare Zusammenarbeit BRD/Südafrika ab, weil keine Aussicht auf Erfolg besteht.

Die AAB versucht schon seit 1979, die Bundesregierung zur Annahme einer Veröffentlichung zu bewegen. In dieser Mitteilung von 1978 wird eine militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika bestritten und die AAB der Unterstellung bezichtigt.

Die AAB hat jedoch schon seit 1975 Beweise für eine Zusammenarbeit erbracht. Nachgewiesen werden Lieferungen bundesrepublikanischer Firmen von militärischem Material wie Lastwagen, Hubschrauber, Sprengstoff und im nuklearen Bereich Lieferungen von Teilen für die Urananreicherungsanlage und die Vergabe des Urananreicherungsverfahrens durch die staatliche Gesellschaft für Kernforschung, Karlsruhe, über die Firma STEAG an Südafrika.

Das BVG Urteil steht im Gegensatz zu einem Gerichtsurteil von 1986, in dem vier Manager der Firma Rheinmetal u.a. wegen deren illegalen Rüstungsgeschäften mit Südafrika verurteilt wurden.

HONDURAS ANGEKLAGT

In San José, der Hauptstadt Costa Ricas, fand Anfang Oktober eine Anhörung von Zeugen statt, die die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (DAS) benannt hatte, um eine Klage gegen Honduras vor dem interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechtsfragen zu unterstützen. Honduras wird in diesem Prozeß des gewaltsamen Verschwindenlassens von Personen beschuldigt. Nach offiziellen Angaben sind in Honduras seit 1981 130 Menschen verschwunden. Die Dunkelziffer dürfte jedoch weit höher liegen.
Von den 130 „offiziell betroffenen" Familien hatten sich aus Angst vor Repressionen nur 4 dazu bereit erklärt, Anklage vor dem interamerikanischen Gerichtshof zu erheben. Die Kommission der DAS verschleppte das Verfahren durch eine übertrieben penible Beweisaufnahme fünf Jahre lang und es wäre wohl bis heute zu keinem Verfahren gekommen, hätte sich nicht im Sommer 1986 der Zeuge Florencio Caballero gemeldet, der als ehemaliger Angehöriger des als Todesschwadron verdächtigen Armee-Bataillons 3—16 über willkürliche Verhaftungen, Folter und Erschießungen berichtete. Das Bataillon 3—16 gilt allgemein als Schaltstelle des hondurenischen Geheimdienstes. Ramón Custodio Lopez, der Präsident der Menschenrechtskommission von Honduras (CODEH), hofft, daß bei einem Schuldspruch des Gerichtshofes ein Bericht der Armee über das Bataillon 3—16 herausgegeben werden muß, gegen dessen Veröffentlichung sich Präsident Azcona bislang gewehrt hat.
Das Urteil in diesem Prozeß wird voraussichtlich Anfang Januar 1988 gesprochen werden. Sollte Honduras verurteilt werden, darf man/frau auf die Reaktion honduranischer Stellen gespannt sein. Honduras hat sich nämlich, zusammen mit Costa Rica, als einziges Land schriftlich dazu verpflichtet, sich einem Schuldspruch des Gerichtshofes bedingungslos zu unterwefen. „...für unser Land und unsere Sache ist es ein ganz bedeutender Schritt, wenn Honduras den Prozeß verliert", sagte Ramón Custodia Lopez auf einer Pressekonferenz in Mexiko City am 2.11.87.

mk

Quelle: Rose Gauger: Honduras vor dem interamerikanischen Gerichtshof.

BRASILIEN: POLITISCHE MILITÄRJUSTIZ GEGEN PASTOR WERNER FUCHS

Ein demonstratives Willkürurteil der Militärjustiz in Curitiba/Paraná erging am 26.05.1987 gegen Pastor Werner Fuchs, der durch wichtige Erfolge des Massenprotests gegen unseriöse Enteignungsmethoden des Itaipu-Großstaudamms in West-Paraná und als engagiertes Mitglied der ökumenischen Landkommission von Paraná (CPT/PR) bekannt geworden ist - insofern evtl. auch das Begleichen einer „alten Rechnung".

Hintergrund ist sein öffentliches Eintreten zugunsten der ca. 400 Familien einschl. ihrer Nachkommen und Erben in Papanduva/Santa Catarina, die 1963 von ihren 7614 ha gewaltsam vertrieben wurden, um den Truppenübungsplatz „Marechal Hermes" zu vergrößern. Die Mehrzahl erhielt

kurz belichtet / Tagungen

bis heute keinerlei Entschädigung. Obgleich zahlreiche Verfahrensmängel der bereits 1956 von Präsident Kubitschek verfügten Enteignung — Standort, Grenzen und Beschreibung der Grundstücke wurden versäumt, die Enteignung zum 1956 willkürlich bestimmten Preis den Siedlern trotz erheblicher Wertsteigerung und Landverknappung in Südbrasilien erst 1962 eröffnet — einen staatlichen Grundbucheintrag bislang verhinderten und die bäuerlichen „Eigentümer ohne Land" hierfür weiterhin besteuert werden, der in brasilianischen Landkonflikten häufig langwierige Rechtssteit eine legale Nutzung blockiert, ging das Militär zur teilweisen Verpachtung über.

Pastor Werner Fuchs hatte am 25.07.1986 auf einer Massendemonstration vor dem Regierungspalast in Curitiba auf die auch staatlicherseits eingeräumte rechtswidrige Landbesetzung durch das Militär und die Notlage der Familien in Papanduva hingewiesen. Das in seine erstinstanzliche Verurteilung zu einem halben Jahr Gefängnis mündende Militärverfahren gegen eine Zivilperson wegen „Beleidigung der Streitkräfte und vorsätzliche Verbreitung unwahrer Tatsachen" spricht rechtsstaatlichen Maßstäben Hohn: der undemokratische Machtfaktor Militär fühlt sich beleidigt, Ankläger und Richter sind identisch und gehen gegen Zivilpersonen vor, und gegenüber den neun Zeugen der Anklage darf die Verteidigung nur drei Entlastungszeugen benennen. Die Strafe gegen den unbescholtenen Pastor mußte allerdings zur Bewährung ausgesetzt werden.

Ein Solidaritätskomitee für Pastor Fuchs, der gegenwärtig an der Theologischen Hochschule in São Leopoldo/RS (C.P. 14, CEP: 93.001) lehrt, arbeitet nicht nur für die im Februar erwartete Revisionsverhandlung am Supremo Tribunal Militär, sondern auch für eine Gesetzesänderung mit dem Ziel, Prozesse gegen Zivilpersonen nur vor Zivilgerichten zu gestatten, und vor allem für eine rasche Landrückgabe und Wiedergutmachung in Papanduva.

Dringend gebeten wird um Protestschreiben (an Staatspräsident Sarney, Heeresminister General Leônidas Pires, Justizminister Paulo Brossar ...) mit Kopien an das Komitee, die mit Unterschriftenlisten, Solidaritätsbekundungen etc. dem Militärgericht vorgelegt werden sollen, sowie um die wichtige finanzielle Unterstützung:

Comitê de Solidariedade ao
Pastor Werner Fuchs
Rua Paula Gomes, No. 703
BR-80.510 Curitiba/Paraná
BRASILIEN

Solidaritätskonto
No. 152324-4 Banco Bradesco
Agência 0049-3 Curitiba/Paraná
Deomar Ribas Bogado und/oder Vera Ruppenthal

AFRIKANISTENTAG 1987

Vom 18. bis 21. November trafen sich in Mainz Vertreter dieser wenig bekannten Disziplin zu ihrem diesjährigen Kongreß. Selbstverständlich — die Afrikanisten sind Sprachwissenschaftler — befaßte man sich in erster Linie mit den afrikanischen Sprachen, deren Zahl die Zahl der Kongreßteilnehmer zur Zeit noch übertreffen dürfte.

Wem zum Stichwort „afrikanische Sprache" lediglich „Swahili" einfiel, der hatte hier nichts zu suchen. Was sollte er auch mit einem Vortrag über „Die syntaktische Relevanz der seriellen Verbalkonstruktionen in den Kwa-Sprachen" anfangen?

Neugierige Ethnologen, die sich vereinzelt nach Mainz gewagt hatten, trafen sich denn auch meist in der Sektion II des Vortragsmarathons wieder. Hier ging es schwerpunktmäßig um Literatur und orale Dichtung, umrahmt von einer bunten Mischung aus allen möglichen Themen.

Auffällig war jedoch, daß bei allen Vorträgen ängstlich die Gegenwart gemieden wurde. Selbst bei einem Thema wie „Wanderarbeit in Basutoland" beschränkte sich Volker Welter (München) auf den Zeitraum 1870 — 1919.

Die Bewegung, die in den letzten Jahren unter den jüngeren deutschen Ethnologen entstanden ist und die dort verstärkt auf die Beschäftigung mit den aktuellen Problemen der Akkulturation und des geplanten Kulturwandels (z.B. Entwicklungshilfe) gedrängt hat, konnte unter den Afrikanisten bisher allem Anschein nach nicht Fuß fassen. Einige zaghafte Anfänge zeigten sich allenfalls in den Arbeitsgruppen, die sich nach Beendigung des täglichen Vortragsprogramms für insgesamt zweieinhalb Stunden zusammenfinden durften.

Der „Südafrika-Arbeitsgruppe" gelang es immerhin, eine Resolution gemäßigten Inhalts zur Abstimmung zu bringen, die dann auch — nach einigen Diskussionen — von den Teilnehmern des Afrikanistentages mehrheitlich angenommen wurde.

Der Arbeitskreis „Sprache und Kolonialismus" zeichnete sich vor allem durch endlose Diskussionen zum Thema „Wie und wo steigen wir am besten ein und über was wollen wir überhaupt reden?" aus. Am zweiten Tag fehlte schon die gesamte weiße Prominenz; zurück blieben die Afrikaner und die Studentinnen. Die vertagten sich dann auf Ende Mai in Köln mit dem festen Vorsatz, inzwischen Arbeitsgruppen an den einzelnen Instituten zu gründen.

Noch ist nicht alles verloren! Vielleicht beschäftigen sich eines fernen Tages auch die Afrikanisten verstärkt mit der politischen Relevanz ihres Forschungsgegenstandes. Hoffentlich gibt es den dann auch...

Zeitschriftenschau

INPREKORR Nr. 197
Schwerpunkt dieser Nummer ist: 70 Jahre Oktoberrevolution — über die Bürokratisierung der Sowjetunion und ihren Zusammenhang mit der mangelnden Industrialisierung und der Schwäche der Arbeiterklasse schreibt Jakob Moneta. Die Aktualität dieser Debatte tritt heute gleich mehrfach zutage: in Nicaragua erklärt Tomas Borge in einem Interview über den Abschluß des Friedensvertrags von Guatemala, die Bürokratie sei schwerer zu bekämpfen als der Imperialismus. Ernest Mandel zeichnet die Debatte nach, die es heute in der Sowjetunion über die Industrialisierung der 30er Jahre, die Zwangskollektivierung und die Ausrottung der Opposition und der Revolutionsführer von 1917 gibt. Er stellt einen Aufruf zur Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Prozesse vor.
Bezug: Inpretor, ips-Verlag, Postfach 11017, 6000 Frankfurt 1

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 164 (November 1987)
GRENADA: Interview mit Kendrick Radix, ehemaliger Minister der Revolutionsregierung, jetzt Vorsitzender der oppositionellen MBPM. GUATEMALA: Politische Manipulation durch evangelikale Sekten. CHILE: Brief der Elendsviertelhilfsorganisation Fundació Missio, Santiago über überfallartige Durchsuchungsaktion in einem Kindergarten. ARGENTINIEN: Interview mit Bischof Jaime de Nevares, Mitglied der Nationalen Kommission zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen. / Militärpolitik Alfonsins beruht fast nur darauf, die Armee über die Person ihres Chefs Caridi zu kontrollieren. EL SALVADOR: Internationale Hilfe in Regierungskanälen versickert. / FMLN-FDR-Debatte.
Bezug: LN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

epd-Entwicklungspolitik 19/20/87:
Der Themenschwerpunkt: Naher Osten untersucht die Chancen und Hindernisse einer Friedensinitiative für die am Palästinakonflikt Beteiligten.
Joe Stork (Washington): Für die Reaganregierung steht eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern nicht auf ihrer Tagesordnung. Lutz Meyer zur militärischen und politischen Rolle Syriens und des Verbündeten UdSSR. Said Nasser: Die Veränderungen innerhalb der PLO in Richtung auf eine Verhandlungslösung mit Israel. Paul Löffler: Die Positionen der christlichen Palästinenser. Ausführlicher Dokumentationsteil.
Infos: Kaffeebörse, FIAN-Aktion für philippinische Zuckerrohrarbeiten, Weltbanktagung.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt/M. 1
Einzelpreis DM 3,80, Doppelheft DM 5,50.

EPK 3/1987 Vom Staatshaushalt zur Haushaltskasse. Frauenarbeit, Weltwirtschaft, Verschuldungskrise.
Dieses Heft beschäftigt sich mit der spezifischen Betroffenheit von Frauen durch die weltweite Verschuldungskrise. Untersucht man die Auswirkungen der Krise im „Staatshaushalt" auf die „Haushaltskassen", so lassen sich zwei Tendenzen ausmachen: Zum einen sind es weltweit die Ärmsten — und hierzu zählen mehrheitlich Frauen —, die von der ökonomischen Krise am härtesten getroffen werden. Zum anderen sind aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem die Frauen dazu gezwungen, einen Großteil der sozialen Auswirkungen durch ihre (Mehr)Arbeit aufzufangen und abzumildern. Diese Zusammenhänge werden in diesem Heft anhand von Fallbeispielen z.B. zu Jamaica, Peru, Kolumbien, Chile und den USA untersucht. Außerdem werden zwei Möglichkeiten, diesem Dilemma zu entrinnen, dargestellt: Women's World Banking und die Grameen Bank der „Fahrrad-Bankiers" in Bangladesh.
Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20
36 S., DM 4,00 (Abo 22,00 DM/Jahr)

FORUM Nr. 121, November 87, 3,— DM
Schwerpunkt: Olympialand Korea, dazu Informationen über den Stand der Diskussionen um die grün-nahe Stiftung. Bericht vom bundesweiten IWF-Bündnistreffen am 17.10 in Frankfurt und vieles mehr. Dazu wie immer ein umfangreicher Serviceteil.
Bezug: FORUM c/o ISW Lingener Straße 9 (neue Adresse) 4000 Münster

PERIPHERIE 28 / 1987
Schwerpunkt: AGRARPRODUKTION, STAAT UND WELTMARKT
Henry Bernstein: Kapitalismus und kleinbürgerliche Produktion. Klassenverhältnisse und gesellschaftliche Arbeitsteilung / Werner Biermann, Jean-Marc Fontaine: Bauern und Bürokraten. Die Krise des tanzanischen Transformationsmodells / René E. Ofreneo: Agrarkrise, Deregulierungs-Programm und Agribusiness auf den Philippinen / Detlev Haude: Von Agrikultur zur Agroindustrie
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Spendenaufruf

In Chile sind Tausende von Menschen in großer Not. Daß dort gefoltert wird, weiß jeder. Und Proteste gibt es auch gegen diese Praxis. Was aber machen die Menschen, die die Folter überstanden haben und zu guterletzt freigelassen werden? Das Schockerlebnis der Tortur hat langfristige Schäden zur Folge, die nicht allein durch die Familie aufgefangen werden können. Um diesen Menschen zu helfen, wurde im Januar '86 ein Betreuungszentrum (CINTRAS) gegründet, das von der Kopenhagener Klinik für Folteropfer finanziell unterstützt wurde — bis Ende August '87 die Unterstützung abgebrochen werden mußte: die Existenz des Zentrums ist seither gefährdet. Eine Hanauer Gruppe, die CINTRAS unterstützt, bittet nun um Geldspenden, um dessen Überleben zu sichern. Trotz einer einmaligen Spende von medico international über 30.000 DM ist die Weiterarbeit nur für 3 Monate gesichert, ein Antrag bei der UNESCO wartet noch auf endgültige Entscheidung.

Kontakt:
Juan Beltran
Am Wartbaum 39
6457 Maintal 2

Spenden bitte an:
Kto. 1800 Stadtsparkasse Ffm
Kto. 6999—508 Pscha Köln

ila-info Nr. 109, Okt. 87
Schwerpunktthema: Bewegende Pespektive — Beiträge zur Strategiedebatte Sozialer Bewegungen.
Das Heft ist dem kürzlich verstorbenen Walter Zielke gewidmet, Osvaldo Bayer würdigt dessen Wirken in einem Nachruf.
Fernando Mires' Artikel gibt einen analytisch-historischen Überblick über das Verhältnis von traditionellen Parteien und sozialen Bewegungen in Lateinamerika; ein Bericht aus Mexico gibt Einblicke in die dortigen Formen der unterschiedlichen Protestbewegungen.
Josef Senft untersucht den gegenwärtigen Zustand der neuen sozialen Bewegungen in der BRD, daran schließen sich vier Beiträge aus der AL-Berlin, aus der Frauen-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung zu dem Thema IWF-Kampagne an.
Ausgiebiges Bücherjournal, Länderberichte aus Ecuador, Cuba, Guatemala, El Salvador und Jamaica. Kritische Würdigung der Ausstellung „Gold und Macht".
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Einzelpreis DM 3,50, Jahresabo DM 35,—

Tagungshinweise

„Kontrolliert Eure multinationalen Konzerne!" 1. Vernetzungstreffen in Rüsselsheim. BAG Christen bei den GRÜNEN, Kontaktadresse bis 31.12.1987: Käte Hofmeister, Lessingstr. 10, 4470 Meppen/Ems; ab 1.1.1988: BAG, Orbachstr. 24, 5357 Swisttal-Oldendorf.

„Aktion Atomwirtschaft contra Umwelt und Menschenrechte" 11.-30.4.88. Koordinationsadresse :GfbV Freiburg c/o G. Wippel, Am Altberg 4, 7801 Au, 0761/407063; BUND Freiburg c/o G. Löser, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg, 0761/35254.

„Was geht und die Dritte Welt an?", — für ältere Bürger —. 13.12.-16.12.87, Konrad-Adenauer-stiftung, Schloß Eichholz, Postfach 1331, 5047 Wesseling, 02236/7071.

„Europa und die Dritte Welt", 14.12.-19.12.87, Gustav-Stresemann-Institut. Europ. Akademie Lerbach. 5060 Bergisch-Gladbach 2, 02202/403091.

„Seminar zum Erfahrungsaustausch von Urlaubern und Rückkehrern, die mit Projekten in landwirtschaftlicher Beratungsarbeit befaßt waren. 16.12.-18.12.87 in Lindau/Bodensee. Basler Mission, Missionsstr. 21, CH-4000 Basel 3, 004161/253339.

Industrialisierung und kultureller Wandel am Beispiel Indonesien". Winterferienakademie für Student(innen)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg vom 26.12.1987 bis 7.1.88 in Freudenstadt/Schwarzwald.
Anmeldung: c/o EAID, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1.

„Soziale Bewegungen und Demokratie -Entwicklung in Peru-". 22.-24.1.88. Veranstalter: amnesty international. Anmeldung: Alfred-Nau-Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung, Fr.-Ebert-Str. 1, 5275 Bergneustadt.

Betr.: Leserbriefe

Liebe iz3w-Redaktion,
etwas befremdet hat mich in der Nr. 145 das Foto „Ping-Pong in Südafrika", das Ihr auf Seite 15 dem Sportartikel beigegen habt.
Macht so ein abstruses Foto Sinn, wenn es ganz ohne Kommentar und ohne Bezug zum Artikel dasteht? Ist es bloß ein sinnloser Blickfang? Spielen die beiden Frauen wirklich oder sind sie nicht bloß Staffagen eines fotogeilen Europäers im Stil der Jahrhundertwende?
Ich finde, eine ernsthafte Zeitschrift sollte sich nicht auf eine Wald- und Wiesen-Illustration auf Schülerzeitungsniveau einlassen ("wo ist das Schnippelbuch?") — erst recht nicht, wenn die Bilder sexistische und rassistische Anklänge zeigen. Da habt Ihr auch eine Verantwortung für.

Viele liebe Grüße und macht es besser
Peter Bähr

Neuerscheinungen

Jean-Phillipe Rapp/Jean Ziegler: **Burkina Faso - eine Hoffnung für Afrika?** Gespräch mit Th. Sankara. Rotpunktverlag Zürich.

Peter Grubbe: **Dritte Welt, was ist das?** Peter Hammer Verlag Wuppertal 87.

Francis Bebey: **Eine Liebe in Duala.** Peter Hammer Verlag Wuppertal 87.

Bettina v. Clausewitz: **Ein schwarzes Kind kommt zornig zur Welt.** Südafrikanische Protokolle. Peter Hammer Verlag 87.

Heinrich Albertz/Erich Fried: **Wo liegt Nicaragua** Gedichte und ein Gespräch. Die weiße Reihe Hg: Informationsbüro Nicaragua. Ed Nahua, Wuppertal 87.

Andino Ricardo et al.: **Garnison Honduras.** edition Nahua 9. Wuppertal 87.

Zum Beispiel Soja./Z.B. Chile/ Z.B. Apartheid/ Z.B. Entwicklungshelfer./ Z.B. Umweltzerstörung./ Z.B. Frauenalltag. Reihe Süd-Nord, Lamuv-Verlag 87.

Die Deutschen Entwicklungsbanken. Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie Band 28. Verlag Breitenbach, Saarbrücken 87.

Roberto Massari: **Che Guevara.** Politik und Utopie. dipa-verlag, Frankfurt 87.

Marianne Dünki: **Ins Feld, in die Freiheit gezogen?** Gespräche mit Entwicklungshelfern. Limmatverlag Zürich 87.

Hg.: Regenbogenfraktion des Europ. Parlaments: Guatemala nach der demokratischen Öffnung. Brüssel 87.

Hrsg.: E.V.S. Ex-Volunteers switzerland, Hoschbach, CH-3513 Bigenthal: **Abrüstung im Pazifik.** Juli 87.

Henri Lopes: **Blutiger Ball.** Pahl Rugenstein Verlag Köln 87.

Praktikum in der „3. Welt". Bestellung: ag spak — bewußtpäd.-, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Soziale Arbeit und soziale Politik im Prozess der Veränderung der nicaraguanischen Gesellschaft . Bestellung: ag spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90.

Heidelberger Dritte Welt-Studien. Band 23. ISBN 3-920431-72-3.

Rainer Werning (Hrsg.) **Demokratie aus der Wundertüte-Phillippinen. Wurf-Verlag, Münster 87**

Sarides Emmanuel: **Ethnische Minderheiot und zwischenstaatl. Streitobjekt.** Die Pomaken in Nordgriechenland. Verl. Das arab. Buch, Berlin 87.

Schirazi Asghar: **The Problem of The Land Raform in the Islamic Republic of Iran.** Verlag Das arab. Buch, Berlin 87.

Beauge Gilbert/Bendiab Aicha: **Internationale Migration im Nahen Osten.** Bibliographie 1975-86. Verlag Das arab. Buch, Berlin 87.

Tina Jerman/ Sabine Hähnel: **Fifty-Fifty.** Frauenalltag in der Männerwelt. Graphium-Press 87

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg